Volkswille

Bezugspreis: Durch Boten oder durch die Post ½ monatl. freibleibend 1.20 Mk. bei Postbezug Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. — Preis der Einzelnummer 10 Pfennig.

Organ der Sozialdemokratischen Partei

Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Arbeiter-Sportvereine

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Pfg., außerhalb 12 Pfg., für 1 mm Raumhöhe. Reklame für 1 mm Raumhöhe 50 Pf. Kleine Anzeigen 5 Pf. Zu berechnen nach dem amtlichen Berliner Dollar-Briefkurs des Vortages — — — Inseraten-Annahme bis 17 Uhr — — —

Nr. 47 | Hauptgeschäftsstelle und Verlag: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernsprecher Sammelnummer 258 41. | Gelsenkirchen-Buer, Dienstag, den 25. Februar 1930 | Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33, Fernspr. Sammelnummer 258 41. Sprechstunde 17½—18½ Uhr | 12. Jahrg.

Eisenbahnkatastrophe

Elf Tote - Ueber hundert Verletzte

Neuyork, 24. Februar. (Drahtmeldung.) Nach einer Meldung aus Kenosha am Michigansee stießen auf einem Bahnübergang ein Vorortzug und ein Lastkraftwagen zusammen. Der Vorortzug entgleiste. Insgesamt 11 Personen wurden getötet, und mehr als hundert verletzt.

Von den Verletzten befinden sich 60 in den Krankenhäusern. Die Mehrzahl der Passagiere des Vorortzuges, der durch den Zusammenstoß mit dem Lastauto zur Entgleisung gebracht wurde, waren Ausflügler, die sich auf dem Heimwege nach Chicago befanden. Nach der Darstellung der überlebenden Passagiere erfolgte der Zusammenstoß mit furchtbarer Gewalt. Der erste Wagen schlug um und die Toten, die unter seinen Trümmern begraben lagen, konnten erst geborgen werden, nachdem man die Stahlwagen mit Azetylen-Brennern durchschnitten hatte. Das Schreien und Stöhnen der Verwundeten klang schauerlich durch die Nacht. Die fünf Insassen des Kraftwagens, der nach dem Zusammenstoß mit dem Personenzug von einem Güterzug erfaßt und zertrümmert wurde, haben sämtlich den Tod gefunden. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich in der Dunkelheit sehr schwierig. Es ist nicht ausgeschlossen, daß unter den Trümmern noch mehr Tote begraben liegen.

Links oder rechts?

Koalitionsdebatten in Sachsen - Die Sozialdemokratie zur Koalitionspolitik unter sozialdemokratischer Führung bereit - Die Demokraten für die große Koalition - Die Wirtschaftspartei schlägt ein Bürgerblock-Kabinett mit Einschluß der Altsozialisten vor

Dresden, 24. Februar. (Eig. Drahtber.)

In einer gemeinsamen Sitzung der Landesinstanzen der sozialdemokratischen Partei und Landtagsfraktion Sachsens wurde am Montag nach längerer Aussprache folgende Entschließung angenommen:

„Die SPD. ist, wie nach der Landtagswahl von 1929, bereit, die Bildung der Regierung zu übernehmen und einen Kandidaten für den Ministerpräsidentenposten vorzuschlagen. Das Kabinett muß unter der Führung der SPD. stehen.

Eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien darf nur dann in Frage kommen, wenn über die Erfüllung der von der Sozialdemokratie aufzustellenden Regierungsforderungen Klarheit besteht.

Landesarbeitsausschuß und Vorstand der Landtagsfraktion werden beauftragt, auf der Grundlage des im Vorjahre aufgestellten Regierungsprogramms der sächsischen Sozialdemokratie ein Programm für die Bildung der Regierung zu formulieren.

Die Sozialdemokratie ist bereit, in Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei und den Demokraten einzutreten.

Ein bedingungsloser Eintritt in die Regierung wird auf das Entschiedenste abgelehnt. Entsprechend den Parteibeschlüssen muß in letzter Instanz über eine Regierungsbildung mit den bürgerlichen Parteien ein Landesparteitag entscheiden."

Die sächsischen Demokraten haben sich inzwischen offen für die Bildung der Großen Koalition ausgesprochen. In ihrer Entschließung heißt es:

„Angesichts der politischen Kräfteverhältnisse im Landtag gibt nur die Große Koalition eine gesicherte parlamentarische Grundlage für eine arbeitsfähige Regierung."

Demgegenüber hat sich die Volkspartei zur Frage der großen Koalition bisher völlig ablehnend gezeigt.

Der Vorschlag der Wirtschaftspartei

Dresden, 24. Februar. (Drahtmeldung.) Die Wirtschaftspartei hat heute an die bürgerlichen Fraktionen, die Altsozialisten und die Nationalsozialisten ein Schreiben gerichtet, in dem der bisherige Präsident des sächsischen Staatsrechnungshofes Schieck für den Posten des Ministerpräsidenten vorgeschlagen wird.

Auch ein Gewerkschaftsführer

Ein Angestellter des Christlichen Metallarbeiterverbandes gegen höhere Löhne

Köln, 24. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Auf einer Bezirkstagung des Christlichen Metallarbeiterverbandes führte der zweite Verwaltungsvorsitzende Schmidt-Duisburg zu der Frage, was kann zur Milderung der Arbeitslosigkeit geschehen, aus:

Es sei die Pflicht einer verantwortungsbewußten Gewerkschaftsbewegung, zu betonen, daß im Jahre 1930 die Lohnpolitik mit Umsicht betrieben werden müßte. Gewiß brächten die neuen Steuern und Zölle gerade auch für die Arbeiterschaft neue Opfer. Aber um der Eindämmung der Arbeitslosigkeit willen müßten alle die weitere Opfer bringen, die noch in Arbeit und Verdienst stehen. Wolle man die Grenzen einer vernünftigen Lohnpolitik durchstoßen, dann müsse das schließlich zum Schaden der Arbeiterschaft ausschlagen. Wer jetzt Lohnerhöhungen wolle, müsse damit rechnen, daß weitere Betriebe schließen müßten.

Schmidt machte zum Schlusse seiner merkwürdigen Rede schließlich keinen Hehl daraus, daß bei den kommenden Lohnbewegungen seiner Ansicht nach alles unterbleiben müsse, was in irgend einer Weise zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit beitragen könne.

16 Prozent Dividende

Berlin, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Zu den Gesellschaften in Deutschland, die mit einer Rekord-Dividende aufwarten, gehört die Maschinenfabrik Schubert und Salzer A.-G. in Chemnitz. Sie zahlt aus einem Ueberschuß von 4,6 Millionen Mark eine Dividende von 16 Prozent. Dabei sind die Abschreibungen recht beträchtlich. Das Unternehmen, das besonders in der Textilmaschinenbranche tätig ist, klagt über verringerten Auftragsbestand. Für die Praxis der Abschreibungen ist erwähnenswert, daß das Unternehmen sämtliche Zugänge aus Anlagen auch jetzt wieder restlos abgeschrieben hat.

Reichstagspause

Schleppender Gang der Youngplan-Verhandlungen

Berlin, 24. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Das Reichskabinett wird aller Wahrscheinlichkeit nach erst am Donnerstag die Beratungen der Einnahmeseite des Etats vornehmen können und möglicherweise im Laufe des Freitag zu einer Entscheidung gelangen. Erst dann wird man sich ein Bild davon machen können, wie es mit den Möglichkeiten steht, eine Einigung der Regierungsparteien auf dem Boden der Beschlüsse des Kabinetts herbeizuführen. Diese Hinausschiebung des Termins bedeutet aber auch gleichzeitig eine Hinausschiebung der Erledigung der Young-Gesetze, da das Zentrum nach wie vor an der vorherigen Entscheidung über das Finanz- und Steuerprogramm festhält. Es kann also keine Rede davon sein, daß, wie man sich ursprünglich gedacht hatte, diese Gesetze bis zum Schluß des laufenden Monats verabschiedet werden.

Im vereinigten Ausschuß geht die Debatte über die Vorlage der Regierung munter weiter. Seit mehreren Tagen wird jetzt schon über das polnische Liquidationsabkommen diskutiert, ohne daß jemand die Behauptung wagen konnte, es würden in den zahlreichen Reden noch neue Gesichtspunkte vorgebracht. Nicht nur vor der Opposition, sondern auch von der Volkspartei und dem Zentrum werden immer wieder die bekannten Bedenken erhoben und gleichzeitig immer aufs Neue Anregungen zu einer Abtrennung des Liquidationsabkommens von den Younggesetzen gegeben. Wenn der Reichsaußenminister nicht sehr bald eine Loslösung kategorisch ablehnt, dann besteht in der Tat die Gefahr, daß die durch nichts gerechtfertigte Quertreiberei zu einem Ergebnis führt.

In diesem Falle würde es dahin kommen, daß der Vertrag mit Polen entweder überhaupt scheitert, oder daß er, was selbstverständlich nur in hohem Maße zu beklagen wäre, nur unter starkem außenpolitischen Druck zustande kommt. Da, wie die Dinge liegen, auch mit der zweiten Lesung des Younggesetzes in der laufenden Woche nicht mehr zu rechnen ist, wird sich das Parlament in den nächsten Tagen voraussichtlich mit dem Republikschutzgesetz, der Haushaltsordnung und kleineren Vorlagen beschäftigen. Ob die ganze kommende Woche, wie es ursprünglich vorgesehen war, sitzungsfrei bleibt, ist sehr zweifelhaft. Man darf einstweilen annehmen, daß sich die Pause nur von Sonnabend bis Mittwoch erstreckt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion

beschloß am Montag, wie das VDZ.-Büro drahtet, dem Republikschutzgesetz entsprechend den Beschlüssen des Rechtsausschusses zuzustimmen.

Nach einem Bericht über den Stand der interfraktionellen Verhandlungen über den Etat für 1930 und die Beschlüsse des Kabinetts zur Bestreitung der Ausgaben im kommenden Etatsjahre fand eine eingehende Aussprache statt. An ihr beteiligte sich auch der Reichskanzler Hermann Müller, Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Die Aussprache ergab jedoch, daß die Kürzung der sozialen Ausgaben, die das Reichskabinett gegen die sozialdemokratischen Minister beschlossen hat, auf einen ebenso erheblichen Widerstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stoßen wird, wie die gleichzeitige Erhöhung der Wehrausgaben.

Auch wurde die Erhöhung des Kaffee- und Teezolles auf einer sieben Jahre langen Ermächtigung kritisiert.

Im Vordergrund der Aussprache stand ferner die Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung und die Heranziehung der leistungsfähigen Schichten durch ein sogenanntes Notopfer mittels eines Zuschlages zur Einkommensteuer. Die Fraktion billigte hierbei die Auffassung ihrer Unterhändler, die alle Absichten auf direkten oder indirekten Abbau der Arbeitslosenversicherung ablehnten und die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches für die Arbeitslosenversicherung verlangt haben, wenn die Sanierung nicht durch Erhöhung der Beiträge erfolge, ebenso auch die Forderung, daß der Ausgleich des Etats nicht auf den einseitigen Weg der Massenbelastung führen könne, sondern durch ein Notopfer der Leistungsfähigen mit herbeigeführt werden müsse. **Eine weitere Sitzung der Fraktion wird am Donnerstag stattfinden.**

Riesenfusion

Eine Milliarden-Pfandbriefbank

Die Verwaltungsräte der preußischen Zentral-Boden-Kredit-Aktien-Gesellschaft und der Preußischen Pfandbriefbank beschlossen am Montag ihre Verschmelzung. Es handelt sich um die beiden größten norddeutschen Hypothekenbanken. Durch ihren Zusammenschluß entsteht ein Institut, das insgesamt über mehr als eine Milliarde ausgeliehene Hypotheken besitzt, und einen entsprechend großen Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen hat. Der kapitalistische Konzentrationsprozeß setzt sich hier, nachdem auf dem Gebiet der Kreditbanken die Riesenfusion der Deutschen Bank und der Diskontogesellschaft vorangegangen ist, auf dem Gebiete des Real-Kredites fort, der durch Verkauf von Pfandbriefen und Kommunalschuldverschreibungen die gesammelten Kapitalien gegen Beleihung von Häusern und Liegenschaften in der Volkswirtschaft zu verteilen hat.

Die Preußische Zentral-Boden-Kredit-Aktiengesellschaft wurde 1870 von den damaligen großen Privatbanken gegründet und ist bis heute eine sehr stabile Bank von rechtskonservativer Tendenz geblieben. In ihrem Aufsichtsrat sitzen neben modernen Bankfürsten u. a. auch Otto von Bismarck, Graf Pückler und Fritz Thyssen. Die Preußische Pfandbriefbank wurde 1862 gegründet und hat sich 1927 durch Verschmelzung mit der Roggenrentenbank unseligen Angedenkens feudalisiert, durch die eine große Masse landwirtschaftlicher Schuldner unter dem Protektorat der höchsten Landbundherrschaft mit überhohen Zinsen und Kapitalabzügen bei der Gewährung von Roggen-Darlehen ruiniert wurden.

Die jetzt durchgeführte Riesenfusion ist ein Geschäft der privaten Großbanken. In erster Linie der Deutschen Bank und Diskonto-Gesellschaft, der Dresdener Bank, der Darmstädter Bank und der Nationalbank. An der Preußischen Pfandbriefbank ist auch der schwedische Zündholztrust als Großaktionär beteiligt, der die Fusion dadurch erleichterte, daß er für die in seinem Besitz befindlichen Aktien Goldpfandbriefe übernahm, wodurch das verschmolzene Aktienkapital statt auf 43,2 auf 36 Millionen Mark bei 27 Millionen Mark offenen Reserven bemessen werden konnte. Als Grund zu dem Zusammenschluß wird natürlich die Rationalisierung angeführt. In Wahrheit wird man die Konkurrenz gegenüber den übrigen insbesondere öffentlichen Hypotheken-Banken verschärfen, die Basis für die Bankprofite durch Abbau des Personals verbreitern und im übrigen evtl. auch durch Verkauf von Pfandbriefen im Ausland das Geschäft erweitern wollen. Man hört auch, daß der Aufsichtsrat um ein Drittel verkleinert werden soll und daß man die Zinsbedingungen bei der Gewährung von Hypotheken verbilligen müßte. Wobei nur zu bemerken bleibt, daß man solche Botschaften oft bei Fusionen gehört hat, daß der Glaube daran aber erst durch entsprechende Taten gerechtfertigt werden muß. Die Bankangestellten-Gewerkschaften werden auch hier mit größter Sorgfalt darüber zu wachen haben, daß der Personalabbau nicht zu weit getrieben und die Rechte der Angestellten in Form der Sicherstellung einer Existenz und entsprechender Abfindungen gewährt werden.

Vom Standpunkt der Volkswirtschaft aus wird man die Fusion begrüßen dürfen. Die Einfügung dieser Riesen-Pfandbriefbank bedeutet für den deutschen Kapitalmarkt eine größere Schlagkraft und auch im Auslande eine Stärkung des Ansehens. Drei große privatkapitalistische Gruppen werden in Zukunft das deutsche Hypothekenwesen kennzeichnen: Einmal die Gemeinschaftsgruppe der acht deutschen Hypothekenbanken mit nicht unerheblich mehr als 1 Milliarde Pfandbriefumlauf. Dann die neu fusionierten Gruppen mit etwas geringerem Pfandbriefumlauf unter dem Namen Preußische Zentralbodenkredit- und Pfandbriefbank und ferner die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank mit über 600 Millionen Mark Pfandbrief-Umlauf. Diesem Block von privaten Hypothekenbanken stehen die öffentlich-rechtlichen Real-Kredit-Anstalten, Landesbanken und Stadtschaften gegenüber. Notleidende bei der neuen Konzentrationsbewegung im Hypothekenbankgewerbe werden die vielen Dutzende kleinerer Hypotheken- und Pfandbriefbanken sein, die naturgemäß der großen Schwankungen des deutschen Kapitalmarktes viel weniger Widerstand entgegensetzen können, als das den kapitalstarken großen öffentlichen Gruppen möglich ist.

*

In den Sitzungen des Verwaltungsrats der Preußischen Zentral-Bodenkredit A.-G. und des Aufsichtsrats der Preußischen Pfandbrief-Bank wurde von den Direktoren der Geschäftsbericht, die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung vorgelegt, die übereinstimmend die Ausschüttung einer Dividende von 12 Proz. vorsehen (i. V. Zentralboden 10 Prozent, Pfandbriefbank 12 Prozent). Die Stamm- und Vorzugsaktionäre der Preußischen Zentral-Bodenkredit A.-G. erhalten 18,2 Mill. Mk. Aktien des neuen Instituts im Verhältnis von 1:1. Von den 18,2 Mill. Mk. Aktien werden 11 Mill. Mk. im Wege der Kapitalerhöhung von der Pfandbrief-Bank beschafft und 7,2 Mill. Mk. von den Aktionären der Pfandbrief-Bank zur Verfügung gestellt. Das Grundkapital des neuen Instituts wird hiernach 36 Mill. Mk. betragen und ausschließlich aus Stammaktien bestehen. Dem Vorstand der vereinigten Gesellschaft werden als ordentliche Mitglieder je drei Vorstandsmitglieder der beiden Institute angehören.

Kreuger in Danzig. Zwischen dem Kreuger-Konzern und der freien Stadt Danzig ist ein Abkommen abgeschlossen worden, durch das die Gesellschaft das Alleinrecht auf Herstellung und Verkauf von Zündhölzern für eine Zeit von 35 Jahren erhält. Nach dem Abkommen zahlt die Gesellschaft an die freie Stadt Danzig eine einmalige Summe von einer Million Danziger Gulden und gewisse jährliche Abgaben. Die freie Stadt Danzig erhält außerdem eine Anleihe von einer Million Dollar zu einem Zinssatz von 6 Prozent und einen Uebernahmkurs von 93 Prozent. Das Abkommen tritt unmittelbar nach der Ratifizierung durch den Danziger Volksstaat in Kraft.

Warum schweigt Hugenberg

zum Vorwurf des Landesverrats?

Hugenberg, der Führer einer ruinierten Partei und Erbpächter des Nationalbewußtseins, befindet sich wieder einmal in einer außerordentlich unangenehmen Lage. Schließlich ist er einer der Männer, der das von der Oberreichsanwaltschaft gegen die Firma Krupp eingeleitete Landesverratsverfahren mit auf dem Gewissen hat.

Hugenberg war von 1909 bis 1918 Generaldirektor bei Krupp in Essen. Was der Firma Krupp vorgeworfen wird, ist also unter seiner Direktion vorgegangen. Hugenberg muß demnach wissen, ob die Behauptungen über das landesverräterische Treiben der Firma Krupp berechtigt sind und ob die Firma Krupp den Westmächten in die Hände gespielt hat oder nicht. Warum schweigt er dennoch?

Die Firmen Krupp und Thyssen lassen erklären, daß ihnen von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens durch die Oberreichsanwaltschaft noch nichts bekannt sei, und daß sie daher auch nicht in der Lage seien, sich dazu zu äußern.

Die neue Regierungskoalition

in Frankreich – Ein Interview Chautemps

Paris, 24. Februar. (Drahtmeldung.) Ministerpräsident Chautemps gewährte einem Vertreter des „Quotidien" ein Interview, in dem er u. a. erklärte: Die neue Regierungskoalition ist kein Kartell der Linken. Zwischen den Linksparteien sind keine vorherigen Vereinbarungen getroffen worden. Ich habe auf der Grundlage eines klar formulierten Programms ein Ministerium bilden wollen, das alle republikanischen Stimmen auf sich vereinigt. Ich kann weder sagen, daß ich irgendeine Verpflichtung übernommen hätte, noch daß die Sozialisten eine solche übernommen hätten. Auf die Frage, ob die Unterstützung der Sozialisten sicher sei, anwortete Chautemps: Ich weiß nur, daß sie sich bereit erklärt haben, jede radikale Regierung zu unterstützen, die sich die Durchführung eines radikalen Programms zur Aufgabe macht. Zur Außenpolitik erklärte Chautemps, daß er den Young-Plan unmittelbar nach Deutschland ratifizieren lassen wolle. Auf die Frage, ob dieser Ratifizierung die Rheinlandräumung folgen werde, antwortete der Ministerpräsident: Sobald die vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt sein werden, wird gemäß den Prestigen und unwiderruflichen Verpflichtungen geräumt werden.

Der erste Kabinettsrat

Paris, 24. Februar. (Eig. Drahtber.) Der erste Kabinettsrat des Ministeriums Chautemps fand am Montag vormittag statt. Das Kommuniqué, das darüber herausgegeben wurde, besagt lediglich, daß der Kabinettsrat sämtliche schwebenden außen- und innenpolitischen Fragen durchberaten hat und der endgültige Text der Regierungserklärung am Dienstag vormittag im Laufe eines weiteren Ministerrats festgelegt wird.

Chautemps selbst äußerte sich beim Verlassen der Kammer ausgesprochen optimistisch über die Chancen seines Kabinetts.

Auch in politischen Kreisen rechnet man allgemein mit einer knappen, aber sicheren Mehrheit für das Linkskabinett, trotz der unverhohlenen Gehässigkeit mit der die Reaktion und besonders ihr gestürzter Halbgott Tardieu ihm gegenüberstehen. Es verlautet, daß Tardieu selbst bei der Interpellationsdebatte am Dienstag das Wort ergreifen wird, um die erste Attacke gegen seinen Nachfolger zu reiten.

Die Regierungserklärung

Paris, 24. Februar. (Drahtmeldung.) Die Regierungserklärung, mit der das Kabinett Chautemps morgen nachmittag vor das Parlament treten wird, wird, wie Havas berichtet, kurz gehalten sein. Sie wird zunächst auf die Notwendigkeit hinweisen, daß das Parlament möglichst bald die Prüfung des Budgets für 1930 zu Ende führe.

Die Regierung schließt sich dabei der Mehrzahl der Vorschläge der Finanzausschüsse der Kammer an, deren Annahme nach ihrer Ansicht keineswegs das Budgetgleichgewicht in Frage zu stellen geeignet sei. In der Erklärung wird außerdem gesagt werden, daß die Kredite für die Pensionen der ehemaligen Kriegsteilnehmer vom 50. Lebensjahre an bewilligt werden sollen, daß der unentgeltliche Unterricht allmählich weiter ausgedehnt werde und daß die neue Sozialversicherungsgesetzgebung entsprechend der von der Regierung Tardieu übernommenen Verpflichtung am 1. Juli in Kraft treten soll. Ferner wird die Erklärung betonen, daß die Regierung die wichtigen Verhandlungen in London und Genf mit dem festen Willen weiter führen werde, der Friedenpolitik Geltung zu verschaffen, für die sich die republikanische Mehrheit stets eingesetzt habe. Sie werde die Ratifizierung der Haager Abkommen in die Wege leiten und über ihre lohale Durchführung wachen.

Die republikanischen Beamten

und die Angriffe der Rechtsparteien – Etatsdebatte im Landtag

Berlin, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.)

Im Preußischen Landtag begann am Montag die zweite Lesung des Etats des Innenministeriums, und zwar für den ersten Abschnitt ohne Besprechung der Polizei und Landjägerei. Gleichfalls zur Beratung steht ein Mißtrauensvotum der Kommunisten gegen den preußischen Innenminister wegen der Vorgänge am 1. Mai 1929 in Berlin, wegen des Verbotes des RFB. und wegen der Polizeiaktionen gegen die Kommunisten. Dieses Mißtrauensvotum begründete der Abgeordnete Schwen (Kom.). Innenminister Grzesinski ist an einer Grippe erkrankt und liegt zu Bett, kann also den Beratungen nicht beiwohnen. Er wird durch Staatssekretär Abegg vertreten, der gleich zu Beginn der Verhandlungen mitteilt, daß die großen Vorlagen über die staatliche und kommunale Verwaltungsreform und die die neue Organisation von Großberlin vom Minister selbst eingebracht und vertreten werden würden. Im übrigen beschränkt er sich darauf, kurz und bündig festzustellen, daß die Sicherheit des Staates durch die Polizei gewährleistet sei. Eine Besserung der wirtschaftlichen Lage würde von selbst den hie und da sich zeigenden Unruhen entgegen wirken. Sollten sich die radikalen Gruppen von rechts und links nicht selbst Beschränkung auferlegen, so hätten sie es sich selber zuzuschreiben, wenn sie die staatlichen Machtmittel zu spüren bekämen. Die Ausführungen des ersten Debatteredners, des Abgeordneten Kenkel (Dtschn.), sind für eine Oppositionsrede sehr matt. Einmal erkennt er an, daß der Minister die Wichtigkeit der Grenzhilfe eingesehen habe, dann aber beschuldigt er wieder die Regierung, daß sie nicht mit dem nötigen Ernst an diese Sache herangehe. Er bemängelt, daß hohe Staatsbeamte in Ostpreußen es in der Korridorfrage gegenüber Polen an der richtigen Einstellung fehlen lassen und die Regierung der Kriegsschuldlüge nicht mit der nötigen Energie entgegentrete.

Die Beschwerden der Deutschnationalen über die Personalpolitik sind wirklich zusammengeschrumpft, wenn man bedenkt, daß Kenkel nur einen einzigen Fall zur Sprache brachte, in dem ein deutschnationaler Landrat nach seiner Auffassung zu Unrecht auf Wartegeld gesetzt worden ist.

Für das kommunistische Mißtrauensvotum wollen die Deutschnationalen natürlich stimmen.

Daß die Deutschnationalen wirklich keine Ursache haben, sich über die Personalpolitik der Rupublik zu beschweren, zeigt gleich zu Beginn seiner Ausführungen der sozialdemokratische

Abg. Bubert

Sind doch die Preußen heute noch in 80 Kreisen, die eine Linksmehrheit haben, rechtsstehende Landräte tätig. Das Vortragen von Einzelheiten gegen republikanische Beamte soll ja auch schließlich nichts weiter sein, als eine politische Beeinflussung, die sich im Lande auswirken soll. Nichts kennzeichnet z. B. die Verwilderung der politischen Sitten besser, als die unzähligen kleinen Anfragen der extremen Rechts-Oppositionellen, die in Beschwerden über republikanische Beamte bewußt private Angelegenheiten hervorzerren, die absolut nichts mit der Amtstätigkeit zu tun haben. Man will damit der politischen Revolverpresse Gelegenheit geben, unter dem Schutze der Immunität solche Dinge sensationell auszuschlachten. Gegenüber dem kommunistischen Mißtrauensantrag erklärt der sozialdemokratische Redner, daß seine Fraktion die Verbote der rechts- und linksradikalen Verbände für durchaus berechtigt halte.

Die skrupellose politische Verhetzung hat mit politischer Meinungsfreiheit nichts mehr zu tun. Gegenüber Elementen, die Aktionen wie die Besetzung der Opelschen Fabrik laut als Triumph feiern, ziehe die Arbeiterschaft einen dicken Strich.

In Italien hat bekanntlich diese Politik Mussolini in den Sattel geholfen.

Nationalsozialisten und Stahlhelm seien der besonderen Aufmerksamkeit der Regierung zu empfehlen, die vielfach diesen Organisationen gegenüber eine zu weitgehende Duldsamkeit zeige. Schließlich begrüßt der Redner die in Aussicht gestellte Vorlage über die Verwaltungsreform, die hoffentlich dazu beitragen werde, daß auch in die Amtsstuben der Behörden der freie Geist der Republik einziehe.

Der Zentrumsredner Dr. Peucker hielt es für untragbar, daß die Regierung in wichtigen Stellungen Beamte stellt, die gegen den Staat arbeiten. Schließlich hält der volksparteiliche Abgeordnete von Eynern eine Rede, in der er darlegt, wie nach seiner Auffassung die kommende Verwaltungsreform aussehen müßte. Dabei schießt er mit seinem Vorwurf gegen das jetzige System der kommunalen Selbstverwaltung weit über das Ziel hinaus.

Die Weiterberatung des Innenetats wird auf Dienstag vertagt.

Der Zollfriedensentwurf

wird beraten

Genf, 24. Februar. (Eig. Drahtber.)

Der Zollfriedensausschuß der Wirtschaftskonferenz teilte sich am Montag in drei Unterkommissionen, in denen der Zollfriedensentwurf im einzelnen durchberaten werden soll. Hilferding wurde zum Berichterstatter der zweiten Unterkommission ernannt.

Auf den Sitzungen der Unterkommissionen, die bereits heute früh begannen, ergab sich u. a., daß Holland, Deutschland, Belgien und Frankreich den Standpunkt vertreten, daß eine gemeinsame Wirtschaftsaktion nur möglich ist, wenn die Außenseiter von dem Meistbegünstigungsrecht, das heißt, dem auf gleiche Behandlung, ausgeschlossen werden. Eine Mehrheit der Konferenz wünscht als Stichtag den 1. Oktober 1929, wodurch die deutsche Regierung gezwungen würde, ihre späteren Zollerhöhungen als Ausnahmen anzumelden. Mit dieser Anmeldung von Ausnahmen sieht sie nicht allein, da auch andere Staaten schon jetzt sehr reichliche Vorbehaltungen und Ausnahmen haben verlauten lassen.

Revolution in San Domingo? Nach einer Meldung der Agentur Havas sollen sich einige nördliche Provinzen von San Domingo erhoben haben.

Nr. 47. 12. Jahrg.
Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Dienstag, den 25. Februar 1930.

STADT GELSENKIRCHEN-BUER

Der Mittelstand, Nachtragsetat und städtische Regiebetriebe

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Am 12. Februar nahm in einer öffentlichen Versammlung der Mittelstand zu dem Nachtragsetat Stellung. In dieser Versammlung sprachen auch namhafte Stadtverordnete des Zentrums, der Wirtschafts- und Volkspartei. Daß es dem Mittelstand nicht ganz besonders gut geht, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Man muß nur die Bezeichnung „Mittelstand" gut auseinanderhalten. Was will da aber nicht alles zum Mittelstand zählen! Wenn man sich jedoch die Reden der einzelnen Stadtverordneten, die in dieser Versammlung geschwungen worden sind, näher vor Augen führt, so bekommt man den Eindruck, als wenn nur der Mittelstand da wäre, der allein die Schuldenlast der Stadt zu tragen hätte. Man sprach davon, daß der Mittelstand auf keinen Fall eine Erhöhung der Steuern ertragen kann, da die Mehrzahl der Mittelständler schon sowieso vor dem Bankrott stehe. Ist man aber ein wenig Kenner der örtlichen Verhältnisse, so weiß man, daß es dem „wirklichen" Mittelstand immer noch etwas besser geht als dem Arbeiter, der „angebliche" Mittelstand aber sogar eine Wirtschaftsblüte zu verzeichnen hat. Man braucht nur an die Neu- und Umbauten zu erinnern, die in den letzten Jahren gemacht worden sind, so wird man schlechterdings wahrnehmen können, daß es dem Mittelstand wirklich schlecht geht. Zugegeben werden muß, daß, solange der Arbeiter schlecht verdient, ja, brutal wegen Profitgier des angeblichen Mittelstandes auf das Straßenpflaster fliegt, es dem wirklichen Mittelstand immer schlecht gehen wird. Herr Dr. Stoßberg erklärte, daß man unter keinen Umständen dem Nachtragsetat seine Zustimmung geben kann. Die verantwortlichen Ressortleiter müßten gegebenenfalls für Ueberschreitungen zur Rechenschaft gezogen werden. Recht so! Er hat nur vergessen, zu sagen, daß vielfach die Ueberschreitungen der einzelnen Etats auf das Konto des Vergehens der Arbeiten an die Unternehmer zu buchen sind. Nur einige Beispiele: Wir haben ja eine städtische Reparaturwerkstatt. Hier sind jeweils 15 bis 17 Handwerker beschäftigt. Die Werkstatt hatte früher soviel zu tun, daß noch weitere Handwerker eingestellt werden sollten. Heute ist auf einmal keine Arbeit mehr da, obwohl in letzter Zeit mehr öffentliche Gebäude entstanden sind. Warum haben diese Handwerker keine Arbeit? Weil die Arbeiten an Unternehmer vergeben worden sind. Kostenpunkt der Unternehmerarbeit, der im Zusammenhang des Nachtragsetats eine große Rolle spielt, soll hier nicht erörtert werden; es wird aber bei der kommenden Etatsaufstellung noch ein Wort darüber gesprochen werden.

Gar nicht zu verstehen sind die Ausführungen des Herrn Direktors Feldmann. Er spricht davon, daß daß trotz der Ueberschreitung der Etats die Verwaltung Zuschußbetriebe unterhält, die der Allgemeinheit keinen Nutzen, sondern nur Schaden brächten. Er ist dafür, daß nur Elektrizität, Gas und Wasser in die öffentliche Hand genommen werden sollten. Alle anderen Betriebe, wie: Straßenunterhaltung, Straßenreinigung, Gartenbau und Badeanstalt sind nach Ansicht des Herrn Direktors Feldmann Luxusbetriebe und bringen der Allgemeinheit einen großen Schaden. Man weiß nicht, ob tatsächlich Herrn Direktor Feldmann die genaue Uebersicht über die städtischen Betriebe fehlt, oder er aber in dieser Versammlung des „sogenannten" Mittelstandes gezwungen war, in das Horn der anderen mitzublasen, denn eine Straßenreinigung, ein Straßenunterhalt oder auch der Gartenbaubetrieb können sich doch unmöglich zum Schaden der Allgemeinheit auswirken. Oder ist Herr Direktor Feldmann der Ansicht, daß es grundsätzlich falsch sei, wenn die Straßen gut gereinigt werden, damit sich nicht die proletarische Krankheit (Tuberkulose) besonders hier bei uns in der schönen Luft ausbreiten kann. Oder ist es falsch, wenn Bergleute oder Hüttenarbeiter, die acht bis zehn Stunden lang am Tage arbeiten mußten, nach getaner Arbeit in die Anlagen gehen und ihre Steinlungen auffrischen! Richtig ist, daß durch die Schaffung der Grünanlagen so mancher Arbeiter seine Gesundheit miterhält und nicht so oft der Knappschafts- oder Krankenkasse zur Last fällt. Aber auch der Straßenunterhalt ist notwendig, denn auch Herr Direktor Feldmann wird wohl der letzte sein, sich mit Löchern in den Straßen abzufinden, die ohnehin noch vorhanden sind, obwohl eine ganze Anzahl städtischer Arbeiter bemüht war, sie auszubessern. (Also eine Kündigung städtischer Arbeiter kommt hier gar nicht in Frage.) Aber Herrn Feldmann stellte Herr Büsch noch in den Schatten. Er erklärte nämlich, daß man nicht allein dem städtischen Arbeiter zuliebe einem Nachtragsetat zustimmen könne; man muß vielmehr die Stadtverwaltung zwingen, bestimmte Arbeiten einzustellen, die überflüssig sind. Welche praktischen Arbeiten hier überflüssig sind, das mag der Teufel wissen! Nach Ansicht des Herrn Büsch ist wohl Gartenbau und Straßenreinigung keine kommunale Wirtschaft, sondern kommunaler Unsinn. Wie würden wohl die Garten- und Straßenbetriebe aussehen, wenn die Arbeiten nur Unternehmer machen sollten, und wie hoch würden sich die Kosten für diese Arbeiten belaufen? Könnte da noch ein Arbeiter Tariflohn beziehen? Das sind die Licht- und Schattenseiten, die uns Herr Feldmann und auch Herr Büsch zum fünften Steuerquartal gegeben haben. Berücksichtigt man die Schuldenlast von Gelsenkirchen-Buer, die jetzt schon 67 Millionen beträgt, und rechnet man noch den Defizitbetrag von 4.75 Millionen RM hinzu, so ergibt sich eine gesamte Summe von nur 72 Millionen Schulden. Will noch Herr Büsch behaupten, daß der Nachtragsetat nur für die Erhaltung städtischer Arbeiter bestimmt ist?! An den „wirklichen" Mittelstand aber sind einige Worte zu richten: Soll dem Mittelstand in etwa geholfen werden, dem es stellenweise auch nicht viel besser geht, als dem Arbeiter, dann kann es nur geschehen, wenn er wirtschaftlich und politisch sich mit der Arbeiterklasse verbunden fühlt und sich nicht Parteien anhängt, die ihn wirtschaftlich genau wie den Arbeiter bekämpfen und zugrunde richten.

Hausbesitzer und Konsumvereine

Die Sänger von Finsterwalde kennt alle Welt; minder bekannt sind die Hausbesitzer der berühmten Lausitzstadt. Sie wollen aber offenbar in das grelle Licht der Oeffentlichkeit treten, wie folgendes Inserat im „Finsterwalder Anzeiger" erkennen läßt:

Eine kleine 3-Zimmer-Wohnung

und Küche, beschlagnahmefrei, gegen Baukostenzuschuß von 400 bis 500 RM zu vermieten. Monatsmiete von 15 RM wird verrechnet. **Bewerber dürfen nicht Mitglied des Konsumvereins sein.** — Offerten erbeten an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter „Wohnung".

Der Konsumverein für die westliche Niederlausitz in Finsterwalde wird sich über diese Propaganda freuen.

Ein bekannter Name!

„Sodener Pastillen". Haben Sie selbst schon dieses natürliche Produkt gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung versucht?

Gelsenkirchener „Freuden" des Demonstrationsverbots

Münster bescherte sie uns

Die Gelsenkirchener Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hatte seit Wochen für den letzten Sonntag aus Anlaß der Wiederkehr des Bundesgründungstages einen Fackelzug geplant. Da das Demonstrationsverbot des preußischen Innenministers noch nicht aufgehoben ist, beantragte die Reichsbannerleitung, wie uns geschrieben wird, durch die hiesige Polizeibehörde die Genehmigung dieses Fackelzuges. Diese Genehmigung wurde wie folgt erteilt:

Der Polizeipräsident. Recklinghausen, den 13. Febr. 1930.

Auf Ihren Antrag vom 17. Januar 1930 auf Genehmigung eines Fackelzuges am Sonntag, dem 23. Februar, werden Sie hiermit benachrichtigt, daß der Herr Minister des Innern die Genehmigung zur Abhaltung dieses Fackelzuges erteilt hat.

gez. Dr. Wiesner.

Wie aus den Daten ersichtlich ist, brauchten die verschiedenen Behörden vier Wochen, um die Genehmigung nach Gelsenkirchen zu leiten! Vier Wochen lang amüsierte sich St. Bürokratius mit dem Reichsbannerantrage! Wer weiß, wie groß das Heer der Beamten ist, das sich darüber den Kopf zerbrach. Aber immerhin: Die Genehmigung war erteilt.

Franz Heckmann starb in der vergangenen Woche! Seine Beerdigung wurde auf Sonntag nachmittag festgesetzt. Es ist ganz selbstverständlich, daß das Reichsbanner seinem lieben Franz dieselbe Ehre erweisen wollte, wie den anderen früher verstorbenen Kameraden. So einfach gingen die Dinge aber nicht. Schon am Freitagmittag teilte der hiesige Leiter des Polizeiamtes mit, daß die Beerdigung nicht gestattet sei. Er habe die Anweisung der Recklinghäuser Polizeizentrale, dies dem Reichsbanner mitzuteilen. Daraufhin hat das Reichsbanner telephonisch mit der Regierung in Münster verhandelt und dem Vizepräsidenten in Münster den Sachverhalt dahin klargelegt, daß die Beerdigung und der Fackelzug zeitlich so zusammenfallen, daß es doch unmöglich sei, den Marsch zum Trauerhause und vom Friedhof zu verbieten. Dem Vizepräsidenten ist gesagt worden, daß doch kein Mensch mit fünf gesunden Sinnen verstehen könne, daß, wenn eine Organisation abends um 7 Uhr einen Fackelzug veranstalten dürfe, dieselbe Organisation aber zwei Stunden vorher eventuell mit Gewalt daran gehindert werden könnte, genau so geschlossen wie im Fackelzug sich zu der Wohnung eines lieben und beliebten Mitgliedes zu begeben.

Der Vizepräsident antwortete, daß er gegen eine Genehmigung der Beerdigung nichts einwenden könne, er sehe die Sachlage ein, doch müsse er sich die endgültige Entscheidung des Herrn Präsidenten vorbehalten.

Samstag mittag gegen 12 Uhr wurde dann der Reichsbannerleitung folgendes amtliches Schreiben mitgeteilt:

Polizeipräsidium Recklinghausen,
Polizeiamt Gelsenkirchen.

Gelsenkirchen, den 22. Februar 1930.

An
das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold,
zu Hd. des Herrn Hau
Hier.

Betrifft: Ihren Antrag vom 21. d. Mts. von Aufzügen aus Anlaß der am 23. d. Mts. stattfindenden Beerdigung Ihres Mitgliedes Franz Heckmann.

Es wird ergebenst mitgeteilt, daß der Herr Regierungspräsident in Münster das Begräbnis als ein solches außergewöhnlichen Umfanges genehmigt hat. Die geschlossene Beteiligung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold an dem Leichenzuge von dem Trauerhause Bergmannstraße 113 bis zum Friedhofe ist also gestattet. Nicht genehmigt sind die Anmärsche der einzelnen Kameradschaften von den Versammlungslokalen zum Platz an der Wildenbruchstraße und von da zum Trauerhause. Ferner ist nicht genehmigt der geschlossene Abmarsch vom Friedhof.

J. A.: Hammer.

Man beachte: Der Regierungspräsident in Münster hat durch die unglückliche Verfügung des preußischen Innenministers das Recht bekommen, die Beerdigung eines Menschen, selbst soweit der Leichenzug im engsten Sinne in Frage kommt, zu genehmigen, also auch zu verbieten. Wir wissen sehr wohl, daß die Kommunisten nicht davor zurückschrecken, eine Beerdigung zu ihrem politischen Zwecke zu mißbrauchen. Wir wissen ebenso, daß eine für Ruhe und Sicherheit in der Bevölkerung besorgte Regierung auch für solche Fälle Maßnahmen ergreifen muß, obwohl wir durchaus aber auch der Auffassung sind, daß nicht bei jeder sich nur eben bietenden Gelegenheit mit dem Radiergummi des Schupomannes gewinkt werden muß. Daß aber der Regierungspräsident in Münster das generelle Recht hat, sich in alle Beerdigungen „außergewöhnlichen Umfanges" zu mischen, das beweist mit am besten, wie mangelhaft das Demonstrationsverbot des preußischen Innenministers ist.

Sofort nach Erhalt vorstehenden Schreibens fanden zwischen Reichsbannerleitung und Polizei wiederum Verhandlungen statt. Die Reichsbannerleitung erklärte, daß sie aus grundsätzlichen Erwägungen heraus von dem Versuch, geschlossen zu marschieren, nicht absehen könne und auch nicht absehen werde. Sie habe die Absicht, Präzedenzfälle zu schaffen, um den maßgebenden Stellen im Staate zu beweisen, daß das allgemeine Demonstrationsverbot das politisch unklug, praktisch und polizeilich betrachtet, falsch sei, und das tief in die Rechte des Staatsbürgers einschneidet, unbedingt geändert werden muß. Selbstverständlich würde die Reichsbannerleitung, soweit wie möglich, allen Mitgliedern die Anweisung geben, daß sie den Anordnungen der Polizeibeamten keinen Widerstand entgegensetzen dürften. Die untere Polizei könne selbstverständlich nichts dazu, sie sei vielmehr gehalten, die ihr gewordenen Befehle auszuführen.

Dann machte die Reichsbannerleitung darauf aufmerksam, daß zu dem Fackelzug, der genehmigt ist, doch zweifellos der An- und Abmarsch gehöre. Der Marsch vom Friedhof zur Wiese sei in Wirklichkeit der Anmarsch zum Fackelzug. Also müsse der Herr Regierungspräsident in Münster auch den Marsch vom Friedhof aus freigeben, weil doch der Minister den Fackelzug genehmigt habe. Die Entscheidung der Behörde lautete dann dahin, daß der Marsch vom Friedhof nach wie vor verboten, der Anmarsch zur Wiese aber gestattet sei.

So lächerlich dieses Streiten um Straßenzüge ist, um so deutlicher wird die Unhaltbarkeit des heutigen Zustandes, der durch das Demonstrationsverbot des preußischen Innenministers herbeigeführt worden ist.

•

Soweit die uns zugegangenen Ausführungen! Wie das von uns gar nicht anders erwartet wurde, haben sich am Sonntag die Trauerfestlichkeiten reibungslos, also würdig, abgewickelt, auch der Abmarsch vom Friedhof bis zum Ausgangspunkt des Fackelzuges ging ohne Schwierigkeiten von statten. Immerhin aber haben die Vorverhandlungen, die zur Durchführung des Ganzen notwendig waren, bewiesen, daß die Behörden durch das Demonstrationsverbot in allerlei Wirrsal gestürzt worden sind, weil eben noch immer klare und vernünftige Ausführungsbestimmungen fehlen. Diese wären also zum mindesten endlich zu schaffen. Das beste allerdings wäre, wenn das ganze Demonstrationsverbot so schnell wie möglich verschwände, und das nicht zuletzt aus psychologischen Gründen, denn es muß auf die Dauer verheerende Wirkungen zeitigen, wenn Männern, die in unzweifelhafter Treue auf dem Boden der Republik stehen, eben diese Republik durch ihre Minister die Straße verbieten läßt. Dem staatsfeindlichen Janhagel von rechts und links dürfte doch wahrlich anders beizukommen sein, als dadurch, daß Männern, die, unangefochten durch alle Not des Tages, den jungen Volksstaat lieben, durch Verbote gekränkt und verbittert werden.

Arbeiterwohlfahrt, Gelsenkirchen

Universitätsprofessor Dr. Honigsheim

spricht am Donnerstag, dem 27. dieses Monats, um 20 Uhr, im kleinen Saal des Hans-Sachs-Hauses über

Die sozialistische Bewegung

Karten zum verbilligten Preise von 30 Pfennig sind im Sekretariat der Arbeiterwohlfahrt, August-Bebel-Haus, zu haben.

Der Kursus über Wohlfahrtspflege

beginnt heute abend 7 Uhr im August-Bebel-Haus.

Buer

Festnahme eines Zuchthäuslers

Wir konnten bereits vor einigen Tagen an dieser Stelle auf die zunehmende Unsicherheit im Beamtenviertel von Bergmannsglück hinweisen, wobei wir nicht unerwähnt ließen, daß die betroffenen Familien von einem gerissenen und raffinierten Dieb vornehmlich in ihrer Abwesenheit bestohlen und damit beunruhigt worden sind. Kurz hintereinander waren sowohl in der Felsenstraße als auch in der Uhlenbrockstraße bei Werksbeamten Einbruchsdiebstähle ausgeführt. Diese verschiedenen Einbrüche sind aller Wahrscheinlichkeit nach auf das Konto des kürzlich festgenommenen erheblich vorbestraften Arbeiters Jürgens aus der Bahnhofstraße in Westerholt zu setzen. J. hat nämlich bei seiner nächtlichen Diebesfahrt am Hause des bestohlenen Fahrsteigers ein Fahrrad zurückgelassen, welches von der Bergmannsglücker Feuerwehr an eine Mauer angelehnt vorgefunden wurde. Dieses Rad gehört dem Westerholter J., der natürlich angibt, nichts mit dem Diebstahl der Lohngelder zu tun zu haben. An einer anderen Stelle auf Bergmannsglück ließ der Festgenommene, der natürlich alle Taten leugnete, ein Paar Schuhe zurück. Diese Schuhe wurden einem Anstreichermeister aus Westerholt kürzlich entwendet. Die Kriminalpolizei ist bemüht, die Diebstähle aufzuklären und hat den J. vorläufig dem Amtsgericht Buer vorgeführt.

Schweres Verkehrsunglück. Am Samstagabend gegen 8 Uhr stießen am Schnittpunkt der Goldberg- mit der de-la-Chevalleriestraße zwei Fahrzeuge heftig zusammen. Ein von der Bochumer Str. kommender Motorradfahrer fuhr einem in Richtung Herten fahrenden Auto in die Flanke. Drei Personen trugen bei dem Unfall schwere Verletzungen davon.

Ein Verkehrsunfall ereignete sich am 22. d. M. gegen 12.50 Uhr auf der Kaiserstraße in Resse. Als eine 82 Jahre alte Witwe Sk. aus der Arminiusstraße ein kleines Kind vor dem Überfahren auf der Straße retten wollte, lief sie, da sie schlecht sehen kann, direkt vor ein Pferdegespann. Sie mußte daraufhin dem Krankenhause überwiesen werden, wo ein Unterschenkelbruch des rechten Beines festgestellt wurde.

Ein lieber Sohn. Als am 22. d. M. ein 56 Jahre alter Invalide B. aus der Frankenstraße die Augustastraße in Erle passierte, wurde er von seinem 20 Jahre alten Sohne, A. B., aus der Bismarckstraße zu Boden geschlagen und dann körperlich mißhandelt. Der Vater hatte gegen seinen Sohn fürsorgerische Maßnahmen angestrengt und wollte zu der sogenannten Zeit den gepfändeten Lohn seines Sohnes auf der Zeche in Empfang nehmen. Diese Gelegenheit nutzte der Sohn aus, um seinen Vater zu überfallen.

Wieder ein Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum Sonntag statteten bisher noch nicht ermittelte Diebe der Wohnung eines städtischen Beamten in der Turmstraße einen Besuch ab. Die Diebe verschafften sich mit Gewalt Einlaß durch eine Kellertür und gelangten so in das Innere der Wohnung. Sie durchstöberten Schränke und erbeuteten fast den ganzen Inhalt eines Kleiderschrankes. Als das Ehepaar in später Stunde zurückkehrte, fand es alles durchwühlt und durcheinandergeworfen.

Glück gehabt! Einem an der Karlstraße in Erle wohnhaften Bergmann S. wurde am 23. d. M. gegen 4 Uhr sein Motorrad, das er vor einer Wirtschaft P. an der Bismarckstraße niedergestellt hatte, entwendet. Das Rad konnte später vor einem Hause an der Heistraße wiedergefunden und dem Eigentümer zugestellt werden.

Horst

Unfall im Bergbau. Im unterirdischen Betriebe der Zeche Heinrich in Altenessen geriet der Bergmann B. aus Horst, Heßler Straße, unter fallende Gesteinsmassen. Er trug schwere Verletzungen davon und mußte in das Krankenhaus gebracht werden.

Ein Unfall ereignete sich am 21. d. M. gegen 18.15 Uhr auf der Hochstraße in Horst. Der 6 Jahre alte H. A. aus der Hochstraße, daselbst, spielte auf dem Bürgersteig, und als er plötzlich die Straße überqueren wollte, geriet er unter ein Auto aus Erle bei Dorsten und zog sich hierbei einen Nasenbeinbruch und eine Quetschung des rechten Knies zu. Von dem Wagenführer wurde der Junge sofort dem Krankenhause zugeführt.

Einen 74jährigen Mann beraubt. In der Nacht zum 24. Februar gegen 0.30 Uhr wurde auf der Friedrichstraße in Horst Süd der 74jährige Schuhmacher A., Friedrichstraße wohnhaft, von einem jungen Burschen angehalten und ihm die Taschenuhr, sowie sein Portemonnaie mit 3 RM Inhalt abgenommen. Es handelt sich um eine alte silberne Remontoiruhr.

Vom Vest zum Niederrhein

Einige Verbesserungen im Personenzugverkehr.

Nach einer Auslassung der Reichsbahndirektion Essen werden von den durch den Westfälischen Verkehrsverband für den Knippbrückenverkehr gestellten Anträgen zu dem am 15. Mai in Kraft tretenden Jahresfahrplan folgende verwirklicht werden:

1. Einlegung eines neuen Personenzuges Recklinghausen—Oberhausen, der an Stelle des P 1908 bis Krefeld durchgeführt und wie folgt verkehren wird:

Recklinghausen Hbf.	ab 21.33
Oberhausen	ab 22.22/25
Duisburg-Meiderich Süd	ab 22.34/35
Mörs	ab 22.54/55
Krefeld	an 23.29

(Anschluß nach M.-Gladbach, Krefeld ab 23.42).

Diese Verbindung bedeutet eine wesentliche Verbesserung, da mit ihr nur ein Aufenthalt von 3 Minuten in Oberhausen verbunden ist, während der P 1908 bekanntlich einen solchen von 51 Minuten besaß und demgemäß als durchgehende Verbindung überhaupt nicht angesehen werden konnte.

2. Verlegung des P 2761 (Krefeld ab 15.43, Bottrop an 17.47) in eine günstigere Lage. Dieser Zug wird zwar nicht ganz die vom Westfälischen Verkehrsverband beantragte Fahrplanlage bekommen. Er wird aber mit seinen neuen Fahrzeiten:

Krefeld ab 18.03 (Anschl. v. Aachen, an 17.53)
Mörs 18.38/42 (Anschl. v. Cleve durch P 2741 an 18.38)
Sterkrade 19.15/21
Bottrop an 19.34

eine wesentliche Verbesserung für den Rückverkehr vom linken Niederrhein bedeuten. Bei der beantragten Abfahrtzeit von Krefeld um 18.54 würden unmittelbare Anschlüsse nicht vorhanden und außerdem hierbei zwischen Krefeld und Mörs eine neue Zugleistung erforderlich sein. Die Reichsbahn hat deshalb der nunmehr vorgesehenen Zeitlage den Vorzug gegeben.

3. P 2753 (jetzt Krefeld ab 4.37, Bottrop an 6.10) wird in die beantragte Zeitlage verschoben und folgenden Fahrplan erhalten:

Krefeld	ab 7.46	P 2259	v. M.-Gladbach	an 7.33
		P 1877		an 7.41
Sterkrade	an 8.49			
Sterkrade	ab 8.54			
Bottrop	an 9.08			

Hierdurch wird eine gute Frühverbindung vom linken Niederrhein nach Bottrop geschaffen.

Die Reichsbahn wollte bekanntlich die zwischen Bottrop und Krefeld über Sterkrade verkehrenden Züge 2753, 2758 und 2760/2761 auf dem Streckenabschnitt Sterkrade—Bottrop wegen angeblich unzureichender Besetzung ausfallen lassen. Es ist gelungen, die Reichsbahn von diesem Vorhaben abzubringen. Hoffentlich werden die Züge in der neuen Fahrplanlage den dadurch erhofften stärkeren Verkehr auch tatsächlich bekommen.

Die vom Westfälischen Verkehrsverband im Interesse des Durchgangsverkehrs über die Knippbrücke weiterhin noch beantragte Verkürzung des Aufenthalts des P 1902 in Oberhausen um 3 Minuten hat sich leider nicht durchführen lassen.

Die ebenfalls beantragte Verlegung des P 2760 in eine frühe Morgenlage konnte nicht berücksichtigt werden, weil der Zug auf der Strecke Mörs—Krefeld in seiner gegenwärtigen Lage nicht entbehrt werden kann, und weil mit der früheren Durchführung außerdem unwirtschaftliche Leerfahrten im Reichsbahndirektionsbezirk Köln mit in Kauf genommen werden müssen.

Der Westfälische Verkehrsverband wird auch in Zukunft der weiteren Ausgestaltung des Verkehrs zwischen dem West Recklinghausen und dem linken Niederrhein seine besondere Aufmerksamkeit widmen.

Buerscher Gerichtstag

Immer wieder Abzahlungsschwindel.

Fast täglich erlebt man an Gerichten in den letzten Jahren Abzahlungsschwindeleien mit Fahrrädern, Nähmaschinen usw. In diesem Falle war es der Bergmann F., der sich, obwohl ohne Arbeit, ein kostspieliges Fahrrad auf Ratenzahlung leistete. Bevor jedoch der Käufer das Rad bezahlt hatte, verscheuerte er es an einen Bekannten. Der Käufer wußte sogar, daß das Rad noch nicht bezahlt war und nahm deshalb Veränderungen am Rahmen des Rades vor. Eines Tages kam die Sache ans Tageslicht. F. erhielt vom Gericht wegen Betruges drei Wochen Gefängnis und sein Helfer wegen Beihilfe eine Woche. Beide haben die Kosten des Verfahrens zu tragen. In einem anderen Falle hatte der Angeklagte seinem Vater bei irgendeiner Gelegenheit ein Besteck im Werte von rund 120 RM geschenkt. Beim Kauf des Bestecks waren Ratenzahlungen vereinbart worden. Eines Tages gab nun der Angeklagte dem Geschäftsmanne an, daß er das ganze Besteck unterwegs verloren habe, und er glaubte daher, nicht weiter abzahlen zu brauchen. Später stellte sich aber heraus, daß der gute Mann die netten Sachen ins Pfandhaus gebracht hatte. Für diese Tat erkannte das Gericht auf eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen. Zu einer Woche Gefängnis mit Bewährungsfrist wurde weiter die Ehefrau G. aus Buer-Beckhausen verurteilt, weil sie sich der Pfandverschleppung schuldig gemacht hatte. Es handelte sich in diesem Falle um eine Nähmaschine, die der Gerichtsvollzieher am Versteigerungstermin nicht mehr vorfand.

Geschäftliche Mitteilungen.

Liliputaner bei Alsberg

Wieder sehen wir unsere reizenden, kleinen Freunde im Alsberg-Haus. Diesmal aber betätigen sie sich des Morgens eifrig beim Verkauf, und das Publikum findet besondere Freude daran, sich von den Kleinen bedienen zu lassen.

Im Erfrischungsraum wird durch eine Liliputanerin etwas Besonderes geboten: sie singt und begleitet sich auf einem Liliput-Klavier. Man kann sich denken, daß groß und klein begeistert ist. Des Nachmittags besucht man sie bei ihren Vorstellungen, die sie dreimal täglich geben. Zuerst werden sie uns alle zusammen vorgestellt; dann beginnen ihre einzelnen Nummern. Man sieht neben Tanz- und Varietee-Nummern Märchenaufführungen und ist erstaunt über die Leistungen der kleinen Schauspieler.

Schneewittchen, der Froschkönig usw. Begeistert verläßt man den Ausstellungsraum und ist überzeugt, daß diese kleinen Leute den größten Anteil am Erfolg des Serienverkaufs haben.

34.-260. Preußisch-Süddeutsche Staatslotterie.
12. Ziehungstag der 5. Klasse (Hauptziehung).

In die Lotterieeinnahmen von Gelsenkirchen-Buer fielen folgende Gewinne zu 150 RM (Einsatzgewinn):

21 487 27 451 27 460 27 475 27 483 37 905 37 979 61 163 62 636 62 711 62 728 77 796 83 111 85 268 100 798 112 565 112 800 114 230 114 283 114 329 164 059 164 061 164 351 164 373 169 595 188 812 201 559 201 600 203 840 205 727 205 807 209 121 213 409 213 424 213 429 218 338 223 093 224 620 231 046 231 304 240 275 300 905 300 920 309 161 324 856 333 747 341 101 348 168 348 175 348 777 352 305 357 412 370 616 377 947.

Die höheren Gewinne werden den Spielern sofort durch verschlossenen Brief mitgeteilt. Ersatzlose sind nur noch in geringem Umfange zu haben. Die gegenwärtige Ziehung dauert ununterbrochen 30 Tage, bis zum 14. März 1930.

Sparmaßnahmen bei den Volksschulen

Von Rektor Oppermann.

Während die Sparmaßnahmen der Schulverwaltung auf dem Gebiete des höheren Schulwesens von vornherein als „Bluff" zu erkennen war, auch niemals ernstlich die Durchführung in den Bereich der Möglichkeit gezogen ist (jede Anstalt bekommt zwei Sexten), so hat man jetzt vor, den Etat auf Kosten der Volksschule zu entlasten. Ein Rechenkünstler in der Stadtverwaltung hat herausgefunden, daß 45 000 (Zahl der Volksschüler), geteilt durch 50 eine kleinere Zahl ergibt, als wenn nur durch 45 geteilt wird, wir also viel Geld sparen können, wenn wir die Durchschnittszahl an den Volksschulen von 45 auf 50 erhöhen. Die Stadtverwaltung schlägt vor, den Fehlbetrag des Etats 1930 u. a. durch

Erhöhung der Klassenfrequenz bei den Volksschulen (Entlassung von Junglehrern)

zu ermäßigen; diese eine Maßnahme soll allein 300 000 RM Ersparnisse bringen.

Daß dieser Vorschlag überhaupt nicht durchzuführen ist, scheint der Schulverwaltung gar nicht zur Erkenntnis gekommen zu sein. Denn:

1. 300 000 RM Ersparnisse erfordern den

Abbau von rund 60 Stellen.

Wo sollen diese hergenommen werden? In den beiden katholischen Schulaufsichtsbezirken ist die Durchführung der Durchschnittszahl 50 nicht möglich, da nur wenige Stellen nicht endgültig besetzt sind. Werden alle nicht endgültig besetzten Stellen „zum Ruhen gebracht" (wie der Fachausdruck heißt), so würde in Gelsenkirchen an den katholischen Schulen etwa der Durchschnitt 46 bis 47 erreicht und in Buer etwa 45. Der Durchschnitt läßt sich nur durchführen an den weltlichen und den evangelischen Schulen, da dort viele Stellen nicht endgültig besetzt sind. Wir wollen jedoch nicht annehmen, daß nur aus diesem Grunde der Vorschlag gemacht ist.

2. Auf eine Erkundigung der Schulverwaltung Gelsenkirchen hat die Regierung in Münster erklärt, daß sie gegen den Durchschnitt 50 keinen Einspruch erheben würde, wenn die Vorschrift des Ministers eingehalten wird, daß in keiner Grundschulklasse (1. bis 4. Schuljahr) über 50 Kinder sind. Dadurch wird erfreulicherweise die Absicht der Gelsenkirchener Schulverwaltung gleich unmöglich gemacht. Denn die Durchschnittszahl 50 würde z. B. in der

Fichteschule eine Grundschulklasse von 76 Kindern

ergeben. Sollte dies vermieden werden, durch stärkere Zusammenlegung der oberen Klassen, so würden dort Klassen entstehen von über 80 Kindern. Sind doch bei der jetzigen Durchschnittszahl von 43 bis 44 schon Klassen von über 50 Kindern da. An den anderen Schulen sind die Verhältnisse ähnlich.

3. Ganz abgesehen davon, daß die Unterbringung einer solch großen Kinderzahl in einer Klasse aus pädagogischen Gründen unverantwortlich ist (wie sollen die Grundsätze der modernen Pädagogik [Arbeitsschule] verwirklicht werden), ist es aus gesundheitlichen Gründen unmöglich, in den zum Teil alten Schulgebäuden in einer Klasse soviel Kinder zusammenzupferchen.

Ist es nun überhaupt zu verantworten, durch Erhöhung der Durchschnittszahlen Ersparnisse zu machen?

Werfen wir einen Blick auf andere Großstädte.

In einer Uebersicht der Durchschnittszahlen von 26 Großstädten mit über 200 000 Einwohnern steht Gelsenkirchen mit seinem jetzigen Durchschnitt von 43,49 an letzter Stelle.

An 1. Stelle steht Dresden (30,68), an 5. Stelle Berlin (33,12), an 15. Stelle Bochum (41), an 21. Stelle Dortmund (41,73), an 22. Stelle Essen 42) und an letzter Stelle Gelsenkirchen (43,49). Wenn nun jetzt einige Großstädte zum Abbau übergehen, so erreichen sie noch längst nicht den Durchschnitt, den Gelsenkirchen jetzt schon hat. Berlin erreicht trotz des großen Abbaues erst den Durchschnitt 34 bis 35.

Gelsenkirchen will also auf keinen Fall seinen letzten Platz verlieren.

Ferner ist darauf hinzuweisen, daß im nächsten Jahre mit

Mehreinnahmen im Volksschuletat

zu rechnen ist.

1. Die Schülerzahl der Volksschulen steigt Ostern dieses Jahres um rund 2000, dadurch erhöht sich das Beschulungsgeld, das wir vom Staate bekommen.

2. Für jede Lehrerstelle sind im nächsten Jahre rund 240 RM weniger an die Landesschulkasse zu zahlen.

3. Es besteht begründete Aussicht dafür, daß durch Antrag der Regierungsparteien die Meßzahl von 60 auf 50 herabgesetzt wird. Dadurch würde für etwa drei Fünftel aller sogenannten „Luxusstellen" der erhöhte Zuschuß fortfallen.

Müssen auf dem Gebiete des Volksschulwesens Ersparnisse gemacht werden, so ist zunächst einmal

in allen vier Bezirken der Durchschnitt 45 einheitlich durchzuführen.

Nach der Uebersicht aller Volksschulen von Gelsenkirchen vom 1. Februar 1930 gibt es noch 10klassige Schulen mit 355 Kindern. Ferner ist

für alle Hilfsschulen eine einheitliche Durchschnittszahl festzulegen.

Während die evangelischen Hilfsschulen in Gelsenkirchen einen Durchschnitt von 24 Kindern haben, weisen die Hilfsschulen in Buer einen Durchschnitt von 13 auf. Man ist dort also um 30 Prozent unter der Höchstzahl geblieben, die der Hilfsschullehrerverband fordert (18). Wäre derselbe Maßstab angewandt auf die Volksschulen so hätten wir die idealsten Zustände hier in Gelsenkirchen und würden in der nächsten Uebersicht der Großstädte mit an erster Stelle stehen.

Die Fraktion der SPD. hat in ihrer Sitzung am Sonntag die Erhöhung der Klassenfrequenz einmütig abgelehnt. Es gibt andere Sparmöglichkeiten; wir werden in dieser Hinsicht unsere Vorschläge machen.

Rundfunk-Programm

Dienstag, 25. Febr. 11.15: Schulfunk ● 13.05: Konzert. ● 15: Kinderspielstunde ● 16: Bücherstunde ● 16.25: Studienrat Dr. Schulte Fastnachtsallotria im Münsterlande. ● 16.50: Oberstudiendir. Krüger: Von Schullandheimen und Schülerfahrten ● 17.30: Schallplatten: Werke von Schubert und Chopin. ● 18.30: Dr. Maranca: Die Erkrankungen der Zähne ● 19.15: Französisch ● 19.35: Gespräche über Menschentum ● 20: Konzert. Kl. Funkorch. Mitw.: Aramesco (Tenor). Schubert: Duo „Alphonso und Estrella" — Ziehrer: Naturlänger. — Tschaikowski: Herbstlied — de Jane: Bauerntanz. — Mailart: Melodien aus „Das Glöckchen des Eremiten" — Drigo: Ballettsuite „Esmeralda". — Moderne Tänze und Tanzlieder.

Deutsche Welle (1635).

Deutsche Welle. Gleichbleibendes Werktags-Programm. 6.55: Wetter für den Landwirt ● 7 Gymnastik ● 12.25: Wetter für den Landwirt (So. 12.50.) ● 12.55: Mauener Zeit. ● 14: Berlin: Schallplatten. ● 15.30: Wetter, Börse.

Deutsche Welle, Dienstag, 25. Febr. 9: Reportage aus einer Großbäckerei ● 12: Französisch für Anf. ● 14.30: Tanzturnen für Kinder ● 15: Jugend Schach ● 15.45: Künstlerische Handarbeiten: Papierschmuckkette. ● 16.30: Leipzig: Konzert des Funkorchesters. ● 17.30: Ministerialrat Goslar: Staatliche Pressepolitik einst und jetzt. ● 17.55: Dr. Maner: Die Chemie der Gärung. ● 18.20: Prof. Taute: Insekten als Krankheitsübertrager. ● 18.40: Französisch für Fortgeschrittene ● 19.05: Prof. Mersmann: Schöpferisches Musikerkennen ● 19.30: Reg.-Baumeister Konfermann: Wärmewirtschaft im Wohnungsbau ● 20: Prof. Schulze-Gävernitz: Mensch und Maschine ● 20.30: Georg Bertram spielt Werke von Chopin. ● 21: Königsberg: Konzert. Suppé: Ouv. zu „Die schöne Galathee" — Joh. Strauß: Geschichten aus dem Wiener Wald — Tschaikowsky: Walzer aus der „Nußknacker-Suite" — Lanner: Die Schönbrunner. — Bajoni: Tanzwalzer für ar Orch ● Anschl.: Zeit, Wetter. ● Danach: Dr. Räuscher: Politische Zeitungsschau

Demnächst kommunale Neuwahlen in Münster

Das Stadtverordnetenkollegium hat sich nunmehr wieder aufgelöst, nachdem die Stadtverordneten den Rechtsspruch des Bezirksausschusses, der die Ungültigkeitserklärung der Stadtverordnetenwahl aussprach, angenommen haben. Der Nachtragsetat ist vorläufig zurückgestellt worden, jedoch wurde dem Magistrat ein Viertel des alten Haushaltsplanes bewilligt. Die bevorstehenden Neuwahlen werden unter veränderten Voraussetzungen vor sich gehen. Mit einer eigenen Liste wird der neugebildete „Evangelische Volksdienst" erscheinen. Außerdem werden Deutschnationale und Deutsche Volkspartei sich nicht wieder zu einer „Bürgerlichen Einheitsliste" zusammenschließen.

Im Bergbau tödlich verunglückt

Im unterirdischen Betriebe der Zeche Beeckerwerth der Ver. Stahlwerke in Hamborn wurde der 36jährige kinderlos verheiratete Bergmann Ludwig Ließ von einem sich lösenden Stein derart schwer getroffen, daß er einen Bruch der Wirbelsäule davontrug und bald darauf starb.

Eine stillgelegte Zeche wieder in Betrieb

Ein Lichtblick.

Die vor einiger Zeit stillgelegte Zeche „Beharrlichkeit" im Osnabrücker Gebiet soll wieder in Betrieb genommen werden. Ueber diese Frage wird eine Ende dieses Monats in Düsseldorf einberufene Generalversammlung zu entscheiden haben. Mit der Wiederinbetriebnahme der Zeche ist der Bau einer Ziegelei geplant. Eine große Anzahl von erwerbslosen Bergarbeitern wird dann wieder Beschäftigung erhalten.

Sven Scholanders Finale in Gelsenkirchen

Sven Scholander „läutete" — wie er selbst sagte — mit dem Liede „Glocke, du klingst fröhlich" seine Konzerte in Gelsenkirchen ab." Ja, so ist es leider. Dieser Sven-Scholander-Abend war, wenigstens für unser Gelsenkirchener künstlerisches Leben, das Finale eines großen Künstlers, der darüber hinaus ein schlichter, herzlicher, prächtiger Mensch ist. Er ist einer von denen, der sich geschmackvoll selbst dann aus dem künstlerischen Leben zurückzieht, wenn er noch viel zu geben vermag, der nicht wartet, bis die Fackel der Musen bei ihm ausgebrannt ist. Ich sagte zu Sven Scholander: „Es ist doch eigentlich sehr bedauerlich, daß Sie sich nun endgültig vom künstlerischen Wirken zurückziehen wollen." Und er antwortete sehr entschieden mit einigen gewissermaßen unterstreichenden Handbewegungen: „Es muß sein, es ist Zeit! Ich werde am zweiten Ostertag 70 Jahre alt." Auf einen kurzen Einwurf aber fügte er lächelnd und mit leuchtenden Augen hinzu: „Aber die Laute werde ich nie an den Nagel hängen." — Dieser Nestor der Lautenliederkunst, er bescherte uns am letzten Samstag einen beglückenden Abend, und es ist nur traurig, daß unsere derzeitigen miserablen wirtschaftlichen Verhältnisse den Plan der Freien Volksbühne, die den Künstler verpflichtet hatte, und der dahin ging, den großen Saal des Hans-Sachs-Hauses völlig besetzt zu sehen, nicht gelingen ließen. Die rund 400 jüngeren und älteren Menschen aber, die Sven Scholander im kleinen Hans-Sachs-Haus-Saal hörten, haben freudvoll aus dem Born seiner Lieder getrunken und sind beglückt, bis ins Innerste belebt, nach Hause gegangen. Dank dir dafür, du lieber, alter Traubadour! Möge dein ganzer Lebensabend von derselben frohen Beglückung erfüllt sein, wie du sie uns am Samstagabend leider, leider zum letzten Male in Gelsenkirchen schenktest!

Z—r.

Oppermann-Abend

in Buer und Horst.

Politische Satire. Das ist es, was wir schon lange wünschten. Politische Satire, aber nicht nur als Mittel der Unterhaltung, sondern auch als Kampfmittel, wenn es die breite Oeffentlichkeit erreicht. Die „Rote Revue" bringt sie als Kleinkunstbühne. Paul Oppermann brachte am Samstagabend als Solist das, wonach wir uns sehnten, wovon wir eigentlich nie genug bekommen könnten. Er brachte uns durch die politische Satire in Schwung, in Stimmung. Er half uns über den Werktag hinweg und führte uns auf seine Art in das Reich des Humors.

Eingeleitet durch ein Musikstück (Gerda Niederwerfer, Gelsenkirchen, am Flügel), begann der Abend. Paul Oppermann brachte zuerst einige nicht auf dem Programm stehende Beiträge. Unsere Lasmuskeln setzten sich in Bewegung. Wir gingen mit. Beißende Satire in „Zehn Gebote in neuer Auflage". Er mimte den „Herrn Leutnant seligen Angedenkens" mit Regimentsfeier und Paradeklimbim, wobei auch die Begleitung am Flügel glänzend funktionierte. Wir flogen mit Oppermann durch die deutschen Lande, durch unsere bekannte oder unbekannte Heimat, hörten die verschiedensten Dialekte, wobei uns am besten die Rede eines kleinen ostpreußischen Jungen in der Schule über Ackerbau und Viehzucht gefiel.

Im zweiten Teil des Abends parodierte Oppermann Typen aus dem schwarzweißroten Lager. Seine Parodien wirkten. Wir sahen wohl selten so gut gelungene Typen aufmarschieren. Er hätte nur noch mehr bringen dürfen. Denn wir hassen das Gesicht der leider noch immer herrschenden Klasse. Doch danken wir ihm, daß er wenigstens das Gebrachte so vollendet gab.

Eines steht fest: Diejenigen, an die der Aufruf ergangen war, die ihn aber nicht beachteten und nicht anwesend waren, haben vieles verpaßt. Sie hätten trotz der augenblicklich viel zu vielen Veranstaltungen ihr Geld für diesen Abend nicht umsonst ausgegeben.

B. K.

Von Horst wurde uns in ähnlichem Sinne berichtet, aber hinzugefügt, daß der Besuch befriedigte, und daß die junge Tochter Oppermanns den Abend noch durch Liedergaben bereicherte.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck: „Volkswille" Ludwig Leppold, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zweck Rückporto beigefügt wird.

Die Zusammensetzung der Provinziallandtage und Kreistage

Der preußische Innenminister hat eine Zählung der parteipolitischen Zusammensetzung der am 17. November 1929 neugewählten Provinziallandtage und Kreitage durchgeführt. Daraus ergibt sich, daß in den Provinziallandtagen erhalten haben:

Die Deutschnationalen 186 gegenüber 218 Mandate im Jahre 1925,
die Sozialdemokraten 317 gegen 302,
das Zentrum 211 gegen 233,
die Kommunisten 99 gegen 98,
die Deutsche Volkspartei 78 gegen 76,
die Wirtschaftspartei 61 gegen 28,
die Nationalsozialisten 59 gegen 14,
die Demokraten 39 gegen 50,
die Christlichen Bauern 30 gegen 14,
der Block der Mitte 21 gegen 4,
die Liste Heimat und Wirtschaft 17 gegen 9,
der Mittelstandsblock 14 gegen 14,
der Christliche Volksdienst 12 gegen 0,
die Deutschhannoveraner 12 gegen 31,
die Polen 3 gegen 4.

Bei den Kreistagswahlen sind insgesamt 9812 Kreistagsabgeordnete gewählt worden gegenüber 10 063 im Jahre 1925. Es haben erhalten:

Die Deutschnationalen 1447,
die DVP. 556,
die Wirtschaftspartei 369,
das Zentrum 1808,
die Demokraten 260,
die Sozialdemokraten 2499,
die Unabhängigen Sozialdemokraten 17,
die Kommunisten 470,
die Nationalsozialisten 387,
die Deutsch-Hannoveraner 147,
die Polen 37 Mandate.

Außerdem sind 1656 Abgeordnete in Gemeinschaftsliste gewählt worden.

Die öffentlichen Geldinstitute der Provinz Westfalen im Monat Januar

Vermehrung der Spareinlagen.

Die Spareinlagen bei den westfälischen Sparkassen haben im Januar eine starke Vermehrung erfahren. Sie stiegen um 42 Millionen RM. Darunter befanden sich 12,4 Millionen RM zugeschriebene Zinsen. Die reine Spareinlagenzunahme betrug mithin im Januar 1930 rund 30 Millionen RM gegenüber 21 Millionen RM reine Spareinlagenzunahme im Januar 1929. Auffallend ist, daß sich der Zugang auf die Sparkassen sehr ungleichmäßig verteilt hat, manche Sparkassen hatten fast keine Vermehrung zu verzeichnen. Der Spareinlagenbestand beläuft sich jetzt auf 847 Millionen RM. Die Scheck- und Kontokorrenteinlagen gingen um 2,9 Millionen RM auf 102 Millionen RM zurück. Der Gesamteinlagenbestand bei den westfälischen Sparkassen beträgt mithin 949 Millionen RM. An Sparbüchern wurden zirka 27 000 neu ausgestellt.

Die Bilanzsumme der Landesbank und des Pfandbriefamtes für Hausgrundstücke belief sich Ende Januar 1930 auf 468 Millionen RM gegenüber 435 Millionen RM Ende Januar vorigen Jahres. Die Umsätze betrugen im Januar 751 Millionen RM gegen 788 Millionen RM im Januar vorigen Jahres.

Die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen hatte im Januar 1930 einen Antragszugang von 2,0 Millionen Reichsmark.

*

Die Vermehrung der Spareinlagen bei den westfälischen Sparkassen beweist, daß es mit der Not in manchen Schichten der Bevölkerung nicht so schlecht aussieht, als es vielfach auf Grund der Klagelied-Psychose hingestellt wird. Uebrigens wäre es interessant, festzustellen, welche Bevölkerungsschichten die größte Zahl der Sparer und die größte Sparsumme stellen.

Vergleichszahlen der Unfallstatistik

Interessante Vergleichsangaben über den Umfang der schweren Unfälle im Verkehrsleben und im Bergbau machte Dr. ing. e. h. G. A. Meyer in einem Vortrage im Essener Hause der Technik, als er über die „Lokomotivförderung im Bergbau unter Tage" sprach. Er wies in seinen Ausführungen daraufhin, daß nach amtlichen Feststellungen der Bergbau durchaus nicht immer an der Spitze marschiere, was die Zahl der tödlichen Unfälle und derjenigen anbelange, die eine völlige Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben. Schiffahrt, Steinbruch- und Tiefbaubetriebe sowie das Transportgewerbe liegen zeitweise über den Zahlen des Bergbaues.

Von besonderem Interesse war eine Vergleichung der Unfälle, die der Bergbau und der Verkehr verursacht. Die Stadt Berlin wies z. B. im Jahre 1926 1462 tödliche Verkehrsunfälle auf, der gesamte deutsche Bergbau in demselben Jahr 1470 tödliche Unfälle. 456 Personen wurden im genannten Jahr in Berlin allein durch Ueberfahren getötet. Die Zahl dieser Unfälle war in den letzten drei Jahren jährlich um 60 gestiegen. Der Redner wies darauf hin, daß einer solchen Entwicklung gegenüber die Lage im Bergbau eine viel günstigere sei und setzte bei der Schilderung der verschiedenen Systeme der Lokomotivförderungen unter Tage auseinander, wie sehr die Technik fortgesetzt um eine restlose Erfüllung der Sicherheit bemüht sei.

Wie sorgfältig von den zuständigen und verantwortlichen Stellen immer wieder die Betriebssicherheit geprüft wird, mag ein Beispiel aus der Luftfahrt zeigen. Ein wichtiges Element im Flugzeugbau sind die Steuerseile. Ihre Lebensdauer und somit die Sicherheit des ganzen Flugzeuges läßt sich wesentlich erhöhen durch die Wahl geeigneter Werkstoffe, nicht nur für die Seile, sondern auch für die Seilführungsrollen. Die deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt hat in zahlreichen Versuchen ausprobiert, welche Werkstoffe für solche Rollen die höchste Betriebssicherheit gewähren. Es wurden Prüfungen angestellt mit Seilrollen aus Stahlmessing, Lautal, Aluminiumguß, Durallumin und Elektronen. In dem 77. Bericht der Anstalt wird als Ergebnis dieser Prüfungen mitgeteilt, daß die Lebensdauer des Seiles bei Elektronen am größten war.

*

Den vorstehenden Feststellungen bzw. Vergleichen gegenüber ist doch an der Tatsache nicht zu rütteln, daß die Unfall- bzw. Lebensgefahr im Bergbau recht groß ist.

Zum Lohngeldraub in Hamborn

Eine Belohnung von 10 Prozent.

Die Lohngeldräuber, die am Freitag früh auf Schacht 3-7 der Vestag 27 000 RM raubten, sind trotz eifrigster Nachforschung noch nicht ermittelt. Die Bergbaugrube Hamborn der Vestag hat jetzt 1000 RM Belohnung und 10 Prozent der gestohlenen Summe für die Wiederherbeiführung des Geldes bzw. auf die Ermittlung der Räuber, ausgesetzt.

Der Arzt als Hungerkünstler

Versuche mit eiweißarmer Kost

Ein junger Arzt in Charlottenburg, Dr. S., hat am eigenen Körper 25 Monate hindurch einen Ernährungsversuch durchgeführt, der die Folgen einer niedrigen Eiweißzufuhr klarlegen sollte. Die ernährungskundliche Fachwelt sah mit Interesse diesem waghalsigen Experiment zu. Auch heute, wo Dr. S. bei entsprechender Diät versuchen muß, seinen Körper, der nahezu am Verfall war, wieder mit Eiweiß anzureichern, steht er unter Kontrolle von Ernährungsphysiologen, da der Kräfteaufbau sich nur langsam vollzieht.

Dr. S. wohnt in der Kantstraße bei einer alten Dame, die sein Lob in höchsten Tönen singt. Er ist das Muster eines Untermieters. Er ist von kleiner Figur, Größe 1,60 Meter, Gewicht 60 Kilogramm, Alter 37 Jahr.

Die Ernährungsversuche am Tier können nicht mit derselben Sicherheit und Schlüssigkeit wie am Menschen gemacht werden, denn der Wille kann alle Symptome und Aeußerungen des Körpers selbst empfinden, registrieren und kontrollieren. Schon als Student gab es Dr. S. zu denken, daß die Ansichten über Ernährungspraxis bei den führenden Physiologen weit auseinandergingen. Max Rubner (Berlin), Hindhede (Dänemark) und Chittenden (Amerika) haben jeder für sich eigene Theorien aufgestellt. Der eine unterschätzt, der andere überschätzt den Eiweißwert für den Körper. Und doch ist die Ernährungspraxis, wie ja auch die großen Diätentdeckungen der letzten Jahre beweisen, von großer wissenschaftlicher und volkswirtschaftlicher Bedeutung. Man erinnert sich nicht gern der Kriegsjahre, wo der größte Teil der Bevölkerung unterernährt war. Es sei uns ganz gut bekommen, wie manche Wissenschaftler zu behaupten wagen! Der Zustand von Elastizität und Frische, der sich im Anfang einer Unterernährung bemerkbar macht, ist aber nur ein scheinbarer, der sich für die Dauer furchtbar rächt. Jahre braucht der Körper wieder zum Aufbau der verlorenen Stoffe. Das ist das Ergebnis, das Dr. S. an sich selbst bewiesen hat. Dem großen Versuch, der zwei Jahre und einen Monat andauerte, gingen kürzere und längere Versuche voraus, die zu keinem wesentlichen Resultat führten. Es ist nicht seine Ansicht allein, sondern die jedes ernsten Forschers, daß ein kürzeres Experiment so gut wie wertlos ist und meist zu falschen Schlüssen ableitet; jedes Experiment muß sich über Jahre hinauserstrecken.

Ein Versuch von neun Tagen, den Dr. S. als Volontärassistent der Düsseldorfer Akademischen Kinderklinik mit eiweißarmer Ernährung ausführte, zeigte ihm, daß man auch bei solcher Ernährung ganz gesund bleiben kann. Es hieß nun für ihn, die Eiweißzufuhr auf ein Minimum herabzusetzen. Bei diesem Experiment wandte er die verschiedensten Formen und Arten der Ernährung an, u. a. nährte er sich einmal neun Tage hindurch nur von Aepfeln, Erdnüssen, Nüssen, Feigen, Apfelsinen und Backpflaumen. Trotz hoher Kalorienzufuhr verlor der Experimentator ein Kilogramm an Gewicht, der Gesundheitszustand war aber der gleiche geblieben. Anders wurde es, als er die Kost veränderte, die Eiweißzufuhr genau bestimmte und nur mit tierischem und pflanzlichem Eiweiß wechselte. Er kontrollierte täglich sein Gewicht, untersuchte den Stuhl, maß den Puls und die Herztätigkeit und stellte ärztliche Diagnosen über sein Befinden. Heft an Heft füllten sich mit Tabellen und Gewichtmaßen der täglichen Nahrungsmenge, und seine Speisezettel aus den zwei Jahren lesen sich nicht so leicht wie eine Aschinger-Speisekarte. Die Muskelkraft wurde gemessen, die Darmfunktion kontrolliert. In der zweiten Periode des Versuchs, die elf Monate umfaßte, hatte er eine Abnahme der Körperkräfte zu spüren bei subjektiv fast einwandfreiem Befinden. Während dieser Zeitspanne waren in der täglichen Nahrung pro Kilogramm Körpergewicht durchschnittlich 0,58 Gramm Eiweiß, wovon 9 Prozent biologisch hochwertig waren.

Im Schlußabschnitt des Ernährungsversuchs von 5 Monaten konstatierte er einen von Tag zu Tag schlechter werdenden Gesamtzustand, bei trotzdem annähernd gleichem Gewicht. Das Gesamtbild vom Dezember 1925 ist ein durchaus anderes, Dr. S. erkrankte ernstlich. Der Patient lag die meiste Zeit in Mattigkeit und Schwäche, der Magen vertrug die Speisen nicht mehr, die Darmentleerungen wurden diarrhöisch. Es war die höchste Zeit, daß Dr. S. Schluß machte, sonst wäre es ihm wie jenem großen Chirurgen ergangen, der sich mit der gut gelungenen Operation an seinem Patienten brüstete, während der bereits unter seinen Händen verstorben war. Am Abend des 30. Dezember 1925 nahm er, körperlich zum Wrack geworden, nach vielen Monaten wieder animalisches Eiweiß in nennenswerter Menge zu sich. Nun begann das für Dr. S. jedenfalls erträglichere und doch für ihn ebenso wichtige Experiment der Eiweißanreicherung im kranken Körper: ein Studium, in dem er sich heute noch befindet, d. h., daß Dr. S. nunmehr nicht wahllos alles hinunterschlingt, um etwa die Gefahren des Dickwerdens zu beweisen. Als eigentümliche Erscheinung registriert der junge Gelehrte noch bei seinem Versuch, daß seine Frostbeulen, an denen er stark zu leiden hatte, in den letzten Wintern geschwunden sind.

Das Fazit seiner Forschung ist weniger für den Nichtfachmann und mehr für den Ernährungswissenschaftler überraschend: wenn eine Zeitlang der Eiweißbedarf nicht gedeckt wird, zeigt sich im Anfang eine Leistungssteigerung, die Gelehrte von Weltruf wie Hindhede und Chittenden zu falschen Schlüssen verleitet haben, weil sie ihre Experimente an Menschen nicht lange genug durchführten. Sein eigenes Ergebnis nähert sich mehr der Ansicht von Rubner, die dieser in seinem Werk „Volksernährungsfragen" niedergelegt hat. Rubner schreibt: „Der gesunde, mäßig Arbeitende hat, wenn es sein muß, noch Vorratskraft zur Verfügung, wogegen der Unterernährte schon unter gewöhnlichen Verhältnissen seine Höchstleistung erreicht".

Dr. S. bezeichnet die Folgen einer länger dauernden Eiweißunterernährung als sehr ernst. Gegenteilige Auffassungen beruhten auf Irrtum. Er empfiehlt eine gute Gemischtkostnahrung mit viel Gemüse und Früchten, bei Mangel auch Zuführung von organischem Eiweiß durch Ei- und Fischnahrung, als Wichtigstes aber ein gutes Vollkornroggenbrot. Notwendig sei eine allgemeine Kenntnis der Zusammensetzung der Nahrungsmittel nach Eiweiß, Fett, Kohlhydrate, Kalorien, Vitaminen und Mineralsalzen, um danach den täglichen Bedarf des Körpers im Küchenzettel zu berücksichtigen. Aber wer hat den Mut dazu, seinen Magen an die Kandare zu legen, wie es dieser junge Arzt getan hat?

Für unsere Kinder

FLICK FLOCK FLAUM

EINE ZWERGENGESCHICHTE IN BILDERN UND VERSEN



Flick, Flock, Flaum, die Zwerge,
kehrten in die Berge
von der Wanderschaft zurück,
Flunschens Fußspur traf ihr Blick.

Dann, als sie beim Kochen,
hörten sie ein Pochen,
und der Ruf durchscholl ihr Haus:
„Zwergenvolk, komm mal heraus!"



Ach, mit einem Grünen
war der Flunsch erschienen,
und der Schutzmann gab bekannt,
das der Flunsch gekauft das Land.

Flunsch ließ dann noch sagen
und am Baum anschlagen,
daß die Höhl' in kurzer Frist
von den Drei'n zu räumen ist.

Fiasko des Stahlhausbaues

Das Stahlhaus, ein Täuschungsobjekt gegen die technische Vernunft

Die Firma für Stahlblechhäuser, „Stahlhaus GmbH., Duisburg-Meiderich", geht in Liquidation. Professor L. Jahn (Düsseldorf) nimmt dieses zum Anlaß, sich im „Westdeutschen Handwerkerblatt", Nr. 7, über die volkswirtschaftliche Unzweckmäßigkeit des Stahlhauses näher zu äußern. Seine Ausführungen sind vernichtend für die Versuche namhafter Personen in der Industrie, die der Stahlbauweise in Deutschland eine Zukunft prophezeit hatten.

Daß es kommen mußte, war von uninteressierten Sachkennern längst vorausgesagt worden; die englischen Spuren hätten schrecken müssen, aber man glaubte einmal wieder, wie so oft in unseren Zeiten verkehrten oder unzureichenden wirtschaftlichen Denkens, fünfe gerade machen zu können. Aber selbst die wahrhaft großzügige (einer besseren Sachen würdige) Reklame der Stahlgroßindustrie, selbst die nicht unbeträchtlichen für jedes Bauobjekt gezahlten baren Zuschüsse zur Erreichung der Konkurrenzfähigkeit und Ausschaltung zweckmäßigerer und billigerer Bauweisen waren diesmal nicht imstande, die technische Vernunft auf die Dauer zu täuschen und zu unterdrücken. Die westliche große Firma für Stahlblechhäuser: die Stahlhaus GmbH., Duisburg-Meiderich, deren Standardprodukt bekanntlich das sogenannte Stahllamellenhaus war, schreitet zur Liquidation. Nachdem die Ruhrwohnungsbau-AG., Dortmund, allein im Jahre 1929 zweihundert Stahlhäuser dieses Systems, das sich durch Verwendung eines an sich hochqualifizierten Baustoffs an verkehrter Stelle und zu verkehrten, untauglichen Zwecken als das Gegenteil rationellen Bauens ausgezeichnet hat, im Ruhrgebiet errichtet hat, war ein mehr als ausreichendes Material zur Beurteilung und Bewertung desselben vorhanden. Und das Urteil ist so, wie wir es bereits vor Jahren ausgesprochen haben, d. h. vernichtend. „Das Stahllamellenhaus", urteilt Dr. Düttmann, Direktor der Rhein. Wohnungsfürsorge-Gesellschaft Düsseldorf, die, nebenbei gesagt, selbst an der Ruhrwohnungsbau-AG. beteiligt ist, „ist

keine wirtschaftlich und konstruktiv berechtigte Bauweise".

Von hier rückwärts sehend auf die irreführenden Behauptungen der Stahlhauspropaganda, die zuerst von 50 Prozent Verbilligung der Stahlhäuser gegenüber der üblichen Ziegelbauweise zu reden sich herausnahm, kann man geradezu diese Reklame als unlauteren Wettbewerb bezeichnen. Aber liiert mit der in der Gesinnung radikalen Bewegung der „neuen Sachlichkeit" im Bauen, war jeder, der Bedenken gegen die Stahlblechdosen-Häuser anführte, gleich ein Rückständiger, Altmodischer, Fortschrittsgegner und — brrr! — ein ganz übler Reaktionär!

War das Urteil über die Stahlhauthäuser und die Rückkehr und Besinnung zur technischen Vernunft, wie gesagt, längst vorauszusehen, so ist auch der Fachmann und Sachkenner zunächst erstaunt über das Urteil, das Dr. Düttmann über den Stahlskelettbau in seiner Verwendung für Flachbauten und speziell über den Stahlrahmenbau, System Spiegel, fällt. Im Prinzip hatte Verfasser dieser Zeilen, der sich eingehend gerade mit dieser Bauweise befaßt hat, gerade das Stahlrahmenhaus, das aus normalisierten Stahl-Lichtprofilen von 2 bis 3 Millimeter Dicke aus ganzen und halben Wandrahmen für zwei verschiedene Stockwerkshöhen aufgebaut wird, nach seiner konstruktiven Seite als eine sehr beachtenswerte Bereicherung neuer Bauweisen angesehen, für die nur noch einige Verbesserungen einzelner Konstruktionsteile (Deckenbildung, Wärmeschutz der Umfassungswände, Anschluß der Fenster an die Außenhaut usw) anzustreben wären. Als einer der Hauptvorzüge erschien die kurze Bauzeit, für die wenige Wochen, etwa zwei Monate, angegeben waren. Hinsichtlich der Kosten bzw. der Verbilligung gegenüber Ziegelbauweise vermied der Stahlrahmenbau präzise Zahlen anzugeben, er behauptete aber generell, infolge der preisverbilligenden Einwirkung der Maschinenarbeit in den Baubetrieb billiger zu sein.

Was hat beim Stahlrahmenbau die praktische Ausführung ergeben, die letzten Endes eben einmal doch aller noch so wirksamst vorgetrommelten Reklame und Propaganda überlegen ist, ihre Berechtigung erweist oder sie zu Schanden macht? Hören wir nunmehr, was Dr. Düttmann über den Stahlskelett- und Stahlrahmenbau ausführt: „So berechtigt und wertvoll der Stahlskeletibau für große Gebäude, insbesondere solche mit großen freitragenden Flächen ist, so wenig ist er rein wirtschaftlich und konstruktiv betrachtet für den ein- oder zweigeschossigen Bau dem Ziegelbau überlegen. Das ist u. a. in den letzten Monaten auch bei verschiedenen, nach dem System „Spiegel" durchgeführten Wohnungsbauten der Ruhrwohnungs-AG. in Heeren-Werne bestätigt, die weder wirtschaftlich eine Ersparnis brachten, noch zeitlich den Wettbewerb mit den gleichzeitig begonnenen Schwemmsteinhäusern aushielten. Für 48 Wohnungen im Leichtprofilbau ergab sich ein Preis von 24 RM für den Kubikmeter umbauten Raumes, für 48 Wohnungen im Schwemmsteinbau (Triolsteinen) bei derselben Baustelle, zu derselben Zeit und bei denselben Grundrissen eine Preis von 23 RM je Kubikmeter umbauten Raumes. Diese Ersparnis würde hier am Rhein voraussichtlich zugunsten des Schwemmsteinbaues noch um 1 bis 2 RM größer sein können. Dabei hat die Errichtung der Schwemmsteinbauten vier Wochen weniger als die der Stahlbauten in Anspruch genommen.

Also darum sorgfältige Kritik und Prüfung derartigen neuen Methoden gegenüber! Zudem ist immer zu bedenken, daß die fehlende Dauerbewährung auch nicht vernachlässigt werden darf, wenn es sich um größere Bauvorhaben handelt, die über den Umfang wünschenswerter Versuchsbauten hinausgehen".

Wenn Dr. Düttmann nach diesem Fiasko der Stahlhäuser „sorgfältige Kritik und Prüfung" derartigen neuen Bauweisen gegenüber fordert, so muß dem mit allem Nachdruck beigepflichtet werden. Da es heute unser aller Gelder sind, die im Wohnungsbau zum Guten oder Schlechten verausgabt werden, müßten alle Experimente aus öffentlichen Geldern im Großen, die nur die Gesamtwirtschaft schädigen, unterbunden werden. Für die Versuchsbauten im berechtigten Umfang sollte die Reichsforschungsgesellschaft für Wissenschaftlichkeit im Bauen die entsprechend ausgebaute interessierte Stelle sein, die auf Grund vorgelegten geeigneten Materials, das durch entsprechende Versuche auf eigene Kosten des Erfinders oder der finanziell interessierten Kreise eine gewisse Bewährung erkennen läßt, ihrerseits durch Versuche einwandfreie Ergebnisse festzustellen hat, die sie ungesäumt der Bauwirtschaft zugänglich macht.

Während so der Stahlhausbau trotz aller künstlichen Mittel, ihn mit Gewalt durchzusetzen, Fiasko erlitten hat, sind sonstwo in aller Stille und ohne jede Reklame Versuche mit verkleideten und verputzten Holzfachwerksbauten für dreigeschossige Wohngebäude mit ausgezeichnetem Erfolg hinsichtlich der Kosten und der Bauzeit unternommen worden: die nachgewiesene Ersparnis bei diesen für eine Großstadt ausgeführten dreigeschossigen Wohnbauten betrug 20 Prozent gegenüber der üblichen massiven Bauweise, die Bauzeit vom ersten Spatenstich bis zur bezugsfertigen Uebergabe nur 11 Wochen!

Hier ist meines Erachtens der richtige Weg zur Verbilligung des Volkswohnungsbaues beschritten, wobei ein Uebergang zur Serienfertigung der einzelnen wenigen Bauelemente, die durchaus selbst in kleinen oder mittleren Handwerksbetrieben möglich sein wird, noch weitere Verbilligung und auch weitere Verkürzung der Bauzeit bringen kann.

Leo Weismantel über die Kinderrepubliken

Auf einem von der katholischen Volkshochschule veranstalteten Vortragsabend in Berlin sprach der bekannte katholische Dichter Leo Weismantel über die Kinderrepubliken.

Er sagte zunächst: Die alte Schule hat mit ihrer Arbeit an der Jugend versagt. Sie hat die Entfaltungskraft des Kindes gelähmt, hat seine schöpferischen Fähigkeiten gebrochen, hat die Bildung des jugendlichen Menschen in das starre System eines vorgeschriebenen Lehrgangs gezwängt, statt sich nach der individuellen Entfaltung, nach dem organischen Wachstumgesetz des Kindes zu richten. Die gegenwärtigen Bildungsinstitutionen seien lediglich Vermittler von Buchwissen und Allgemeinbildung. Aber nicht darauf komme es an, sondern auf eine lebensnotwendige Persönlichkeitsbildung, die den Menschen für seine Bestimmung in der Gemeinschaft erziehe.

Weismantel ging noch einen Schritt weiter über die polemische Ablehnung der bestehenden Schule hinaus zur positiven Anerkennung zukunftsvoller Ansätze und Anfänge. Als Antwort auf die Frage, ob es Bildungsinstitutionen gebe, die die Bildung des Wissens und Wollens aus dem seelischen Wachstum des jugendlichen Menschen organisch hervorgehen lasse, wies er mit nachdrücklicher Zustimmung auf die Kinderrepublik und auf die Kinderfreunde-Bewegung hin, die aus der Bildungsarbeit der österreichischen Sozialdemokratie hervorgegangen sind und von hier aus Eingang und Ausbreitung in der deutschen Arbeiterschaft gefunden haben.

Leo Weismantel formulierte den Satz: „Das Proletariat und seine Kinder sind der größte Schatz unseres Volkes". Er stellte diesen Satz in der Religiosität seiner katholischen Weltanschauung hinein. Tiefe Fassungslosigkeit ergreife uns angesichts der Nöte unserer Zeit, die zahllose Menschen erniedrige und in das Verbrechen hineintreibe. Wir können diesen Druck überwinden, wenn wir „im Staub der Erde die Triebkräfte suchen, die zur Unsterblichkeit streben". Aus diesem Gesichtspunkte sei es für den Katholiken geboten, offen anzuerkennen, daß die sozialistische Arbeiterschaft in der Kinderrepublik „die pädagogische Form eines neuen Jahrtausends" geprägt hat. Es sei nicht katholische Aufgabe, diese Erscheinung zu bekämpfen, sondern vielmehr zu beweisen, daß es sich hier um kein antikatholisches, um kein antichristliches, sondern um ein allgemein menschliches, also um ein wahrhaft katholisches Beginnen handele.

Aber die neue Schule, die aus der Kraft des Proletariats geboren, das Wachstumgesetz des Kindes zu ihrem Gesetz mache, sei mit einem Manael behaftet, für dessen Ueberwindung sich die katholische Arbeiterschaft einsetzen müsse. Jene sozialistischen Erziehungsinstitutionen wenden sich gegen die religiöse Erziehung; indem sie eine Bildung durch und für die Vernunft anstreben, verfehlen sie das Hauptziel: die pädagogische Erfassung der menschlichen Totalität und die Entfaltung des Persönlichkeitswertes.

Aber auch in dieser proletarisch-sozialistischen Bewegung, die Gott leugne, werde in Wahrheit das Heil der Seele gesucht. Und nur dies, das praktisch-menschliche Verhalten, und nicht der dogmatische Unterschied zwischen Christentum und Sozialismus, dürfe über die Stellung des Katholiken zur Kinderrepublik und zur Kinderfreunde-Bewegung entscheiden.

BVD GELSENKIRCHEN-BUER

Ortsgruppe Altstadt.

Donnerstag, den 27. dieses Monats, abends 8 Uhr, bei Prellwitz, Vereinsstraße, Ecke Kampstraße: Mitgliederversammlung. 7 Uhr Vorstandssitzung.

Frauengruppen, Gelsenkirchen.

Mittwoch, ab 3 Uhr: Handarbeitsnachmittag im August-Bebel-Haus.

Frauengruppe, Horst-Emscher.

Mittwoch, den 26. dieses Monats, nachmittags 4 Uhr, im Lokal Hugo Beckmann: Oeffentliche Frauenversammlung. Anschließend: Kaffeetrinken. Tassen mitbringen!

Frauengruppe Horst 1 und 2.

Mittwoch, den 26. dieses Monats, nachmittags 4 Uhr, im Lokal Beckmann, Markenstraße:

Frauenversammlung.

Referentin: Genossin Limburger.

Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein mit Kaffeetrinken.

Um zahlreiches Erscheinen bittet: **Der Vorstand.**

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Trabrennen zu Gelsenkirchen

Sonntag, den 2., 9. und 16. März 1930, 14 Uhr.

Wie alljährlich, eröffnet der Westdeutsche Traber-Zucht- und -Rennverein, E. V., Gelsenkirchen, im März die westdeutsche Trabrenn-Saison.

Am Sonntag, dem 2. März, nachmittags 2 Uhr, läutet nach elfwöchentlicher Pause erstmalig wieder die Glocke zum Start. Die rennsportlich tote Winterzeit ist vorüber. Die Pferdesportliebhaber werden mit Freuden den Beginn der Rennen, den Kampf des edlen Pferdes begrüßen.

Nachdem infolge der trüben Witterung des Januar die Vorbereitung der Traber für die Rennen lebhaft einsetzte, brachte der später eintretende Frost eine leichtere Unterbrechung der Arbeit mit sich. Dies hat in etwa das Nennungsergebnis für den Eröffnungstag beeinträchtigt. Die sieben Rennen dieses Tages weisen 84 Unterschriften auf. Da die genannten Pferde fast vollzählig am Start erscheinen werden, ist mit einer durchschnittlichen Besetzung der Rennen von sieben Pferden zu rechnen. Für den zweiten und dritten Tag liegen 99 bzw. 110 Unterschriften vor. Hier wird man die auf der Gelsenkirchener Traberbahn gewohnten starken Felder am Start sehen.

Auf das recht vorteilhafte Angebot der Jahreskarte, 1. Tribüne — 30 RM — mit der Berechtigung zum Besuch der 22 Renntage in Gelsenkirchen und der sämtlichen Trabrenntage in Recklinghausen machen wir noch besonders aufmerksam. Diese sind schon jetzt in der Geschäftsstelle des Westdeutschen Traber-Zucht- und -Rennvereins, E. V., Gelsenkirchen, Hans-Sachs-Haus, Zimmer 330, Postschließfach 158, Ruf 23 569, zu haben.

Theater / Musik

Städtische Veranstaltungen in Gelsenkirchen

In der Schauburg Buer

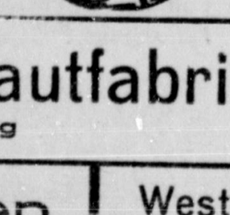
gelangt am Donnerstag dieser Woche der letzte Teil der Wallenstein-Trilogie zur Aufführung: „Wallensteins Tod." Beginn 19.30 Uhr, Ende gegen 22 Uhr. Nichtvormieter erhalten Karten zu 1, 2, 3 und 4 RM im Rathaus Buer (Zimmer 17), Hans-Sachs-Haus (Zimmer 228), bei Arenhold (Buer), in der Urbanusbuchhandlung (Buer), bei den Verkehrsvereinen Buer und Horst, bei Volmer (Herten), Overmeyer (Dorsten) und an der Abendkasse.

•

Am Freitag, dem 28. Februar,

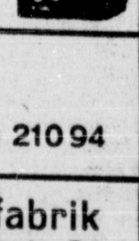
findet im kleinen Saale des Hans-Sachs-Hauses der erste öffentliche Schüler-Vortragsabend des Städtischen Konservatoriums statt. Beginn 20 Uhr. Preis des Programms, das zum Eintritt berechtigt, 0,30 RM. Zu haben im Hans-Sachs-Haus (Zimmer 228) und am Freitagabend am Saaleingang.

Für den kleinen Haushalt.
Gutes Licht, schnell Wärme
Arbeiterleichterung



Gaswasch-Maschine

Alle Gasgeräte
können Sie billig und bequem
in Kaufmiete
erwerben, bei Ihrem
Gaswerk, Florastraße 7



Gelsenkirchener Sauerkrautfabrik
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gelsenkirchen, Dessauerstraße 52 ■ Telefon 21094

Jacob Olf • Gelsenkirchen
Klosterstraße 1
Klempnerei ■ Installationen
Sanitäre Anlagen

Westfälische Kunststein- u. Zementwarenfabrik
Rheinischestr. 24 G. m. b. H. Rheinischestr. 24
Anfertigung sämtlicher Zementwaren

Bernhard Beckers, Gelsenkirchen
Grenzstr. 118 Gegr. 1903 Ruf 25202
Zentralheizungen

Hotel Hans Sachs
Stadtschenke Hans Sachs

F. W. Schmitz • Gelsenkirchen
Rheinischestr. 28 Telefon 24904
Baustoffe ■ Platten ■ Steinholzfußböden

Wirtschaft und Gewerkschaft

Machtkämpfe in der Ruhreisenindustrie

Flick als Sieger – Krupp und Thyssen als Unterlegene – Neue Arbeiter-Massen-Entlassungen als Folge der Umgruppierung

Ueber den schweren Machtkampf in der Ruhr-Eisenindustrie veröffentlicht der Deutsche Metallarbeiterverband interessante Informationen, denen wir entnehmen:

„Die 16 Millionen Tonnen Stahlerzeugung der deutschen Eisenindustrie wird von 6 bis 8 großen Konzernen fast völlig beherrscht. Die Vereinigten Stahlwerke A.-G., ein Trust von 800 Millionen Mark Aktienkapital und mit einem Vermögen von schätzungsweise 3 Milliarden Mark, hat eine Produktionsfähigkeit von 8 Millionen Tonnen Rohstahl. Dieses Unternehmen ist allein mit 7 Millionen Tonnen oder etwa 45 Proz. an der deutschen Rohstahlgemeinschaft beteiligt. Nach dem Stahlverein kommt der Familienkonzern Krupp, der mit einem Aktienkapital von 160 Millionen arbeitet, rund 2 Mill. Tonnen Stahl erzeugt und mit 1,7 Mill. Tonnen an der Rohstahlgemeinschaft beteiligt ist. An dritter Stelle steht Mannesmann, dem ohne seine großen Auslandsunternehmungen ein Aktienkapital von 115 Millionen zur Verfügung steht. Er erzeugt jährlich nahezu 1 Million Tonnen Stahl. Auch die Gutehoffnungshütte, der Haniel-Konzern, erzeugt jährlich etwa 1 Million Tonnen. Haniels Aktienkapital beträgt 140 Millionen Mark. Der Klöckner-Konzern arbeitet mit 90 Millionen Aktienkapital. Die Stahlerzeugung ist fast 1 Million Tonnen jährlich. Hoesch-Dortmund besitzt ein Aktienkapital von 55 Millionen und eine Produktionsmenge von der Höhe Klöckners. Die zwei letzten im Bunde sind endlich der Mitteldeutsche Stahltrust und der Oberschlesische Montantrust. Der letztere hat ein Aktienkapital von 30 Millionen und ist mit etwa 500 000 Tonnen an der Rohstahlgemeinschaft beteiligt, während der Mitteldeutsche Trust (50 Millionen Kapital) etwa 650 000 Tonnen erzeugt. Die Kapitals- und Produktionsmacht verteilt sich in der deutschen Schwerindustrie also folgendermaßen:

	Kapital.	Stahlproduktion.
Vereinigte Stahlwerke	800 Mill.	8,0 Mill. To.
Krupp-Essen	160 Mill.	1,7 Mill. To.
Haniel-Oberhausen	140 Mill.	1,0 Mill. To.
Mannesmann-Düsseldorf	115 Mill.	1,0 Mill. To.
Klöckner-Osnabrück	90 Mill.	0,9 Mill. To.
Hoesch-Dortmund	55 Mill.	1,0 Mill. To.
Oberschlesischer Trust	30 Mill.	0,5 Mill. To.
Mitteldeutscher Trust	50 Mill.	0,7 Mill. To.
Zusammen rd.	1,5 Millard.	14,8 Mill. To.

Der Rest von rund 20 Unternehmen darf sich mit rund eine Million Tonnen Stahl begnügen. Daß diese 20 kleinen Unternehmen für einen ernstlichen Machtkampf nicht in Frage kommen, versteht sich.

Diese Zahlen stellen nur die äußere Machtverteilung dar, innerlich verschiebt sich die Macht nochmals. Der führende Konzern ist zweifellos der Trust der Vereinigten Stahlwerke. Er hält die Hälfte der deutschen Stahlerzeugung. Er setzt sich aus der Vögler-Gruppe (Gelsenkirchener Bergwerksverein) mit 320 Millionen Mark Anteil, aus der Otto Wolff-Gruppe (Phoenix, Rheinstahl, van der Zypen) mit rund 210 Millionen, und aus der Thyssen-Gruppe (Hamborn) zusammen, die mit 208 Millionen bei der Gründung beteiligt war. Der Einfluß Thyssens ist inzwischen bis auf 50 Prozent der ursprünglichen Kapitalsgeltung zurückgedrängt. Die Wolff- und Vögler-Gruppen sind durch Generaldirektor Flick zu einer Zusammenarbeit gebracht, so daß sie reichlich 500, wenn nicht gar 600 Millionen Aktienkapital umfassen.

Das Vordringen Flicks in dieser Gruppe ist nicht ohne Bedeutung. Er beherrscht als zweiter Aufsichtsratsvorsitzender den Mitteldeutschen Stahltrust, als erster Vorsitzender des Aufsichtsrats des Oberschlesischen Stahltrusts die Oberschlesische Industrie. **Die Gruppierung Ruhrtrust, Mitteldeutscher und Oberschlesischer Trust würde rund 900 Millionen Mark Kapital und 9 Millionen Tonnen Stahl umfassen.** Als verhältnismäßig unabhängig werden noch Krupp, Klöckner, Haniel und Mannesmann anzusehen sein. **Als Ergebnis der Machtkämpfe ist festzustellen, daß sich in den Vereinigten Stahlwerken eine eindeutige Machtstellung Flicks herausgebildet hat.** Enge Zusammenarbeit zwischen Vögler-Flick einerseits, Otto Wolff-Flick anderseits ermöglichen den Einfluß der Vereinigten Stahlwerke auf die Kleineisenindustrie (Gesenkschmieden, Kaltwalzwerke, Mittelblechwalzwerke) auszudehnen. Der Quotenanteil wurde wesentlich erhöht. Maximilians, Buderus, Rasselsteiner Eisenwerke dienten der Erweiterung.

Henschel & Sohn und Paul Rhode wurden aus dem Ruhrgebiet entfernt, Krupp unter das Diktat Mannesmann-Vereinigte Stahlwerke gebracht. **Man geht wohl nicht fehl, wenn man den Gruppenschutz, das Verbot weiteren selbständigen Ausbaues der Schwerindustrie in Hochofen-, Stahl- und Walzwerken ohne Fühlungnahme mit den Wettbewerbern als auf Krupp gemünzt ansieht.**

Der Thyssensche Ausverkauf geht inzwischen weiter. Aus den Geisweider Eisenwerken wurde Thyssen entfernt. Thyssen gab inzwischen die Friedrichshütte ab. Verhandlungen über das Röhrenwerk Reisholz-Düsseldorf und das Oberbilker Stahlwerk-Düsseldorf laufen.

Von 16 Millionen Tonnen Stahl beherrschen Friedrich Flick und Otto Wolff demnächst rund 10 bis 11 Millionen. **Und den Metallarbeitern drohen Entlassungen bei Zusammenlegungen, die aus diesen Erwerbungen folgen, wie man in Düsseldorf und im Siegerland schon sieht".**

Zehn Jahre Arbeitsgemeinschaft

von Reichsversicherungsträgern Westfalens

Zehn Jahre Arbeitsgemeinschaft auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge sind wohl ein Anlaß, einen Rückblick auf diese Zeit zu werfen, besonders dann, wenn man das mit einem Gefühl der Befriedigung tun darf. Sie brachte reges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten der in der Arbeitsgemeinschaft vereinigten Reichsversicherungsträger: der Westfälischen Verbände der Krankenkassen, der Unfallversicherung, der Landesversicherungsanstalt Westfalen, der Ruhrknappschaft, der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, des Hauptversorgungsamtes, Landesarbeitsamtes und anderer beteiligten Träger. Im Schoße der Arbeitsgemeinschaft besteht auch eine Schlichtungsstelle zur friedlich-schiedlichen Beilegung von Meinungsverschiedenheiten, die aus der Arbeit entstehen könnten. Diese Gemeinschaftsarbeit hat dem Gründungsgedanken voll zum Erfolge verholfen, eine auf Vertrauen aufgebaute, dringend notwendige Annäherung der verschiedenen Zweige der Sozialversicherung herbeizuführen, die in gemeinsamer Arbeit den vielen gemeinsamen Belangen Rechnung tragen und alle Reibungspunkte ausschalten sollte. Damals schon war es der Gedanke der Rationalisierung der Arbeit, den die Versicherungsträger unter sich mit Erfolg durchführten zu einer Zeit, wo der Begriff noch kein Schlagwort war. Daß sie sich damit auf dem rechten Wege befanden, ist heute längst erwiesen. Eine starke, selbständige Organisation steht gefestigt da, gekrönt neuerdings durch Gründung der Reichsarbeitsgemeinschaft aller ihrer Spitzenverbände, deren noch kurze, aber eingreifende Tätigkeit in wichtigsten Dingen schon heute die Notwendigkeit auch ihrer Gründung vollauf gerechtfertigt hat. Die Versicherungsträger haben sich in ihrer Arbeitsgemeinschaft ein Instrument geschaffen, das für ihre Belange allein brauchbar ist, und dessen Notwendigkeit die Praxis jetzt zehn Jahre erwiesen hat. Als Unterausschüsse sind der Westfälischen Arbeitsgemeinschaft angegliedert: Der Provinzialausschuß für hygienische Volksbelehrung, der Westfälische Tuberkulosefürsorgeausschuß, der Ausschuß für erste Hilfe; letztes Endes steht auch in starker Zusammenarbeit mit ihr der Westfälische Krebs- und Lupusverein, der von den Versicherungsträgern mit getragen wird.

Man darf wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß die kommende Zeit die Erwartungen rechtfertigen wird, die man auch im Reichsarbeitsministerium und im Reichsversicherungsamt an die Gründung der Arbeitsgemeinschaften seiner Zeit geknüpft hat: daß sie als selbständige, freiwillige Vereinigungen der Reichsversicherungsträger wie bisher zum Besten der Versicherten und damit besonders der Allgemeinheit wirken werden.

Wer hilft Wohnungen bauen?

Die fast restlos im Besitz des preußischen Staates befindliche Preußische Landespfandbriefanstalt, die neben der staatlichen Förderung des Kleinwohnungsbaus auch Sonderaufgaben der Beamtensiedlung und einer Beamtenbausparkasse durchzuführen hat, konnte auch im vergangenen Jahre trotz der Drosselung des Kapitalmarktes dem Wohnungsneubau im erheblichen Umfang Hypotheken und Zwischenkredite zuführen. Der Hypothekenbestand stieg von 128,9 auf 164,1, der Bestand an ebenfalls nur für den Wohnungsbau bestimmten Kommunaldarlehen erhöhte sich von 19,3 auf 26,5 Millionen. Entsprechend stieg der Umlauf an Pfandbriefen und Kommunalobligationen von 132,5 auf 181,2 Millionen. Ende 1929 waren an Zwischenkrediten zur Durchführung der Bauten 41,9 Millionen ausgeliehen gegen nur 34,7 Millionen Ende 1928. Die Bilanzsumme stieg von 212,7 auf 258,5 Millionen. Der ausgewiesene Reingewinn ohne Vortrag beträgt nach Absetzung von nicht unerheblichen stillen und offenen Reserven 2,01 Millionen gegen 2,01 Millionen im vorhergehenden Jahr.

Die Zahl der Konkurse

hat sich von 881 im Monat Dezember 1929 auf 1106 im Januar 1930 erhöht.

Aus den Geschäftsabschlüssen

Hüttenwerke C. W. Kayser & Co., Niederschöneweide A.-G.

In der Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, die Verteilung einer Dividende von 9 Prozent vorzuschlagen (i. V. Hüttenwerke Niederschöneweide 10 Proz., Hüttenwerke Kayser 0 Proz.).

Der Abschluß der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Leipzig.

Der Aufsichtsrat hat beschlossen, der auf den 21. März einzuberufenden Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent vorzuschlagen gegenüber dem Satz von 10 Prozent für die vorangegangenen drei Jahre.

Die Dividendenermäßigung ist unter dem Gedanken der Schonung stiller Reserven, insbesondere unter Berücksichtigung der unklaren Zukunftsaussichten der deutschen Wirtschaft erfolgt.

Die deutsche Wareneinfuhr

wird im reinen Warenverkehr für den Monat Januar 1930 mit 1294,9 Millionen Mark angegeben. Die Ausfuhr macht 1092,3 Millionen aus. Darin stecken jedoch 58,8 Millionen Mark Reparationslieferungen. Zuzüglich einer Einfuhr von Gold und Silber in Höhe von 24,8 Millionen und einer Ausfuhr von 2,7 Millionen Mark ergibt sich eine Gesamteinfuhr von 1319,6 Millionen Mark und eine Ausfuhr von 1095 Millionen Mark.

Vom Bergbau

Absatzbericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats für Januar 1930

Der Bericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats über den Absatz im Monat Januar 1930 zeigt folgendes Bild:

Der reine Syndikatsabsatz (auf die Verkaufsbeteiligung in Anrechnung kommend) ging auf 7 019 232 (7 121 319) Tonnen zurück (Kohlen, Koks und Briketts durcheinander gerechnet). Im einzelnen wurden 3 528 080 (3 609 757) Tonnen in das unbestrittene und 3 491 152 (3 511 562) Tonnen in das bestrittene Gebiet abgesetzt. Der Werksselbstverbrauch (auf die Verbrauchsbeteiligung in Anrechnung kommend) betrug 2 159 827 (2 148 666) Tonnen, der Zechenselbstverbrauch erhöhte sich von 750 088 im Dezember 1929 auf 777 102 Tonnen im Berichtsmonat. Der Gesamtkohlenabsatz ging auf 9 956 161 (10 020 073) Tonnen zurück (arbeitstäglich 392 361 (417 503). Der Gesamtkohlenabsatz ausschließlich Zechenselbstverbrauch gliedert sich im Berichtsmonat in 5 926 127 (5 829 185) Tonnen Kohlen, 2 350 503 (2 484 151) Tonnen Koks und 242 002 (259 728) Tonnen Briketts.

Weitere starke Verschlechterung des Braunkohlenabsatzes.

Infolge der immer noch anhaltenden warmen Witterung hat sich die Lage im Braunkohlenbergbau, wie mitgeteilt wird, noch weiter verschlechtert. Durchweg ist in letzter Zeit nur ein Absatz von 30 Prozent getätigt worden, und aus Mitteldeutschland werden noch geringere Zahlen gemeldet. Feierschichten mußten bei allen Werken eingelegt werden, doch ist es zu Stillegungen bislang noch nicht gekommen.

Jahresversammlung der Emschergenossenschaft

Der Vorsitzende, Generaldirektor Dr. Winkhaus, wies hin auf die Schwierigkeiten der Beschaffung von Baukapital, wodurch trotz der günstigen Witterung die Durchführung des Bauprogramms behindert worden sei. Ein Tilgungsdarlehen auf Feingoldbasis mit einem Nennwert von 1 Mill. Mark sei bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte abgeschlossen worden. Von der Wasserwirtschaft G. m. b. H., Essen, erhalte die Genossenschaft anteilig 1 Mill. Mark. Baudirektor Dr. Helbing erstattete darauf den Geschäftsbericht. Die Arbeiten der Genossenschaft, soweit sie im letzten Jahre vollendet wurden oder noch im Bau begriffen sind, erläuterte er an Hand einiger Filme. Dann wurde der

Haushaltsplan für 1930

beraten. Dr. Helbing gab dazu folgende Erläuterung: Im allgemeinen Haushalt werden 1929 gegenüber 1 450 000 Mark Anschlag 125 000 Mark weniger ausgegeben und für 1930 1 305 000 Mark veranschlagt, weil die Bautätigkeit 1929 aus Mangel an Geldmitteln eingeschränkt werden mußte und 1930 voraussichtlich noch weiter eingeschränkt werden wird. Im ordentlichen Haushalt entfallen auf Unterhaltung und Betrieb insgesamt 1 667 200 Mark (gegen den Anschlag 1929 192 800 Mark weniger). Die Gesamtverzinsung und -tilgung des ordentlichen Haushalts steigt gegen den Anschlag 1929 um 419 600 Mark auf 2 650 600 Mark. Diese zwangsläufige Mehrausgabe ist die Ursache, daß die Genossenschaftsbeiträge 1930 trotz der erheblichen Ersparnis bei Unterhaltung und Betrieb von 4 293 000 Mark auf 4 597 993 Mark steigen. Im außerordentlichen Haushalt sind von den veranschlagten 9 987 000 Mark 4 480 900 Mark verausgabt. Der Gesamtanleihebedarf beträgt bis Ende 1930 45 159 042 Mark. Die Versammlung hat 42 460 945 Mark genehmigt, so daß noch 2 698 097 Mark zu bewilligen sind. Auf den Gesamtanleihebedarf sind 33 716 599 Mark beschafft, es bleibt also noch eine Anleihe von 11 442 443 Mark aufzunehmen. — Die Versammlung genehmigte den Haushalt in der von der Verwaltung vorgelegten Form und ermächtigte ferner den Vorstand zur Aufnahme der genannten Anleihesumme. Das wird praktisch jedoch nur geschehen, soweit die Lage des Geldmarktes das gestattet und soweit die Bedürfnisse im einzelnen das notwendig machen.

Der neue Rechnungsabschluß der Unfallversicherung

beweist wieder einmal, daß die Landarbeiter weit schlechter als die gewerblichen Arbeiter gestellt sind. In den gewerblichen Berufsgenossenschaften wurden im Jahre 1928 an 381 083 Verletzte 122 492 984 Mark, im Durchschnitt 321 Mark, gezahlt. An 121 614 Hinterbliebene wurden 50 595 219 Mk. oder 416 Mk. im Durchschnitt gezahlt. Dagegen erhielten in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 361 812 Personen insgesamt 42 097 788 Mark. Auf die einzelne Person entfällt dabei ein Betrag von 116 Mark. An 42 617 Hinterbliebene wurden 7 735 925 Mark oder 182 Mark im Durchschnitt gezahlt. Danach zahlen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften an die Verletzten über 200 Mark und an die Hinterbliebenen 234 Mark weniger als die gewerblichen Berufsgenossenschaften.

Braucht man sich da noch zu wundern, wenn die Landarbeiter lieber heute als morgen den ländlichen Verhältnissen entfliehen?

Betriebsrätekonferenz des Bergarbeiterverbandes

In Essen fand eine Funktionär- und Betriebsrätekonferenz des Bergbauindustriearbeiter-Verbandes statt, an der ungefähr 350 Delegierte teilnahmen. Redakteur Hesse von der Verbandsleitung sprach über die Stellungnahme zu den Betriebsratswahlen. Er hob ihre hohe wirtschaftliche und arbeitsrechtliche Bedeutung hervor und betonte insbesondere, daß in der jetzigen Zeit eine scharfe Personenauslese stattfinden müsse. Des weiteren setzte er sich mit der unsinnigen Arbeit der Kommunistischen Partei auseinander, wobei er die aufsehenerregende Mitteilung machte, daß die Kommunistische Partei allein im Ruhrgebiet weit über 50 Angestellte mit dem Sitz in Essen in Bewegung gesetzt habe, um die Gewerkschaftsbewegung im Ruhrgebiet zu sabotieren. Bekannt sei, daß diese Aktion durch Thälmann und den geheimnisvollen Neumann eingeleitet worden sei. Diese Mitteilung rief große Bewegung in der Versammlung hervor. Ferner war Hesse in der Lage, mitzuteilen, daß die KPD. ganz im Gegensatz zu ihren Vorwürfen den Gewerkschaften gegenüber vier Kommunisten von verschiedenen Schachtanlagen aus der Partei ausgeschlossen habe, weil sie sich geweigert hatten, auf kommunistischen Betriebsratslisten zu kandidieren. Die anwesenden kommunistischen Betriebsräte haben die Maßnahmen ihrer Parteileitung nicht verteidigt.

Unterhaltung und Wissen

Das Gericht berät . . .

Johann Wewerka, Hilfsarbeiter, seit zehn Monaten arbeitslos, steht vor einem Schöffensenat unter der Anklage der Urkundenfälschung. Das Arbeitslosenamt hat ihm drei Wochen lang eine höhere als die gebührende Unterstützung ausbezahlt und Johann Wewerka hat die Bleistifteinragungen auf der Meldungskarte verbessert, damit das Amt seines Irrtums nicht gewahr würde. Aber noch gibt es Gerechtigkeit in Oesterreich! Heute hat eine ehrenwerte Versammlung von vier Männern, bestehend aus dem Vorsitzenden, dem beisitzenden Richter und zwei Schöffen, von denen der eine Privatbeamter, der andere Selchermeister von Beruf ist, über die Untat des Wewerka zu urteilen. Der Herr Staatsanwalt hat seine Sache kurz gemacht; er hat ohnehin schon ungebührlich lange auf die heißen Frankfurter, die seiner beim Büfett harren, warten müssen. Johann Wewerka wird abgeführt. Der Senat hat sich zur Beratung zurückgezogen.

„Schauderhafte Hitze heute. Sie gestatten doch, meine Herren!" Mit diesen Worten leitet der Vorsitzende die Beratung ein, indem er Talar und Rock auszieht. „Da hab ich heut einen gfänzenden Witz gehört, meine Herren, den muß ich Ihnen erzählen. In ein Büro kommt eines Tages ganz unvermutet der Chef. Die Leut' arbeiten natürlich nix und der Buchhalter . . . Wie? Nach Millstadt fahren Sie, Herr Kollege? Ja, ja, unsereiner kann sich das nicht leisten, wenn man nur vom Gehalt leben muß. . . Also, was machen wir mit dem Wewerka? Wieviel geben wir ihm, meine Herren?" „Ich glaub halt", bemerkt schüchtern der Schöffe Edelhuber, „man liest soviel von unwiderstehlichem Zwang oder wie man so sagt. Und der Mann hat doch eine Frau und zwei Kinder erhalten müssen. Von zwanzig Schilling in der Woche. Ich wär fast für einen Freispruch . . ." „Aber Herr Edelhuber, Sie sind heut das erste Mal hier, nett wahr?" lächelt mitleidig der Vorsitzende, „das sind doch, Sie entschuldigen schon, typisch laienhafte Vorstellungen. Unwiderstehlicher Zwang, wo er die Arbeitslosenunterstützung bezogen hat. Wo und überhaupt . . ." Der fürwitzige Schöffe knickt sichtlich ein. „No, ich hab halt nur g'meint, Herr Hofrat", sagt er verlegen. „Ja, also, daß ich mit dem Witz fertig werd'", setzt Herr Hofrat fort, „wo bin ich denn stehengeblieben? Also, die Leut arbeiten natürlich nix und der Herr Buchhalter steht am Fenster und pfeift. Wie der Chef kommt, hört er gleich mit'm Pfeifen auf, aber der is ganz aufgebracht. Die Geschäfte geh'n hundsmiserabel, und er schreit den Buchhalter an. Was glauben Sie eigentlich, sagte er . . ." Die unaufmerksamen Schöffen haben begonnen, sich über die Frage der dem Wewerka gebührenden Strafe auseinanderzusetzen und werden vom Vorsitzenden mit sanfter Mahnung zurechtgewiesen. „Aber, meine Herren Schöffen, mit dem Wewerka werden wir die Sache schon auf gleich bringen. . . . Jetzt hörn's lieber zu. Das ist ein ausgezeichneter Witz und dabei typisch für unsere Verhältnisse. Also der Chef sagt zum Buchhalter: „Ich hab Ihnen schon hundertmal verboten, bei der Arbeit zu pfeifen. . ."

Inzwischen steckt der Herr Staatsanwalt, der seine Würstel verzehrt hat, den Kopf ins Beratungszimmer. „Ja, also der Wewerka. Der Herr Staatsanwalt wird uns ungeduldig. . . Im G'setzbüchl steht ein Strafausmaß von ein bis fünf Jahren. . . „Aber das ist doch entsetzlich!" platzt der Schöffe Edelhuber heraus, „ich mein halt, ein Monat Arrest wär doch schon sehr viel für den armen Teufel."

Der arme Teufel sitzt inzwischen im versperrten Anklageraum und zählt die Sekunden. Tausendvierzehn, fünfzehn, sechzehn . . . Was die nur solang zu beraten haben. . Wenn ich in den Arrest muß, tut sich die Mizzl noch was an. . . Tausendsiebzehn, achtzehn, neunzehn. . . Wenn sie mir nur a bedingte Straf' geben täten. . . Ich möcht jetzt a jede Arbeit gern nehmen. Nur wegen der Mizzl. . . Tausendzwanzig, einundzwanzig. . . .

Der Herr Hofrat hält dem Schöffen Edelhuber eine kleine Predigt. „Wir sind hier, um Gerechtigkeit zu üben, Herr Edelhuber, und wir müssen uns an das Gesetz halten. . ." Der Schöffe Gschwandtner ist für drei Monate. Er schlägt immer drei Monate vor, wenn er sich nicht recht auskennt, und läßt dann mit sich reden. „Also, das könnten wir machen", nickt der Vorsitzende, „und was meinen Sie, Herr Kollega?" Der Herr Kollega fährt zusammen, denn die laute Stimme des Herrn Vorsitzenden hat ihn aus süßem Schlummer geweckt. „Machen wir halt einen Vierundfünfziger", sagt er verschlafen, „er war ja brav bei der Verhandlung. Drei Monat verschärft, sagen wir halt. . . Mit der bedingten is nix. . . Der Mann hat a Vorstrafen. . ." „Also, einverstanden, meine Herren?" schließt der Herr Hofrat. „drei Monate verschärft. . . . Außerordentliches Milderungsrecht. . . ." Schöffe Edelhuber widerspricht nicht. Er hat sich so eine Beratung anders vorgestellt als er heute morgen stolz den Talar anzog. Außerordentliches Milderungsrecht, immerhin. . . Der Schöffe Gschwandtner ist ein wenig eingebildet darauf, daß der Gerichtshof sich seinen Vorschlag zu eigen gemacht hat. „Herr Hofrat werden schon am besten verstehen. . .", antwortet er. Aechzend schlupft der Vorsitzende wieder in Sakko und Talar. „Also verkünden wir halt das Urteil. Jessas, is das a Hitz heut. . Der Wewerka kann zufrieden sein. Geh'n wir, meine Herren!"

Der Vorsitzende drückt auf einen Klingelknopf. Dies hat die Wirkung, daß Johann Wewerka, der inzwischen bis Zweitausendsiebzig gezählt hat, mit dem Zählen aufhört und sich in den Verhandlungssaal führen läßt, daß der Herr Staatsanwalt seine Zigarette in den Spucknapf wirft und die Rechtsanwälte, die bei der folgenden Verhandlung zu tun haben, herbeistürzen. „Na, so was", bemerkt der Vorsitzende, indem er sich auf den Weg macht, „da hab ich Ihnen den Witz gar net zu End erzählt. „Ich hab Ihnen schon hundertmal verboten", sagt der Chef zum Buchhalter, „bei der Arbeit zu pfeifen." „Aber Herr Chef", erwidert der Buchhalter, „ich arbeit ja nicht, ich pfeif bloß" . . Ausgezeichnet, nicht? Ha, ha, ha. . . Stehen Sie auf, Angeklagter! Im Namen der Republik! Das Landesgericht für Strafsachen. . . zu Recht erkannt. . . in der Dauer von drei Monaten, verschärft durch ein hartes Lager monatlich . . . Nehmen Sie die Strafe an, Angeklagter?"

Im Zuhörerraum ist eine blasse Frau mit gellendem Aufschrei zusammengebrochen. „Machen Sie hier kein Theater! Die nächste Verhandlung. . . ."

Leo Korten, Wien.

15 Erdstöße pro Tag

Erdbebenland Japan

Wie auf Grund der amtlichen Statistik des Zentralmeteorologischen Büros in Tokio festgestellt wurde, hat Japan seit der großen Katastrophe am 1. September 1923 nicht weniger als 27 097 Erdbeben erlebt. Das macht täglich ungefähr 15 Erdstöße. Wenn auch die Mehrzahl dieser Erschütterungen nur von den Seismographen, den Erdbebenregistrierapparaten, verzeichnet wurde, so bleibt doch noch eine genügende Anzahl für das „fühlbare Erleben" des Menschen übrig. Die Bezeichnung fühlbar ist natürlich ein sehr dehnbarer Begriff, denn feinsinnige, aufmerksame Beobachter spüren viele der ganz leisen horizontalen Schwankungen, während schon abgestumpfte Menschen wohl nur die groben Stöße „fühlen". Tokio allein hatte in dem erwähnten Zeitraum 4150 Beben, von denen fast die Hälfte auf die ersten vier Monate nach dem verhängnisvollen 1. September 1923 entfällt. Seitdem hat ihre Zahl ständig abgenommen. 1926 hatte Tokio 451, 1927 407, davon nur 56 „von Menschen gefühlt". Bis Juli 1928 gab es 327. Erdbeben, die beträchtlichen Schaden verursachten, waren folgende: 15. Januar 1924 an der Sagami-Bucht, 23. Mai 1925 in Kita Tajima; dann eins in Karunko auf Taiwan (Formosa); am 7. März 1927 in Oku-Tango; 27. August in Shimo-Tansui und am 27. Oktober 1927 das Erdbeben von Chuetsu. Die Bewohner dieses „beweglichen" Landes haben also sehr häufig recht wenig angenehme „Abwechselungen".

Haifisch in der Schlinge

Der Fang von Haifischen gehört zu den unvermeidlichen Episoden aller Südseegeschichten. Eine der originellsten Fangmethoden ist aber merkwürdigerweise unbekannt geblieben, und zwar der Fang mit einer Schlinge, wie er nach den Angaben des berühmten Südseeforschers Parkinson an der Küste der nördlichen Hälfte Neu-Mecklenburgs betrieben wird. Der Fangapparat besteht aus zwei Teilen. Die eigentliche Falle bildet ein über ein Meter langer, kajakähnlicher, hölzerner Schwimmer, dessen Enden leicht nach oben gebogen sind, und der ein Loch in der Mitte trägt. Durch dieses Loch greift eine lange, fingerdicke Schleife aus Rahtanggeflecht. Den Nebenapparat bildet ein gleichfalls aus spanischem Rohr bestehender Reifen, auf dem halbe Kokosschalen aufgereiht sind. Mit den beiden Geräten fahren die Fischer weit hinaus auf die See, lassen das Fahrzeug treiben und klappern am Bordrand mit den Kokosschalenreifen. Durch das Geräusch herbeigelockt, umkreist bald ein Hai das Fahrzeug, und wenn er ganz nahe herangekommen ist und sich sehr lebhaft für die Klapper dicht an der Oberfläche des Wassers interessiert, dirigiert ein Fischer den Schwimmer so, daß der Meeresräuber mit dem Kopfe durch die Schlinge geht, die durch das Loch im Schwimmer nach unten hängt. In dem Augenblick, wo etwa ein Drittel des Hales durch die Schlinge gegangen ist, wird diese mit einem kräftigen Ruck zugezogen und befestigt. Der Hai sitzt nun in der Falle und benimmt sich natürlich sehr ungebührlich; aber durch Speerstöße wird er kampfunfähig gemacht, ans Boot gezogen und durch weitere Stöße und Knüppelschläge zu seinen Vätern versammelt. Diese Methode des Haifischfanges ist sonst nirgends auf der weiteren Erde in Gebrauch.

Ein lebendig gebärender Fisch der Urzeit

Auf einer im Weißjura von Solnhofen, dem Fundort vieler seltener Versteinerungen, gefundenen Platte ist ein lebendig gebärender fossiler Fisch nachgewiesen worden. In der Bauchhöhle dieses mit seinem wissenschaftlichen Namen Undina peniciliata genannten Fisches fanden sich zwei Skelette von Embryonen der gleichen Art, die kurz vor der Geburt gestanden haben müssen. Es sind auch unter den heute lebenden Knochenfischen einige wenige Formen bekannt, die lebendige Junge zur Welt bringen. Der kürzlich in Solnhofen gemachte Fund ist aber das erste Beispiel für das Austragen von Jungen bei Fischen der Vorzeit.

Der Tod in der Wüste

38] Von Ph. Macdonald

Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachf.

Da! Wieder das Geräusch . . . und wieder . . . Der Sergeant wartete atemlos. Noch einmal kam ihm Moreili ins Gedächtnis . . . er hoffte zu Gott, daß sie seinen Körper nicht da finden würden, wo er ihn versteckt hatte . . . er hoffte zu Gott . . .

Er fuhr auf . . . Mehr Geräusche . . . er hätte schwören können . . . ja . . . es war eine Stimme . . . eine fette, murmelnde Stimme . . .

Mit einem Schlage wurde er eiskalt, die Aufregung war verschwunden.

Vorsichtig hob er, Zoll um Zoll den Kopf, und spähte durch den Schutz der Palmblätter; er sah, und eine Woge tiefster Befriedigung durchrann ihn. Er fühlte Kraft, fühlte sich Gott . . . er hatte sie mit seinem Willen in seine Hände gezwungen, und sie hatten gehorcht.

Er konnte sie deutlich erkennen, es waren drei; zwei standen groß und schlank, düster in ihren dunklen Kleidern gerade ihm gegenüber, Rücken an Rücken; sie hielten merkwürdig geformte Gewehre in den Händen und blickten forschend um sich. Von ihrem Standort aus mußte die Hütte unsichtbar sein; der dritte lag, etwa zehn Meter weiter als sie von ihr entfernt, im Sande.

Die Gesichter der beiden Stehenden vermochte er zu erkennen; sie waren dunkel, hübsch, aber bestialisch, eins wies tiefe Pockennarben auf.

Des Sergeanten Linke tastete zu den beiden Schnüren hin, ergriff sie und zog sie mit einem Ruck an . . .

Der Mechanismus war in Ordnung. Ein betäubendes Krachen erfüllte die Luft, als die vier Karabiner in der Hütte losgingen; die Kugeln der beiden an der Lichtungsseite rasselten hoch oben durch die Palmblätter.

Wie ein Mann sprangen die beiden Araber nach der Richtung herum, aus der die Schüsse gekommen waren; auch der Liegende drehte seinen Körper.

Der Sergeant stand auf, da er liegend nicht mit Sicherheit feuern konnte; höchste Freude erfüllte ihn ganz. Sein Karabiner spie Feuer, der kleinere der stehenden Araber sank zusammen und blieb bewegungslos liegen; schnell wie der Blitz feuerte der Sergeant hinterher, auch der zweite taumelte, ließ die Flinte fallen und sank in die Knie.

Nun nahm der Sergeant nach einer kleinen Drehung den Liegenden aufs Korn, der auf ihn angelegt hatte. Als er den Hahn durchzog, fühlte er einen heftigen Schlag, wie mit einem dumpfen Hammer gegen seinen linken Oberschenkel, und stürzte mit der Waffe in der Hand . . . Stöhnend richtete er sich auf und sah, daß er Sieger im Duell geblieben war: sein Schuß mußte zwischen den Augen gesessen haben, da der Mann leblos in sich zusammengefallen dalag.

Aber da war jetzt noch der Araber, der im Knien, trotzdem er durch seine Wunde geschwächt war, versuchte, sein hingefallenes Gewehr aufzuheben . . . und es gelang ihm.

Wellen von Schmerzen flossen über den Sergeanten, als er sich umdrehte und in eine Flintenmündung sah, die erst schwankte, dann aber fest wurde . . . Wieder tönten zwei Schüsse wie einer . . . Wieder fuhr der Hammer auf den Sergeanten nieder und warf ihn um . . . Diesmal war es die linke Schulter . . . Er tastete mit zitternder Hand an die getroffene Stelle und fand eine weit klaffende Wunde.

„Dumdum", konnte er noch flüstern, ehe er bewußtlos wurde, aber er hatte noch gesehen, daß er den Siegesschuß abgegeben hatte, der kniende Araber war zu einem dritten leblosen Bündel geworden . . .

Der Sergeant blieb mit geschlossenen Augen und herabgesunkenem Kinn auf dem Rande seines kleinen Grabens liegen; der linke Schenkel war gebrochen, und seine linke Schulter bildete bis zum Rippenansatz eine einzige furchtbare Wunde. Der Karabiner ruhte neben ihm . . .

Er wußte nichts von sich, als sein Blut verströmte, und war so still wie die drei, die die Lichtung mit ihm teilten.

Hinter ihm in den Bäumen erklang ein Laut, ein so leises Geräusch, wie er es vor fünf Minuten mit Entzücken vernommen hatte; aber jetzt konnte er nichts hören . . .

Das Geräusch kam stärker wieder, und unter den Bäumen erhob sich eine lange, dunkelgekleidete Gestalt vom Boden, aus deren Kaftan ein wildes Gesicht sah; in der Hand trug sie eine altertümliche Flinte . . .

Ein Zittern durchrann den Sergeanten, ein Klopfen ertönte an den geschlossenen Toren seines Bewußtseins, ein Klopfen, das in seinem Kopfe dröhnte.

Langsam, mühselig öffneten sich die Tore und ein Wort hämmerte in seinem Kopfe:

„Drei! Drei! Drei!"

Er versuchte mit aller Kraft die Augen zu öffnen, endlich gehorchten die Lider. Ein lautloser Schrei entrang sich ihm, als die Sonnenpfeile ihm in das Gehirn stießen, aber die Augen blieben offen.

„Drei! Drei! Drei!" donnerte es durch seinen Kopf, seinen Leib, seine schmerzenden Wunden.

Dann, plötzlich, kehrte die Besinnung zurück, und er wußte, was die „Drei" zu bedeuten hatte.

„Es müssen vier sein . . . wenigstens!" Sein staubgefüllter Mund formte tonlos die Worte . . . Unwillkürlich bewegte sich sein rechter Arm, suchte eine Tasche, und die Finger schlossen sich um den kleinen Revolver, dessen Kolben kalt und schwer war . . .

„Drei —" stammelte er. „Vielleicht . . . doch . . . nur . . ." Und dann . . . ein Schatten, der sich zwischen ihn und die Sonne schob.

„Vier . . Vier . . . Vier — Vier — Vier!" schlugen seine Pulse.

Er wartete und biß sich kraftlos auf die staubbedeckte Unterlippe, biß stärker zu, um Kraft zu bekommen und den Schrei zurückzudrängen, den die Qual seiner Wunden, nun da wieder Leben in ihm war, aus seinen Lungen pressen wollte . . .

Er wartete, während seine Augen unter dreiviertel geschlossenen Lidern ausspähten . . . Den Atem hielt er an.

Der Schatten wurde länger, dann wieder kürzer . . .

Jetzt stand die Gestalt und suchte in den Falten des Burnus nach dem Messer . . .

Der Sergeant gab sich selbst Stärke . . . oder verschaffte sie sich aus irgendeiner unbekannten Quelle. Plötzlich rollte er auf seine linke Seite, auf die Wunden herum, blitzartig fuhr seine rechte Hand aus der Tasche . . . die Pistole sprach ihr knatterndes Wort . . .

Der Araber wankte, brach zusammen und fiel mit lautem Krach . . . tot, ehe seine Schultern die Erde berührten.

Der Sergeant gewann seine Stimme wieder.

„Vier", schrie er mit dünnem Klang, „ich wußte es!"

Dann kam er mit höchster Willensanstrengung auf ein Knie; sein Gesicht war bis zur Unkenntlichkeit verzerrt, aber auf irgendeine Weise taumelte er auf die Füße.

So stand er schwankend, von einer unbekannten Kraft in ihm oder außerhalb seiner hochgezogen, auf dem unverletzten Bein und blickte auf den vierten nieder.

„Hund," sagte er, „Schwein"! Ein Hustenanfall schüttelte ihn . . . ein rasselnder Husten; Blut rollte schneller aus der gähnenden Oeffnung, die an der Stelle seiner linken Schulter zu sehen war. Er wankte heftig, beinahe fallend hin und her. „Zehn . . . kleine . . . Neg' . . . lein . . .", sagte er.

„Und . . . dann . . . dann waren's . . . waren's . . . keine . . . mehr . . .!"

Mit dem Gesicht nach unten stürzte er auf den Leichnam des Arabers nieder.

Ende.

Bücher und Zeitschriften

Gewerkschaften und Berufsschulen

von Otto Hetzler, 64 S., Berlin 1930, Ladenpreis 1 RM. Organisationspreis 0,75 RM. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Mit der Herausgabe dieser Broschüre ergänzt das Jugendsekretariat des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Walter Maschke) in wertvoller Weise die von ihm herausgegebene Sammlung „Material für die Jugendleiter der Gewerkschaften". Die Broschüre ruft zu stärkerer Mitarbeit am Berufsschulwesen auf, zu der der Hamburger Gewerkschaftskongreß bereits die gesamten Gewerkschaftsfunktionäre verpflichtete. Das Heft führt in klarer, knapper Weise in die vielseitigen Fragen des Berufsschulwesens ein und bringt eine Fülle praktischer Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Berufsschule wie für die pflegliche Zusammenarbeit mit der Berufsschullehrerschaft. Die Berufsschule ist seit der Jahrhundertwende ein Schultyp von besonderer Prägung, sie ist auf das engste mit dem beruflichen und wirtschaftlichen Leben verknüpft. Es wird darum einleitend das Interesse der Arbeitnehmerschaft an dieser Schulgattung geschildert; setzt doch die Berufsschule mit ihrer unterrichtlichen Tätigkeit am Berufe an, wodurch sie zu einem wichtigen Bestandteil der Berufsausbildung wird. Andererseits geht die große Zahl der erwerbstätigen Jugend durch diese Schulen, deren Auf- und Ausbau darum von größter Wichtigkeit für unser gesamtes Schulwesen ist. In weiteren Ausführungen wird das besondere Wesen der Berufsschule und der von ihr durchgeführte an den Beruf anknüpfende Bildungsgedanke scharf herausgearbeitet. Der erzieherische Wert der Berufsarbeit, der bei veränderten technischen Verhältnissen wohl gewandelt aber keinerlei Einbuße erfährt wird in weiteren Darlegungen mit hinreichenden Gründen bewiesen. In Zusammenhang mit den Beratungen über das Berufsausbildungsgesetz dürften diese Ausführungen von besonderem Interesse sein. Aus dem beruflichen Bildungsgedanken wird dann die Notwendigkeit einer Mitarbeit an der äußeren Gestaltung wie auch zur Unterrichtsgestaltung hergeleitet, wofür im einzelnen die Funktionäre sehr wertvolle Hinweise erhalten. Ein weiteres Kapitel ist der jetzt gegenwärtig lebhaft diskutierten Frage des Aufstiegs von der praktischen Arbeit her gewidmet. Die gesetzliche Regelung des Berufsschulwesens und die Möglichkeit der Mitarbeit bei der Schulverwaltung auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen ist ein weiter Raum gegeben. Diese Ausführungen gestatten zugleich eine gute vergleichende Uebersicht.

Wir können die Anschaffung dieses Heftes sehr empfehlen, insbesondere sollte es sich auch in der Hand der in der kommunalen Arbeit tätigen Funktionäre befinden.

Diskussion über Finanzreform.

Das soeben erschienene Heft 7 der Zeitschrift „Das Freie Wort" enthält einleitend einen Aufsatz des Genossen Staatssekretär Hans Krüger aus dem Preußischen Landwirtschaftsministerium, der anschaulichen Bericht über die praktische Arbeit für die Landwirtschaft, insbesondere die Kleinbauern, erstattet. Zur Finanzfrage äußert sich eine große Anzahl von Zuschriften, hauptsächlich über das Thema Beamte und Arbeiter. Genosse Landtagsabgeordneter Hans Marchwald begründet eingehend seinen Standpunkt gegen jeden Besitzsteuerabbau und gegen jede Konsumbelastung. Genosse Landtagsabgeordneter Drügemüller legt die Gründe dar, warum eine erhöhte Alkoholsteuer ihm tragbar scheint. Zuschriften von Künstlern, Gelehrten und Volksschullehrern ziehen die negative Bilanz der Aera Becker und begrüßen den Wechsel im Preußischen Kultusministerium. Im Feuilleton wird das Verhältnis des Arbeiters zur Kunst und die Befreiung der Arbeiterklasse vom Kulturkitsch erörtert.

Das „Freie Wort" erscheint wöchentlich und kostet monatlich, bei der Post bestellt, 91 Pfennig. Einzelhefte sind zum Preise von 20 Pfennig durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen. Probeexemplare versendet gratis und portofrei der Freie-Wort-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Zur Erwerbsarbeit der verheirateten Frau.

Im Mittelpunkt des Heftes 8 der Zeitschrift „Das Freie Wort" steht die Fortführung der Debatte über die Stellung der Partei zur Erwerbsarbeit der verheirateten Frau, ein Problem, das in wirklich aufschlußreicher Weise von allen Seiten beleuchtet wird. Eine Zuschrift aus der Reichstagsfraktion macht die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß nach dem Tode von Alwin Saenger und Paul Levi die Reichstagsfraktion nur noch über drei Juristen verfügt und einen erheblich größeren Bedarf hat. Ein Artikel von Kurt Großmann prüft die Frage, wie weit die Republikanisierung der Verwaltung im Bereich des Preußischen Innen- und des Preußischen Justizministeriums fortgeschritten ist. — Im Feuilleton bekennt sich Genosse Amtsgerichtsrat Dr. Hans Vahle in bemerkenswerter Weise zu denen, bei denen die sozialistische Ueberzeugung aufs engste mit ihrer positiven Einstellung zur Körperkultur zusammenhängt. Diskussionsbeiträge, Notizen, Parteinachrichten und ein aktueller Leitartikel füllen den übrigen Inhalt des Heftes.

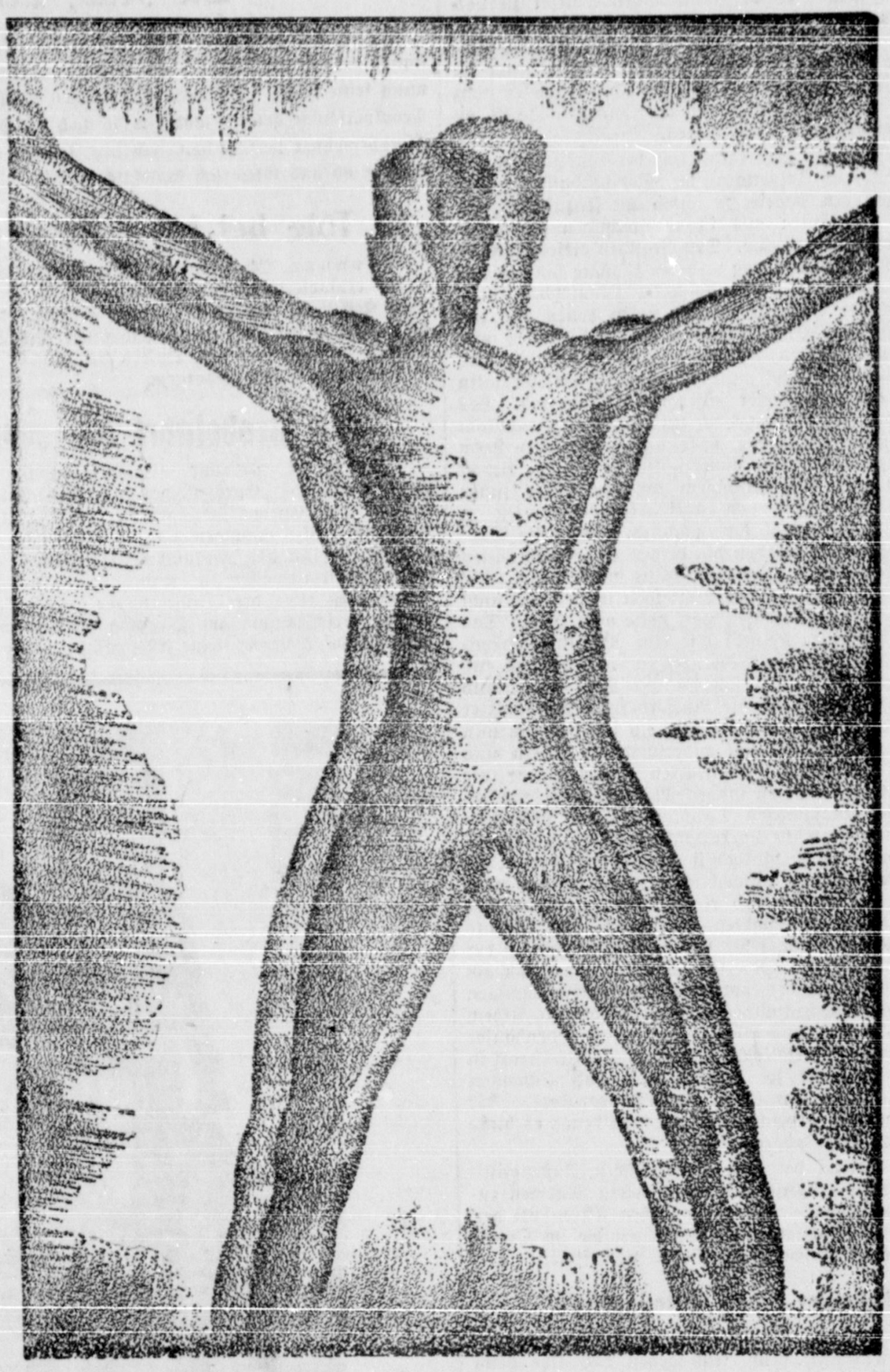
Das „Freie Wort" erscheint wöchentlich und kostet monatlich, bei der Post bestellt, 91 Pfennig. Einzelhefte sind zum Preise von 20 Pfennig durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen. Probeexemplare versendet gratis und portofrei der Freie-Wort-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Zwischen Emscher und Lippe.

Ein Heimatbuch für unsere Jugend. Herausgegeben von Rektor Vetter und Schulrat Dohmann. Umschlagzeichnung von Schreiber (Buer). Preis 1.00 RM. Verlag Franz Arenhold (Buer i. W).

Es ist sicherlich ein erfreuliches Zeichen, daß sich in letzter Zeit nicht nur begabte Pädagogen, sondern Dichter von Ruf und Rang mit den Belangen der Jugend befassen. Es geschieht darum manchmal, daß ein Buch vorgelegt wird, das vielen Ansprüchen, die an Jugendlektüre gestellt werden müssen, gerecht wird. Es soll zugegeben werden, daß heute die Aufgabe, ein geeignetes Heimatbuch für die Jugend des Ruhrkohlengebietes zu schreiben, große Schwierigkeiten bietet. Der vorliegende Versuch ist mißlungen. Er mußte mißlingen, weil die Methode, Histörchen zu erzählen, von vornherein verfehlt war. Um der Jugend die Heimat lieb zu machen, hätte man vor allem das Gegenwartsbild vor ihr aufrollen sollen. Fürchtete man sich davor? Es wäre möglich gewesen, Schilderungen, Einblicke und Deutungen des Lebens zu geben, das dem Menschen in die Ohren schreit. Wo ist die Großstadt (nur der „Alten Stadt" hat man gedacht, wo rattert die Straße, wo heulen Sirenen und Signale? Statt dessen beschwört man längstvergangene Einzelheiten herauf, über deren Wahl man — abgesehen von der Wiedergabe — verschiedenster Meinung sein kann. Die Absicht einiger Leute, das Ruhrgebiet als eine von einzelnen Schloten durchsetzte Naturlandschaft darzustellen, ist schön. Ich wollte nur, es wäre so. Es ist leider nicht. Vielleicht beschert uns die Zeit noch einmal das, was dies Buch hätte sein sollen und können: die Rettung des kindlichen Erlebens in der Industriestadt.

Heinrich Claus.



Noch so viele Wappenschild reizen nicht die Kehle

Die sorgfältigste Pflege, die dem edlen Macedonentabak zuteil werden kann: Lesmona massiert ihn. Die Körper-Massage brachte eine neue Körperkultur; die Tabak-Massage bringt einen verfeinerten Zigarettengenuss. Jetzt kommt die Qualität des Tabaks voll zur Geltung.

Gesunder Körper — gestählt durch Massage
Edler Orient-Tabak — *verfeinert durch Massage*

Wappenschild

Zigaretten 5 Pfg

.... der Tabak ist massiert

Lesmona-Zigarettenfabrik, Bremen

Mädchenhandel

10 Ballen Seide. — Preis pro Kopf 5000 bis 20 000 Franks. — Greift der Völkerbund ein?

In letzter Zeit gelang es der rumänischen Polizei zu verschiedenen Malen, in Bessarabien Mädchenhändlern auf die Spur zu kommen und festzustellen, daß in mehreren Fällen zum Teil halbwüchsige Mädchen aus dem Elternhaus gelockt und der Prostitution zugeführt worden sind. Einige Spuren wiesen ganz einwandfrei ins Ausland, wohin junge Bessarabierinnen an Freudenhäuser verkuppelt worden waren.

Speziell dem Bukarester Generaldirektor der rumänischen Polizei, die ein besonderes Inspektorat für Mädchenhandel unterhält, ist es gelungen, den Schleier zu lüften und festzustellen, daß die „Ware" von Rumänien aus in regelmäßigen Abständen ihren Weg nach dem Orient nahm. Den Beamten dieses Sonderdezernates war es aufgefallen, daß mehrere Monate lang in den verbreitetsten Tageszeitungen von Bukarest, Klausenburg und Czernowitz verlockende Inserate erschienen, in denen für das Ausland Gouvernanten, Verkäuferinnen, Hausgehilfinnen und Kaffeehauskellnerinnen gegen besonders gute Bezahlung und erstklassige Unterkunft gesucht wurden. Eine Polizeibeamtin wurde veranlaßt, auf eines dieser Inserate zu antworten. Das Mädchen erhielt eine Zuschrift aus der bessarabischen Hauptstadt Kischinew, in der mitgeteilt wurde, sie sei mit einem hohen Lohn nach Skutari engagiert, sie möge unverzüglich mit ihrem Gepäck Bukarest verlassen und nach Kischinew kommen. Das junge Mädchen fuhr in Begleitung von zwei Kriminalbeamten in Zivil nach Kischinew und begab sich in die ihr mitgeteilte Wohnung. Vor dem Haustore standen die beiden Kriminalbeamten Posten und warteten hier in grimmiger Kälte stundenlang. Als das Mädchen bis zum Einbruch der Dunkelheit immer noch nicht aus der Wohnung herausgekommen war, holte man Hilfe. Das Haus wurde von Polizisten umstellt und eine Abteilung Kriminalbeamten drang mit gezogenen Revolvern in die Wohnung ein.

Im ersten Stockwerk befand sich an der Tür das Schild „Stellenvermittlung". Als auf die Aufforderung der Polizei nicht geöffnet wurde, drückte man die Tür ein und sah sich nun zehn Männern gegenüber, die sich widerstandslos fesseln und abführen ließen. In einem benachbarten Zimmer war die Polizeibeamtin mit vier anderen jungen Mädchen eingeschlossen. Bei einer sofort vorgenommenen Durchsuchung der Räumlichkeiten wurde eine umfangreiche Korrespondenz vorgefunden, aus der hervorging, daß eine wohlorganisierte und weitverzweigte Bande von Mädchenhändlern unschädlich gemacht worden war, die ihre Zentrale im Piräus und Niederlassungen bezw. ihre Agenten in sämtlichen Hauptstädten und Häfen des Orients besaß. In der Zeit von Anfang bis Mitte Oktober 1929, in der das Geschäft mit den bedauernswerten Opfern offensichtlich am besten blühte, wurden nach den vorgefundenen Aufzeichnungen nicht weniger als 205 Mädchen und Frauen nach Saloniki, Athen, Piräus, Smyrna, Angora und Alexandrien an Freudenhäuser verkauft, wohin sie mittels gefälschter Pässe transportiert worden sind. Der Preis schwankte je nach Jugend und Schönheit zwischen 5000 und 20 000 französische Franks pro Kopf. Der Abtransport wurde durch Depeschen angezeigt, in denen es hieß: „Zehn Ballen Seide heute abgegangen."

Die Bukarester Polizei hat dem rumänischen Außenministerium eine genaue Namensliste der verhandelten Mädchen zugestellt und um Einleitung einer diplomatischen Aktion bei den in Frage stehenden „Importländern" ersucht, um die im Orient in ihrer Gefangenschaft schmachtenden Opfer zu befreien.

Drei Todesopfer eines Autounglücks

Wittenberge, 23. Februar. (Drahtmeldung.) Auf der Chaussee Wittenberge—Lenzen rannte heute früh gegen 2.30 Uhr beim Dorfe Laaslich ein Auto mit drei Insassen in voller Fahrt gegen einen Baum. Der Wagen wurde vollkommen zertrümmert, zwei der Insassen waren sofort tot, der dritte erlag auf dem Transport ins Krankenhaus seinen Verletzungen.

Verfahren gegen Gundermann

Gegen den Bauer Gundermann aus dem Dorfe Breesen bei Zielenzig, der seinen geisteskranken Bruder 12 Jahre lang in einer Dachluke gefangen hielt und zum Tier werden ließ, wurde von der Staatsanwaltschaft Frankfurt a. d. O. auf Grund des Paragraphen 239 StGB. ein Verfahren wegen Freiheitsberaubung eingeleitet, das ihm eine Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren einbringen kann.

Schreckenstat eines Wahnsinnigen

Die Frau, den Sohn und die Tochter erschossen

Rom, 24. Februar. (Drahtmeldung.) **Ein plötzlich wahnsinnig gewordener Arbeiter hat heute vormittag in seiner Wohnung seine Frau, seine Tochter und einen 25jährigen Sohn durch Revolverschüsse getötet, während sie noch im Schlafe lagen. Als Hausbewohner herbeieilten, gab der Rasende auf diese mehrere Schüsse ab und tötete sich schließlich selbst.**

10 Tote bei einer Kesselexplosion

Havanna, 24. Februar. (Drahtmeldung.) **Ein riesiger Kessel explodierte in den Anlagen der Wasserwerke der Stadt. Das Kesselhaus wurde vollständig zerstört. Mindestens 10 Arbeiter sind dabei ums Leben gekommen. Die Trümmer des Gebäudes werden nach den Opfern durchsucht. Vier Schwerverletzte wurden bisher geborgen.**

Die Probefahrt der „Europa"

Bremen, 24. Februar. (Drahtmeldung.) Von Bord des Schnelldampfers „Europa" des Norddeutschen Lloyd wird gemeldet: Die „Europa", die gestern abend beim Hoheweg-Leuchtturm vor Anker gegangen war, ist heute nach Bremerhaven gedampft, um an der „Columbus"-Kaje etwa 5000 Tonnen Oel und Kesselspeisewasser an Bord zu nehmen. Das Schiff wird nachmittags etwa drei Stunden vor Hochwasser Bremerhaven wieder verlassen, um am Dienstag an der norwegischen Küste mit vollem Tiefgang seine Meilenfahrten zu beginnen.



Die bekannte Berliner Zirkusbesitzerin, **Frau Paula Busch**, plant die Gründung eines Museums der Artistik. Zu diesem Zweck will sie das vergrößerte Foyer ihres Berliner Zirkusgebäudes umgestalten. Aus dem Eintrittsgeld will sie für Artistenkinder, die Vater oder Mutter verloren haben, ein Heim schaffen.

Der Raubüberfall auf den Personenzug

Berlin, 24. Februar. (Drahtmeldung.) Zu dem Banditenüberfall auf den Personenzug Reinschdorf in Oberschlesien teilt die „Montags Post" noch mit, daß in der Nacht Beamte des Bahnschutzes neben dem Bahndamm zwei Geldkassen mit etwa 150 Mark Inhalt wieder gefunden haben. Der Zugführer, den die Banditen mit Revolvern bedroht hatten, erlitt einen schweren Nervenschock und ist noch nicht vernehmungsfähig. Man vermutet, daß es sich bei den Räubern um aus dem Zuchthause Groß-Strelitz entsprungene Strafgefangene handelt.

Schweres Motorradunglück

2 Todesopfer

Leipzig, 24. Februar. (Drahtmeldung.) In einer scharfen Kurve am Ostausgang des Dorfes Grethen auf der Staatsstraße Leipzig-Grimma wurde gestern nachmittag ein Motorradfahrer mit Sozius von einem entgegenkommenden Personenkraftwagen gestreift und zur Seite geschleudert. Beide Motorradfahrer wurden dabei so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Um den Zusammenstoß zu vermeiden, hatte der Kraftwagenführer das Steuer scharf herumgerissen, daß der Wagen eine Böschung hinunterfuhr und erst nach 25 Metern zum Halten gebracht werden konnte.

Die Insassen des Wagens kamen mit dem Schrecken davon. Das Unglück ist darauf zurückzuführen, daß der verunglückte Motorradfahrer die Kurve nicht vorschriftsmäßig nahm.

Das Urteil im Molinari-Prozeß

Breslau, 24. Februar. (Drahtmeldung.) Im Molinari-Prozeß wurde heute das Urteil gefällt. Der Angeklagte Molinari wird wegen Konkursvergehens und Betruges zu sechs Monaten Gefängnis und 1000 Mark, der Angeklagte Grzimek wegen des gleichen Vergehens zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis und 1500 Mark unter voller Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Urban erhält wegen Beihilfe zum Konkursvergehen und zum Betrug eine Geldstrafe von 500 Mark, Johann Kantelberg wegen Beihilfe zum Betrug eine Geldstrafe von 200 Mark.

Gefängnis für Dollarschwindler

Die beiden internationalen Schwindler Kumarowski und Grenenow, die sich mit ihrer Dollarfabrikation in Berlin niederließen und dabei das Pech hatten, an einen Kriminalkommissar zu geraten, wurden vom Schöffengericht Berlin-Mitte zu je fünf Wochen Gefängnis verurteilt.

Das Lawinenunglück von Bolognola

Bis jetzt 15 Tote

Macerata, 24. Februar. Die Zahl der Toten bei dem Lawinenunglück in Bolognola ist auf 15 gestiegen. Sechs weitere Personen werden noch vermißt.

Gattenmord aus Gier nach der Versicherungsprämie?

Halle, 24. Februar. (Drahtmeldung.) **Die Untersuchung wegen des Anfang Januar an den Geschäftsführer Bauer begangenen Mordes hat eine überraschende Wendung genommen. Die Leiche Bauers wurde bekanntlich vor einigen Tagen aus der Saale gezogen. Am Sonnabend unmittelbar nach der Beisetzung Bauers sind nun Frau Bauer wegen dringenden Verdachtes der Anstiftung zum Mord und ihr Geliebter, der Privatangestellter Peters, beide aus Magdeburg, verhaftet worden. Es handelt sich um einen Versicherungsschwindel. Frau Bauer scheint nämlich die Lebensversicherungen von 100 000 Mark gegen den eigenen Willen ihres Mannes abgeschlossen zu haben.**

Drei Fischerinnen ertrunken

Madrid, 24. Februar. (Drahtmeldung.) Nach einer Meldung aus Santa Cruz auf Teneriffa wurden drei junge Mädchen, die am Strande fischten, von einer gewaltigen Woge erfaßt und fortgeschwemmt. Sie sind sämtlich ertrunken.



7) (Fortsetzung.)

Verärgert saß Pedro auf dem weißen Fell des breiten Divans, der so oft Zeuge verliebter Szenen gewesen war. Was nun tun? Wenn er das Geld heute abend nicht brachte, war er aus der guten Klubgesellschaft ausgestoßen, und sein Kredit war erschüttert.

Eben im Begriff fortzugehen, denn er fürchtete eine neue Szene, und anzufangen war heute mit der Wütenden doch nichts, sah er auf dem Schminktisch ihre offene Schmuckkassette stehen. Das Gold und die glitzernden Steine ihrer zahllosen Juwelen lockten ihn. Hastig wandte er sich ab, der Glanz blendete förmlich seine Augen. Einen Moment zögerte er. Die Situation war verlockend und ungewohnt. Dann aber fühlte er zwingend, daß nur eines dieser vielen Schmuckstücke ihn aus einer momentan lähmend unangenehmen Lage befreien könnte. Hastig griff er zu, steckte einen kostbaren, in Platin gefaßten Ring mit einem wasserhellen Brillanten in die Fracktasche. Aengstlich sah er sich um, die Tür zum Korridor, an dem die anderen Garderoben lagen, stand ein wenig offen. Er beschloß, die Diva in ihrer schlechten Laune allein zu lassen, und dachte bei sich gleichsam selber entschuldigend: „Bis morgen merkt sie ja nichts von dem Verlust. Bei dem vielen Schmuck, der in der Kassette liegt, fällt der eine fehlende Ring nicht auf. Und morgen, wenn sie besser gelaunt ist, sage ich es ihr."

Im Begriff aus der Garderobe der Tänzerin zu gehen, prallte er auf das kleine, zarte Mädel, das er im Scheine der dunklen Flamme, die den langen Korridor erhellte, nicht gleich erkannt hatte.

Da hob sie das dunkle Köpfchen und sah ihn an:

„Reserl, was machst denn du hier?" fragte er erstaunt, sie verkennend, denn er glaubte an einen Zufall.

Sie aber räusperte sich, als würde ihr das Sprechen schwer, zitterte ein wenig, als er nach ihrem Arm griff, und sagte stockend:

„I weiß, daß sie jetzt oben steht, und daß solange ihre Garderobe leer ist. I wußte, daß du im Theater bist. Da bin i kommen, um dir zu sagen" — —

Wieder zögerte sie und merkte es gar nicht, daß er sie hastig durch die offene Tür in die Garderobe der Diva zog. Er durfte dort draußen nicht mit der Kleinen gesehen werden. Es gab zu viel Lauscher und Späher im Hause.

„Es dauert ja eine Weile, bis sie zurückkommt, also sag' mir schnell, Herzerl, was du mir sagen willst."

Sie schluckte ein wenig, und es war wie Weinen in ihrer Stimme, als sie fortfuhr:

„I wollt dir nur sagen, i bin keine solche, die mit a fremden Kavalier zum Fasching geht und sich abbusserln läßt. I hätt's auch nimmer getan, wenn — —"

„Wenn", sagte er plötzlich verstehend, und beugte sich tief, um der zitternden Kleinen lächelnd in die Augen zu sehen.

Sie schwieg, da fragte er sie küssend:

„Sag, Schatzerl, hast mich denn so arg lieb?"

Von draußen tönte in abgehackten Rhythmen die spanische Musik, zu der die Miguella tanzte. Die beiden hörten es nicht. Das Glück, ihn wiedergefunden zu haben, seine lieben, zärtlichen Worte zu hören, machte sie unvorsichtig.

„Du mußt jetzt gehen, sie kommt gleich wieder", sagte er und schob sie hastig aus der Tür. Und sie lief wie gesagt den langen Korridor entlang und merkte es nicht, daß die Augen der Chormädel, die unterdessen gemeinsam aus ihrer Garderobe kamen, sie erstaunt musterten, weil sie mutterseelenallein da von der Miguella kam, die sie doch auf der Bühne wußten.

Niemand bemerkte Pedro, der ein paar Minuten später das Haus verließ.

Am nächsten Abend lief das Gerücht von Garderobe zu Garderobe: Der Miguella ist während ihres Auftretens im zweiten Akt ein kostbarer Ring aus ihrer Schmuckschatulle entwendet worden. Die Aufregung bemächtigte sich des ganzen Hauses, denn es gibt nichts Schlimmeres in Theaterkreisen, als Unehrlichkeit eines Kollegen gegen den anderen. Es war unvermeidlich, daß die großen Revuestars ihre Kostbarkeiten an Schmuck auf der Bühne zur Schau trugen, und das Betreten einer fremden Garderobe, in der in buntem Drunter und Drüber während des Auftretens der Künstler die kostbarsten Dinge herumliegen, galt als größter Vertrauensbruch. Wer also hatte in der Abwesenheit der Miguella, während sie oben den spanischen Auftritt hatte, sich in ihrer Garderobe aufgehalten?

Alle raunten und tuschelten sie und sahen sich mit seltsamen Blicken an. Und nur die kleine Reserl merkte nichts von dem allen. Sie lachte und war selig, denn der gestrige Abend hatte ihr Gewißheit gebracht, daß auch sie ihrem heimlichen Geliebten nicht gleichgültig war.

Wie wenig braucht ein kleines, törichtes Mädchenherz dazu, um zu vertrauen und zu glauben. Ein paar achtlos hingeworfene Worte geben ihrem Leben neuen Inhalt. Ein paar hastig gestohlene Küsse sind das Glück. Und noch heute abend nach der Vorstellung würde ein kleines Fräulein im Fledermausgewanderl ihren schönen Herrn Liebsten treffen. Er würde sie nach Hause geleiten, und dann würde vieles gesagt werden müssen, was bisher noch nicht gesagt worden war.

So saß das gestern noch so verzagte Tschapperl mit strahlenden Augen vor dem großen Spiegel, machte sich mit der roten und weißen Theaterschminke rosenrote und leuchtend blasse Tupferln in das liebe Gesicht, streckte sich vor lauter Seligkeit selber die Zunge heraus, lachte ihrem Spiegelbilde spitzbübisch entgegen und trieb tausend Possen, weil sie sich vor Jugendlust und Uebermut kaum zu fassen wußte. Wie langsam dehnten sich die Stunden, bis sie ihn wieder hatte. Wie schön wollte sie sich für ihn machen, der so verwöhnt war von der strahlenden und doch leise alternden Frau. Alles mußte sie ihm ja ersetzen, die Brillanten, die die andere trug, mußte sie mit den Strahlen ihrer dunklen Augensterne überglänzen. Aber es würde ihr herrlich glücken, denn siebzehn Jahre gehen gut auf in den hohen dreißig ihrer Nebenbuhlerin.

So war das Reserl guten Mutes und guckte lauernd ein bissel zu den Kolleginnen herüber. Ob die etwas ahnten? Vor Neid platzen würden sie, wenn diese Sache sich herumsprach.

„Ich! Das Reserl vom Hausmeister in der Naglergassen hab den schönsten Kavalier vom ganzen Revuetheater! Oh, noch viel mehr, den schönsten von ganz Wien! Jawohl, meine Herrschaften, das ist so."

Und wie sie sich das Staunen und Geifern der Kolleginnen vorstellte und heimlich darüber lachte, daß sie es geschafft hatte, gerade sie, das kahlste Spatzerl von allen, da trafen sich ihre Blicke im Spiegel mit den Blicken der anderen Tanzmädels, und ein grauer Schreck kroch ihr plötzlich die Glieder entlang.

(Fortsetzung folgt.)

Das Mieterschutzgesetz
vor dem Reichstag

Berlin, 24. Februar. (Drahtmeldung.)

Der Reichstag füllte seine heutige Plenarsitzung, die nur 2¼ Stunden dauerte, aus mit Auseinandersetzungen über das Wohnungsproblem. Anlaß dazu boten zwei Regierungsvorlagen, nach denen die Geltungsdauer des Mieterschutzgesetzes und des Reichsmietengesetzes, die normaler Weise jetzt ablaufen würde, bis zum 30. Juni 1932 verlängert wird. Dazu lagen Anträge der Wirtschaftspartei und der Deutschen Volkspartei vor, die einen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und eine Uebergangsregelung bezwecken.

Reichsarbeitsminister Wissell betonte bei der Begründung der Regierungsvorlagen, die Wohnungszwangswirtschaft könne noch nicht entbehrt werden, weil leider das Angebot an Wohnungen noch bei weitem nicht der Nachfrage entspreche und weil unter diesen Umständen die freie Wirtschaft im Wohnungswesen zu Mietssteigerungen führen würde, die schwere wirtschaftliche Erschütterungen im Gefolge haben müßte.

Abg. Lipinski (Soz.) spricht sich für Annahme der Regierungsvorlagen ohne Ausschußberatung aus. Sollten die Vorlagen dem Ausschuß überwiesen werden, dann würden die Sozialdemokraten sich Aenderungsanträge vorbehalten. Die Sozialdemokratie verlange namentliche Abstimmung, um festzuhalten, wer die Interessen der Mieterschaft vertritt. Bei der Volkszählung im nächsten Jahre müßten auch die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt geklärt werden.

Die Beratung soll am Dienstag 3 Uhr fortgesetzt werden.

Die preußische Verwaltungsreform
Der Referentenentwurf fertig

Berlin, 24. Februar. (Drahtmeldung.)

Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. an unterrichteter Stelle erfährt, sind die Vorarbeiten für die innerpreußische Verwaltungsreform bis zu den Referentenentwürfen gediehen. Hinsichtlich der staatlichen Verwaltung will man das Regierungs- und das Oberpräsidium bestehen lassen, jedoch den Oberpräsidenten u. a. dadurch entlasten, daß der Provinzialrat als Beschlußinstanz durch eine allgemeine zentrale Stelle ersetzt werde, zugleich mit dem Ziele, das Beschlußverfahren für Preußen zu vereinheitlichen. Noch vor dem Herbst sollen auch kommunale Reformentwürfe an den Landtag kommen, über eine neue Gemeindeordnung, Städte- und Kreisordnung sowie Provinzialordnung. Ferner sind die übergemeindlichen Bestimmungen zur Errichtung von Zweckverbänden und Arbeitsgemeinschaften vorgesehen. Die Einführung der Amtsverfassung soll von Beschlüssen der Provinziallandtage abhängig gemacht werden. Die Neuregelung der Berliner kommunalen Verfassung wird demnächst im preußischen Kabinett erörtert. Man will die Magistrats- durch die Bürgermeistereiverfassung ersetzen. Jedoch soll neben die Stadtverordnetenversammlung ein engerer Ausschuß treten. An Stelle der wegfallenden Bezirksversammlungen wird ein kleineres Gremium für die rein lokalen Aufgaben gebildet. Die Zahl der Bezirke wird erheblich herabgesetzt. Der Staatsrat hat diese Vorlage bereits für Ende März auf die Tagesordnung gesetzt.

Dem Ruin entgegen
Schaumburg-Lippe wird nicht preußisch

Bückeburg, 24. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Im Schaumburg-Lippeschen Landtag wurde am Montag nachmittag der Anschluß an Preußen in dritter Lesung abgelehnt. Der neue Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, der deutschnationale Abgeordnete Rothe nahm, wie erwartet, eine entgegengesetzte Haltung wie sein Vorgänger ein. Er stimmte mit „Nein", wodurch eine Stimme an der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit im Landtage fehlte.

Die allgemeine Aussprache wurde von Staatspräsident Lorenz eröffnet, der noch einmal grundsätzlich auf die außerordentliche Bedeutung des heutigen Beschlusses für das Land Schaumburg-Lippe hinwies. Würde man wirklich zu einer Ablehnung kommen, so würde dieser Tag in der Geschichte des Landes für ewige Zeiten als „schwarzer Tag" gelten. Er wies auch darauf hin, daß die Regierung unter allen Umständen keine Schuldenwirtschaft beginnen könne.

Wenn man die Selbständigkeit des Landes wünsche, dann müsse man auch der Regierung die erforderlichen Mittel bewilligen. Schon jetzt aber seien bereits 250 000 Mark Schulden vorhanden.

Staatsrat Lorenz wies auf die Verhältnisse hin, die im Lande entstehen müßten, wenn das Gesetz fallen würde, denn gerade der heutige Tag werde Preußen und das Reich davon überzeugen, daß sie durch ihre Zuwendungen das elende Dasein der kleinen Staaten weiter fristen helfen.

Die eindringlichen Darlegungen nützten jedoch nichts. Für den Anschluß stimmten die acht Sozialdemokraten und der demokratische Abgeordnete, gegen das Gesetz die fünf Abgeordneten der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Da mit diesem Ergebnis eine Stimme an der Zweidrittel-Mehrheit fehlte, war das Gesetz abgelehnt.

Arbeiterentlassungen
im Mitteldeutschen Braunkohlengebiete

Berlin, 24. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im mitteldeutschen Braunkohlenrevier sind größere Arbeiterentlassungen erfolgt. So haben die Bornaer Braunkohlenwerke 400 und die Sächsischen Staatswerke Böhlen 500 Mann entlassen. Die Grube Victoria mit 180 Mann, Braunsdorf mit 200 Mann, Witznitz mit 150 Mann und Ramsdorf mit 270 Mann sollen stillgelegt werden. Die Kraftwerke der Niederlausitzer Braunkohlenwerke entlassen etwa 600 bis 700 Mann.

Herbert Eulenberg vergleicht sich mit Oldenburg-Januschau

Berlin, 25. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Herbert Eulenberg hat laut Vorwärts mit Oldenburg-Januschau einen Vergleich geschlossen, nach dem das Hohenzollernbuch mit der Stelle über den „Ostpreußischen Rüpel" nicht weiter verkauft werden soll. In der Neuauflage soll die Stelle entfernt werden.

Die Spionageaffäre Tibacu
Den ganzen rumänischen Mobilmachungsplan an Rußland ausgeliefert

Bukarest, 24. Febr. (Eig. Drahtbericht.)

Die vor wenigen Wochen aufgedeckte Spionageaffäre nimmt täglich sensationellere Formen an. Neuerdings ist festgestellt worden, daß der in Haft sitzende Direktor der politischen Polizei Rumäniens Tibacu an Rußland den ganzen rumänischen Mobilmachungsplan ausgeliefert hat. Den Kauf dieses Planes vollzog die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion. Tibacu erhielt den äußerst umfangreichen Mobilmachungsplan vor ungefähr einem halben Jahre anläßlich der Konzentration größerer Truppenkontingente an der bessarabischen Grenze zur Begutachtung. Er hatte nichts Eiligeres zu tun, als sofort bei der Handelsvertretung der Sowjetunion in Berlin anzufragen, ob Rußland Interesse für den Aufmarschplan habe. Die Berliner Handelsvertretung der Sowjetunion entsandte daraufhin sofort einen Sonderkurier, der mit Tibacu in Verhandlungen trat. Dieser verlangte zunächst für den Aufmarschplan eine Summe von 25 000 Dollar. Man einigte sich jedoch schließlich auf die Hälfte. Der Betrag wurde vor der Aushändigung des Mobilmachungsplans bei einer schweizerischen Bank eingezahlt. Eine Aussage darüber, was mit dem Geld geschehen ist, hat Tibacu bisher verweigert. Im übrigen ist er geständig.

Die Bukarester Polizei hat inzwischen auch festgestellt, daß Tibacu seit Monaten den Sowjetbehörden alle rumänischen Spione verriet, die die Grenze überschritten. Auf diese Weise konnten 50 rumänische Spione von den Russen festgenommen werden.

Munitionsfund
bei Ratzeburg

Ratzeburg, 24. Februar. (Drahtmeldung.) Ein städtischer Arbeiter machte bei Schützenhof einen ungeklärten Munitionsfund. Er überraschte einen etwa 30jährigen Mann, der in gebückter Haltung dastand und bei seinem Nahen plötzlich flüchtete. Er ließ 700 Schuß in Traggurten verpackte Infanteriemunition zurück. Die Munition stammt aus dem Jahre 1913, 1916 und 1928 und muß gut gelagert gewesen sein.

Bedingungslose Unterwerfung
der Gruppe Ewert unter die kommunistische Parteidiktatur

Berlin, 24. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die auf dem Weddinger Parteitag der KPD. angedrohte Zerschmetterung der Versöhnler ist Tatsache geworden. Der Führer der sogenannten Versöhnlergruppe, der Reichstagsabgeordnete Ewert, hat in einem Brief an die Parteizentrale seine löbliche und bedingungslose Unterwerfung angezeigt. Er schwört alle von der Linie der Zentrale abweichenden Auffassungen ab, wendet sich scharf gegen die Brandlergruppe und beteuert, daß er künftig keinerlei Fraktions- und Gruppenbildung mitmachen werde.

Die kommunistische Zentrale betrachtet die Kapitulation und Reueerklärung Ewerts mit mißtrauischen Gefühlen.

Die kommunistische Presse erklärt, Ewerts Brief sei keine ausreichende Garantie dafür, daß die Versöhnler tatsächlich den Weg zur Partei gefunden hätten. Die Parteileitung habe den führenden Versöhnlern sowieso eine weitere Existenz nicht mehr gestatten wollen, sondern die Entfernung aus der Partei beabsichtigt. Diesem Hinauswurf suchte Ewert durch seine Unterwerfung zuvorzukommen. Ob seine Gesamtgruppe, die letzte innerhalb der KPD. noch vorhandene Opposition, diesen Schritt billigt, bleibt abzuwarten.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht reist nach Rom, um an der für Mittwoch, den 26. Februar, vorgesehenen Besprechung der Vorsitzenden der Emissionsbanken der sechs Staaten teilzunehmen, die die Bank für den internationalen Zahlungsausgleich gründen.

Streichung der Staatszuschüsse für die Thüringer Volkshochschule. Das thüringische Volksbildungsministerium hat der Volkshochschule Thüringen mitgeteilt, daß mit der Streichung sämtlicher Staatszuschüsse für die Erwachsenen-Bildung in Thüringen zu rechnen sei. Auch mit der Weitergewährung der bisher durchgeführten Entlastungen von Lehrkräften in ihrer Schultätigkeit zugunsten ihrer Arbeit in der Erwachsenen-Bildung soll nicht mehr gerechnet werden können. Der Beschluß bezieht sich offenbar auch auf die Schule in Tinz.

Präsident Rubio wieder im Amt. Präsident Ortiz Rubio von Mexiko hat sich von seinen bei dem Attentat am 5. Februar erlittenen Verletzungen soweit wieder erholt, daß er sein Amt heute wieder hat antreten können.

Wirtschaft
Englisch-russischer Handelsvertrag?

In Beantwortung einer Anfrage teilte der Staatssekretär des Aeußeren Henderson im Unterhaus mit, es seien Verhandlungen wegen Abschlusses eines Handelsvertrages mit Rußland im Gange, von dem eine Steigerung des Handelsverkehrs erhofft werde. Der Handel mit der Sowjetunion habe bereits beträchtlich zugenommen.

Gewerkschaft
Bezirkstarifvertrags-Verhandlungen für die kommunalen Angestellten in Rheinland-Westfalen

In den Verhandlungen vor dem staatlichen Schlichter in Dortmund ist es nicht gelungen, zu einer Einigung zu kommen. Die Arbeitgeber lehnten sowohl in der Frage der Mehrarbeit als auch der Frage des Inkrafttretens des Vertrages jede Annäherung an den Standpunkt der Arbeitnehmerverbände ab, so daß nunmehr auch der staatliche Schlichter nach seinen wiederholten vergeblichen Vermittlungsversuchen die Notwendigkeit eines Schiedsspruches einsehen mußte. Er lehnte es aber ab, sofort eine Schlichterkammer zu bilden, weil er, wie er glaubt, für die Durcharbeitung der von beiden Seiten gemachten Ausführungen erst ein paar Tage Frist notwendig habe. Die Benennungen für die Besetzung der Schlichterkammer sind bereits erfolgt. Die Kammer wird aus drei Arbeitgeber- und drei Arbeitnehmerbeisitzern bestehen. Als Vertreter der ADA-Verbände wurde Gewerkschaftssekretär Schramm von der Gauverwaltung Essen namhaft gemacht. Die Schlichterkammer wird am 24. Februar zusammentreten.

Die Betriebsräte müssen zu den Stillegungsverhandlungen hinzugezogen werden

Nicht immer wurden in der vergangenen Zeit zu den Stillegungsverhandlungen vor den Behörden die Betriebsräte hinzugezogen. Der preußische Minister für Handel und Gewerbe sah sich deshalb veranlaßt, in der Frage der Auslegung der Stillegungsverordnung folgenden neuen Runderlaß zu veröffentlichen:

„In meinem Runderlaß vom 29. Oktober 1923 — III 11. 651, I. 10. 339 — habe ich in Ziffer 3 darauf hingewiesen, daß die Betriebsvertretungen zu den auf Grund des § 3 der Stillegungsverordnung vorgesehenen Verhandlungen, und zwar zur Fällung einer Entscheidung heranzuziehen sind.

Hierauf habe ich in meinem Runderlaß vom 29. Februar 1924 — III 327/24 —, Ziffer 4 erneut verwiesen und dabei besonders angeordnet, daß die Betriebsvertretungen rechtzeitig von dem Verhandlungstermin zu benachrichtigen sind.

Da es wiederholt vorgekommen ist, daß Betriebsvertretungen nicht unmittelbar durch die Gewerbeaufsichtsbeamten (Bergrevierbeamten), sondern auf dem Umwege über die Firmeninhaber benachrichtigt wurden, so weise ich darauf hin, daß es sowohl dem Geiste des heutigen Arbeitsrechts, als auch der Stellung der Betriebsvertretungen im Produktionsprozeß entspricht, daß die rechtzeitige Benachrichtigung der Betriebsvertretungen in unmittelbarer Form erfolgt.

Ich ersuche Sie, für die Beachtung dieses Erlasses Sorge zu tragen . . . gez. Dr. Schreiber."

„Mit blutroten Fäusten"

g Aus Oberschlesien wird uns berichtet:

Für Oberschlesien fand in Biskupitz vor kurzem ein Kongreß der „Gewerkschaftsopposition" statt. Auf diesem Kongreß sind von kommunistischen Abgeordneten die Kampfmittel propagiert worden, die gegen die Gewerkschaften angewendet werden sollen. Die Wortführer waren die kommunistischen Abgeordneten Jadasch und Winterich. Das Hauptreferat hielt Winterich. Er kündigte die Bildung von Stoßtrupps an zur Durchführung der Offensive für den Sturz der Regierung und die Beseitigung der reformistischen Gewerkschaften.

Jadasch erklärte, daß es sinnlos sei, den Gewerkschaften Beiträge zu zahlen. Mehr könne durch die Zahlung von 10 Pfg. pro Woche in den Kampffonds der KPD. erreicht werden.

In seinem Schlußwort führte Winterich aus: Jeder Kampf, den die KPD. jetzt führe, sei zwar eine Niederlage, darüber sei sich die KPD. vollständig klar. Doch über diese Niederlagen müsse man mit blutroten Fäusten zum Siege kommen. Auf allen Werken müßten Belegschaftsversammlungen arrangiert werden, aus denen die Gewerkschaftsbonzen hinausgeworfen werden müßten, auch wenn es zum Blutvergießen käme. Im Wahlkampf um die Betriebsräte müßten die reformistischen Betriebsräte zur Niederlegung ihrer Aemter getrieben werden. Die Gewerkschaftsoppositionellen müßten sich mit den Hirschen, Christlichen, Unorganisierten und Polen zu einer Kampffront mit Tatkraft gegen die Gewerkschaften zusammenschließen.

Daß die KPD. es nicht bei ihren bloßen Worten bewenden lassen will, beweist die Tatsache, daß in einer Belegschaftsversammlung der „Johanna"-Schachtanlage in Karf ein Sekretär des Bergbauindustriearbeiterverbandes nach einem Referat von einem aus der ganzen Umgegend zusammengeströmmelten Stoßtrupp tätlich angegriffen wurde, so daß die Polizei einschreiten mußte. In der gleichen Weise ging eine Meute aufgepeitschter Kommunisten gegen die Gewerkschaftsreferenten gelegentlich einer Belegschaftsversammlung der „Hedwig-Wunsch"-Grube vor.

Man sieht also, die kommunistische Leitung geht mit den in Rußland üblichen Bolschewistenmethoden nicht etwa gegen die Feinde der Arbeiterbewegung, sondern gegen die freie Arbeiterbewegung selbst vor.

Aber wir sind nicht in Rußland. Das mögen sich diese offenen Feinde der organisierten Arbeiterschaft gesagt sein lassen. Es wird dafür gesorgt werden, daß auch dieser Kampf der KPD. mit einer Niederlage endet.

Sport
Das Berliner Sechstagerennen komplett

Nachdem infolge der großen Geheimniskrämerei der Berliner Sportpalastdirektion schon von anderer Seite, natürlich mutmaßlich, die Namen der Paare im Berliner Sechstagerennen veröffentlicht waren, ist das 23. Berliner Sechstagerennen jetzt komplett. Am Freitag nehmen folgende Mannschaften das Rennen auf. Van Kempen-Buschenhagen, Pijnenburg-Goebel, Charlier-Duran, Choury-Fabre, Faudet-Louet, Rieger-Kroschel, Petri-Junge, Kroll-Miethe, Ehmer-Tietz, Krüger-Funde, Rausch-Hürtgen, Preuß-Resiger, Meyer-Stübecke, Manthey-Schön. Interessant ist die neue Paarung Rieger-Kroschel, die zusammengestellt wurde, um gegen die Favoriten Buschenhagen-Van Kempen ein gleichstarkes rein deutsches Paar im Rennen zu haben.

Letzte Nachrichten
Todesopfer des Lawinenunglücks in Italien

Macerata, 24. Februar. (Drahtmeldung.) Die Zahl der infolge des Lawinenunglücks bei Bolognola ums Leben gekommenen Personen ist auf 19 gestiegen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns beim Heimgange meines lieben Mannes unseres treusorgend Vaters zu Teil wurden, sagen wir den Vereinen, Reichsbanner, Sozialdemokratischen Partei, Bergarbeiterverband, Freidenker Volkschor, Geflügelzuchtverein und besonders dem Arbeiter-Samariterbund für die unserem lieben Verstorbenen lange Zeit erwiesene Pflege unseren innigsten Dank.

Frau Heckmanns nebst Kinder.

Gelsenkirchen-Buer.

Bekanntmachung.

Die Pläne über die Fluchtlinienänderungen
a) in dem Gebiet zwischen Kurfürsten-, Fürstinnen- und Küppersbuschstraße;
b) für die verlängerte Poensgenstraße zwischen Unkel- und Grenzstraße

sind förmlich festgestellt und liegen in der Plankammer des städt. Vermessungsamtes — Hans-Sachs-Haus, Zimmer 500 — während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht offen.

Gelsenkirchen-Buer, 24. Februar 1930.

487 **Der Oberbürgermeister.**

Bücher für Naturfreunde!

Nachfolgend einige Werke, die jeder Naturfreund besitzen muß.

Brehms Tierleben, 4 Bände mit 1600 Seiten Text und vielen Tafeln . . . . zusammen nur Mk. **11.40**

Kosmos-Bände, populär und anschaulich geschrieben interessante Themen, wissenschaftlich wertvolle Darstellungen. — Einige Restposten geben wir, solange Vorrat reicht, zu folgenden Vorzugsbedingungen ab: 10 Bände, verschiedene Titel statt Mk. 18.00 . . . . . nur Mk. **12.00**

Sonder-Angebot!

Obige 14 Bände zusammen auf Buchkarte, zahlbar in 14tägigen Raten à Mk. 1.50. Die Raten kassiert der Zeitungsbote.

Sofort bestellen, ehe der Vorrat erschöpft ist.

VOLKSBUCHHANDLUNG
Gelsenkirchen, Ringstraße 33

Bestellzettel.

Ich bestelle obige Naturfreunde-Bibliothek, 14 Bücher zusammen für Mk. 23.40 auf Buchkarte. Die Raten, in Höhe von alle 14 Tage Mk. 1.50 sollen durch den Zeitungsboten kassiert werden.

Name ..... Beruf .....

Adresse .....

Für Siedlung
Kleinviehstall 3,3 X 3½ Mtr. groß, geeignet entweder für Schweine, Ziegen, Kaninchen mit Ziegenraufe Hühnerst. m. dopp. Aufziehklappe u. Futterboden, geeignet für Heu usw., massiv, aus Ziegelsteinen. Türen und Fenster mit Glas und Anstrich, Schieferdach: Hühnerlaufstall in Holzspalier u. Drahtgewebe zum Selbstabbruch zu verkaufen. **Gelsenk., Uckendorferstr. 190**

Mod. Küchen, Schlaf-, Speise- und Herrenzimmer
Einzelmöbel, Leder- u. Plüschsofas, Matratzen Linol.-Teppiche
empfiehlt sehr preiswert zu den günstigsten Zahlungsbedingungen Lieferung frei Haus.
Carl Topp,
Schreinermeister,
Möbel- u. Garagenlager
Gelsenkirchen-Schalke,
Overhofstraße 81—83.
Ruf 27767.

Wörishofener Gicht- und Rheuma-Tee
allein echt
Wörishofener Kräuterhaus
Hochstr. 24
Ecke Neustraße

Nur 3 Tage!

Reste

aus allen Abteilungen auf Extratischen ausgelegt zu sensationell herabgesetzten Preisen

Gebrüder
David
Gelsenkirchen, Bahnhofstraße

Berücksichtigen Sie bitte unsere Inserenten!

Gute Betten

Sonder-Angebot!

Helle u. graue Halb-Daunen für Oberbetten u. Kissen Mk. 5.00, 4.50 **3.50**

Dreiviertel-Daunen für feinste Aussteuerbetten Mk. 8.50, 7.50 **6.25**

Bettfedern-Importhaus Inhaber D. Herstein
Gelsenkirchen ■ Größtes Bettfedern-Lager am Platze ■ **Vereinsstr. 21**

ARBEITER-SPORT

Bezirkstag in Dortmund

Am 16. d. Mts. fand in Dortmund, der Feststadt des 2. Westdeutschen Arbeiter-Turn- und -Sportbundes, der dortige Bezirkstag aller Sparten statt. Die Tagung war sehr gut beschickt und nahm einen ausgezeichneten Verlauf. Die verschiedenen Berichte und noch mehr die Aussprache über das große Fest des Westens ließen eindeutig erkennen, daß die Dortmunder Sportfreunde beste Vorarbeit leisten, die ein gutes Gelingen garantieren. Die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Leitung darf zugleich als ein Zeichen des Vertrauens und der Anerkennung der geleisteten Arbeit verbucht werden.

Das Festspiel der Jungen

zum 2. Westdeutschen in Dortmund.

Der örtliche Ausschuß zur Vorbereitung der Jugendveranstaltungen für das 2. Westdeutsche Arbeiter-Turn- und -Sportfest tagte am Samstag im „Haus der Jugend" in Dortmund. Weiter nahmen teil: Vertreter der Radfahrer, Radfahrer, Naturfreunde, Freidenker, der SAJ. und Gewerkschaftsjugend. Der Obmann des Hauptausschusses, Max Zimmer, streifte kurz die Bedeutung des 2. Westdeutschen und hob im besonderen die Jugendveranstaltung hervor. Er ersuchte in warmen Worten, sich der großen Verantwortung bewußt zu sein und das Jugendfestspiel zu einem großen Erlebnis für jung und alt auszugestalten. Anschließend behandelte Kreisjugendleiter Meis in begeisternden Worten das Jugendfestspiel. Zum ersten Male hörten die Vertreter der Jugend die technisch, organisatorische und inhaltliche Gestaltung des Jugendfestspieles. Helle Begeisterung lag auf allen Gesichtern. Der feste Glaube wurzelt, daß das Jugendfestspiel den Höhepunkt geben wird, gleich wie in Nürnberg. Das in Druck gegebene Festspiel wird nach Fertigstellung den Bezirksvertretern in einer Anzahl Exemplaren zugestellt werden, damit die Bezirksjugendausschüsse an die Arbeit gehen können.

Einige technische Fragen, die Bildung der einzelnen Sprechchöre, die bildliche Gestaltung der Gruppen der Landarbeiter, der Maurer, der Maschinenmenschen usw., die Verlegung des Jugendfestspieles bei ungünstigem Wetter in die Westfalenhalle usw. wurden eingehend besprochen. Begeistert für das Kommende schieden die Vertreter. Hoffend, daß die gesamte westdeutsche Arbeitersportjugend mitgerissen und zum 2. Westdeutschen in Dortmund in voller Stärke vereint sein wird.

Junge und Alte, gemeinsam werden sie werben für die hohen Menschheitsideale der dem Arbeitersport zugrunde liegenden sozialistischen Weltidee.

Der rote Rufer

Das Festplakat zum großen Fest des Westens.

Als Fest- und Werbeplakat zum 2. Westdeutschen Arbeiter-Turn- und -Sportfest am 1.—3. August 1930 in Dortmund, ist vom Kreisrat des Arbeiter-Turn- und -Sportbundes jetzt „Der rote Rufer" gewählt worden. In Kolossalfigur hebt sich der rote Rufer aus dem Plakat hervor und ruft über Fabrikschlote und Schächte hinweg zum Sammeln der Sportler in der westfälischen Metropole. Das zum Beschauen zwingende Plakat wird zweifellos seine werbende Wirkung nicht verfehlen und so beitragen zum Großerfolg des 2. Westdeutschen in Dortmund. — Als Festabzeichen wurde bestimmt ein Plakatentwurf „Der rote Sportler", das recht wirkungsvoll das Bundeszeichen und das sprühende Leben der Arbeiterturner und -sportler herausstellt und in den Festtagen von Tausenden freier Turner stolz getragen werden wird.

Bezirksfußballtagung in Krefeld

In Krefeld fand am Sonntag der Bezirksfußballtag des Düsseldorf-Krefelder Spielbezirks statt, der von allen Vereinen besucht war. Die Tagung war von bestem Geiste und regem aktiven Leben getragen, wovon weiterhin auch zeugt die Tatsache, daß im Berichtsjahre ein Zuwachs von 76 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Ein Zeichen, daß die kommunistischen Wirren am Niederrhein überwunden sind und die Arbeiterfußballbewegung sich in stetiger Aufwärtsentwicklung befindet. Die bisherige Bezirksleitung wurde einmütig wiedergewählt und in Ergänzung derselben Proosten (Krefeld) als Schiedsrichterobmann. Der Beginn der Frühjahrsrunde wurde auf den 23. März festgesetzt. — Für das große Fest des Westens, Anfang August in Dortmund, rüsten auch die Fußballer am Niederrhein und darf mit zahlreicher Beteiligung auch der Fußballer aus dem 7. Spielbezirk gerechnet werden.

Die Motorfahrer des Arbeiter-Rad- und -Kraftfahrerbundes veranstalten am Samstag, dem 1. März, im Ortsgruppenlokal bei Serres, Bülowstraße 16, eine Kappensitzung. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

An unsere Leser!

Wir bitten unsere verehrte Leserschaft höflichst, den Zeitungsboten, die zu pünktlicher Abrechnung verpflichtet sind, bei der Einkassierung des Bezugsgeldes keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Weiter bitten wir, um unliebsame Irrtümer bei der Kassierung zu vermeiden, die zuletzt bezahlte Quittung immer bis zur Bezahlung der nächsten aufzubewahren.

Verlag Volkswille
Expedition.

Die Vertriebenen

Wenn man aus der Stille seiner Wohnung in die belebte Straße hinuntersteigt, dann schlägt der Lärm der Stadt wie Wellen über die Gedanken. Die Autos bellen, die Räder fauchen, eine Achse knurrt, und die Bahnen zischen wie Schlangen auf dem Bauche gleitend über die Schienenstränge. Irgendwo brummt ein Omnibus, der schwerfällig gleich einem Eisbären über den Asphalt taumelt. Und das Auge sieht zwischen den rotblutenden Lampen das Sternendach nicht, das hoch über der verschneiten Stadt seinen samtenen Giebel breitet.

Der Schnee unter meinen Füßen ist weich und seiden wie das Gewand einer Frau. Die vereinzelten Schneeflocken, die noch herniederwehen, berühren meine Schläfe mit Mädchenhänden. Aber mit einem Male durchrieselt es mich eisig; eine Flocke hat mein Auge getroffen und ist zwischen Wimperhaaren und Lied haften geblieben; ich bin wie gestorben.

Vor meinem Herzen dehnt sich eine weiße, unendliche Steppe. Menschen ziehen darüber hin. Sie tragen Lasten auf ihrem Kopfe. Sie ziehen gegen Norden. In der Ferne ragt eine Felsklippe. Dort muß das Meer sein. Aber es ist alles Eis und Schnee und Steppe. Und die Sonne, die ihnen zu Häupten kämpft, verblutet hinter matten Witwenschleiern. Es ist ein brennendes Feuer hinter den Gedanken der Welt; das kann nicht hindurchscheinen und kann nicht wärmen Mensch und Kreatur, die über die Steppe wandern Nacht und Tag. Die heimatlos sind und hinsinken am Wege, während die anderen vorbeiziehen und weiterwanken. Frauen sind dabei; die haben schwarze, zerfurchte Hände, die vom Dufte der südlichen Erde zerquält sind. Knaben gehen mit ihnen; die haben große, brennende Augen, die von den Sonnenweiten des Kaukasus durchauert wurden. Mädchen tragen noch das weiße Lammfell der Herden, die sie zurücklassen mußten, um ihre schmalen Schultern, und die Greise und Männer haben harte Sohlen von dem Felsgestein ihres Hochlandes. Werden die Vertriebenen an der Küste das Floß finden, das ihnen ihre vorausgeeilten Brüder von Finnland herüberfenden wollten? O, diese kummervolle Weltwende! Diese erstarrte Erde! Diese Trostlosigkeit und Verlassenheit! Mit dem heißen Atem seines Lebens dürstet der Mitleidige, jenen zu helfen, die Gewalt und Schwert aus warmer Geborgenheit vertrieb, und er verflucht die Hartherzigen, schreit, streckt die Hand aus und —

„Sehen Sie nicht, wo Sie gehen?" sagt eine rauhe Stimme.

Da stehe ich still. Die Schneeflocke in meinem Auge ist zerschmolzen, und ein warmer Tropfen läuft langsam gleich einer Träne über meine Wange.

Walter Meckauer.

Verlorene Liebesmüh'

An der Kirchentreppe steht ein Frauchen. Kommt Pastor Göck: „Na, soll ich denn mal 'n bißchen helfen?"

„Ach ja, seinse doch mal so kud, junger Herr, ploos das Drebbchen nauf; nachher gähds schon!"

Pastor Göck führt die Alte die Treppe hinauf. Auf der letzten Stufe fragt sie: „Ham Sie vielleicht 'ne Ahnung, wer heide in der Kirche kreedchen dud?"

„Gewiß weiß ich das," lächelt der Pfarrer. „Heute predigt Pfarrer Göck."

Da schlägt die Alte die Hände über dem Kopfe zusammen: „Na, da kiehrnse mich man kleich widder die Drebbe minder! Den alder Gwadschqobb gann ich nich vertraachen . . ."